

**Landeskommission
Berlin
gegen Gewalt**

**Berliner Forum
Gewaltprävention**

**Rechtsextremismus,
Fremdenfeindlichkeit,
Antisemitismus**

**Programme
Maßnahmen
Projekte**

Nr.18

<p>Impressum:</p> <p>Berliner Forum Gewaltprävention</p> <p>Das BFG erscheint unregelmäßig.</p> <p>Es wendet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen, Verwaltungen, Verbänden und an die interessierte Öffentlichkeit als Forum zur Diskussion und Information über Prävention.</p> <p>Herausgeber:</p> <p>Landeskommission Berlin gegen Gewalt</p> <p>c/o Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport</p> <p>Beuthstr.6-8, 10117 Berlin - Mitte</p> <p>Telefon: (030) 9026 - 5253 Telefax:(030) 9026 - 5003</p> <p>E-Mail: Manuela.Bohlemann@SenBJS.Verwaltung-Berlin.de</p> <p>Internet: www.berlin-gegen-gewalt.de</p> <p>Redaktion: Ute Vialet, Christine Burck, Stephan Voß</p> <p>Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder.</p> <p>Nachdrucke sind nur mit Quellenangabe</p>	<p>Thomas Härtel Vorwort 4</p> <p>Ute Vialet Editorial 6</p> <p>Rechtstextremismus in Berlin 9 Definition 9 Erscheinungsformen des Rechtstextremismus in Berlin 10</p> <p>Strategien gegen Rechtstextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus des Landes Berlin 12</p> <p>Maßnahmen der Senatsverwaltungen 14</p> <p>Senatsverwaltung für Inneres 16 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur 17 Senatsverwaltung für Justiz 19 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen 19 Der Beauftragte für Integration und Migration 19 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport 19 Berliner Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM) 22 Landeskommission Berlin gegen Gewalt 24 Senatskanzlei 25</p> <p>Förderprogramme und Stiftungen 25</p> <p>Bundesebene 28 Land Berlin 33</p> <p>Maßnahmen der Berliner Bezirke 33</p> <p>Bezirksamt Charlottenburg - Wilmersdorf 35 Bezirksamt Friedrichshain - Kreuzberg 37 Bezirksamt Lichtenberg - Hohenschönhausen 38 Bezirksamt Marzahn - Hellersdorf 39 Bezirksamt Mitte 40 Bezirksamt Neukölln 42 Bezirksamt Pankow 44 Bezirksamt Reinickendorf 45 Bezirksamt Spandau 46 Bezirksamt Steglitz - Zehlendorf 47 Bezirksamt Tempelhof - Schöneberg 50 Bezirksamt Treptow - Köpenick 53</p> <p>Ausgewählte Projekte in Berlin 53</p> <p>Anne Frank Zentrum 54 Apabiz: „Kompetente Netzwerke gegen Rechts“ Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtstextremis- 55</p>
---	--

gestattet und bedürfen der Zustimmung der Autorin oder des Autors.

ISSN 1617 - 0253

V.i.S.d.P.:
Stephan Voß

Nr. 18,
2004, 5. Jahrgang,

Druckauflage:
3000 Exemplare

Druck:
AAD Trescom GmbH



mus am Zentrum für Antisemitismusforschung	56
Exit	57
Gangway e.V. - Straßensozialarbeit in Berlin	58
GLOBAL FATAL- SALAM BERLIN	59
Kurt-Tucholsky-Oberschule Pankow	60
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus	
Mobiles Beratungsteam „Ostkreuz - Netzwerke gegen Rechts“ der Stiftung SPI	62
Netzwerkstelle Moskito	63
Reach Out	64
Reach Out Fallbeispiel	67
Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage	
SportJugendClub Lichtenberg, Projekt „Sport und Jugendsozialarbeit gegen Gewalt“	69
Standpunkte - Erziehung für die Demokratie- Gegen Rechtsextremismus, ein Projekt aus den Bereichen Schule, Politik und Wirtschaft	70
S.T.E.R.N.: Migration und Quartiersentwicklung III	72
Zentrum Demokratische Kultur	74
Angebote	78
Für Kinder und Jugendliche	78
Für Multiplikatoren (Lehrer/innen, Sozialpädagog/innen, Erzieher/innen)	87
Für Schülerinnen und Schüler	89
Für Eltern	96
Für Opfer	97
Für Aussteiger	100
Für Engagierte in Initiativen und Projekten: Netzwerke	100
Für Interkulturelle Verständigung	108
Antisemitismus	120
Sonstige	122
Recherchen	123
Literaturhinweise	125
Bestellcoupon	133



Thomas Härtel

Vorwort

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind Phänomene, die in der breiten Öffentlichkeit meistens nur dann größere Beachtung finden, wenn über entsprechend motivierte Straftaten und deren oft furchtbare Folgen oder über die Wahlerfolge von Rechtsextremisten in den Medien berichtet wird. Sie verdienen jedoch weitaus mehr Aufmerksamkeit: Rechtsextreme, fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Einstellungen finden sich in der Mitte der Gesellschaft und bereiten den Boden nicht nur für den organisierten Rechtsextremismus, sondern auch für die Ausbreitung von Alltagskulturen, in denen Menschen anderer Hautfarbe, anderer Religionszugehörigkeit, anderer Nationalität, anderer sexueller Orientierung, Menschen mit anderen Weltanschauungen, Menschen mit Behinderungen und andere, die einfach anders sind, abgewertet und ausgegrenzt werden. In Zeiten schnellen und tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels, der viele Menschen verunsichert, ihnen liebgewonnene Gewissheiten auf den Prüfstand stellt und vermehrt Zweifel an der Funktionalität demokratischer Strukturen im Hinblick auf die Lösung der anstehenden gesellschaftlichen Probleme entstehen lässt, bietet rechtsextremistisches Gedanken „gut“ - nicht nur für junge Menschen - eine attraktive Alternative: Einfache Lösungen für schwierige Probleme, einfache Strukturen für komplexe Sachverhalte, einfache Unterscheidungen zwischen richtig und falsch schaffen klare Orientierungen. Man weiß sich zuzuordnen und hat nicht zuletzt das Gefühl, mit all seinen Problemen ernst genommen zu werden.

Demokratisches und tolerantes Handeln dagegen erfordert die Kompetenz, auf schnelle und einfache Lösungen zu verzichten, mit Unsicherheiten und Unwägbarkeiten umzugehen, sich in komplexen Systemen zu bewegen, sich in andere Menschen und deren Interessen hineinzudenken, ihnen gegenüber Empathie zu entwickeln und auch ihre Perspektiven im eigenen Handeln zu berücksichtigen. Um diese Kompetenz zu entwickeln und zu stärken, bedarf es jedoch ebenfalls einer klaren Orientierung: Die Vermittlung von grundlegenden, den Zusammenhalt der Gesellschaft sichernden Werten ist für demokratische und tolerante Gesellschaften unverzichtbar. Sie darf sich jedoch weder auf einzelne Teilbereiche gesellschaftlichen Handelns oder einige wenige Zielgruppen beschränken noch darin erschöpfen, diese im Rahmen allgemeiner Diskurse einzufordern.

Es gilt, demokratische Strukturen und Möglichkeiten der Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen ebenso wie eine Kultur wertschätzenden und ressourcenorientierten Umgangs miteinander weiter zu entwickeln, lebendig zu gestalten und konsequent zu fördern.

In Berlin sind in den letzten Jahren eine Vielzahl von Projekten, Initiativen, runden Tischen und Netzwerken - zum Teil gefördert aus Bundesmitteln - entstanden, die sich diesem Ziel verpflichtet fühlen und für das zivilgesellschaftliche Engagement in unserer Stadt stehen. Auch der Berliner Senat stellt sich der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Dabei spielen Maßnahmen der Berliner Polizei, der Senatsverwaltungen für Inneres und für Justiz, die vorwiegend im Bereich der Repression Wirkung entfalten und zum Teil mit hohem Personaleinsatz verbunden sind, eine ebenso bedeutsame Rolle wie die Aktivitäten anderer Senatsverwaltungen - insbesondere die des Beauftragten des Senats für Integration und Migration und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport - sowie die der Berliner Bezirke im Bereich der Prävention.

Vernetztes und koordiniertes Handeln all derjenigen, die sich für Demokratie und Toleranz einsetzen und sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren setzt voraus, dass Informationen über Maßnahmen, Programme, Projekte, Angebote, Fördermöglichkeiten und Ansprechpartner/innen in konzentrierter Form für alle zugänglich sind.

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt hat sich deshalb entschlossen, im Rahmen der von ihr herausgegebenen Schriftenreihe „Berliner Forum Gewaltprävention“ entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen.

Mit dem Berliner Forum Gewaltprävention „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus - Programme, Maßnahmen, Projekte“ liegt erstmalig eine nutzerorientierte und nutzerfreundliche Übersicht der Aktivitäten staatlicher und nichtstaatlicher Stellen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Berlin vor.



Thomas Härtel
Vorsitzender der Landeskommission Berlin gegen Gewalt
Staatssekretär für Bildung, Jugend und Sport

Ute Vialet

Editorial

Die vorliegende Publikation ist das dritte Berliner Forum Gewaltprävention (BFG) zum Themenbereich Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Im Jahr 2002 wurde von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt ein Berliner Forum Gewaltprävention (Nr.2/2001) veröffentlicht, in dem sowohl Vertreter/innen aus dem Wissenschaftsbereich als auch Expert/innen aus der Praxis in verschiedensten Beiträgen zu Wort kommen.

Das Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 13 aus dem Jahr 2003 „Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter - Eine Elterninformation“ wurde für die Zielgruppe der Eltern konzipiert, für Eltern, die sich im Allgemeinen für das Thema Rechtsextremismus interessieren, ebenso wie für Eltern, die ein besonderes Interesse haben, weil sie befürchten, dass ihre Kinder in das rechtsextremistische Milieu geraten könnten, oder weil sie gemerkt haben, dass bereits entsprechende Einstellungen und Kontakte vorhanden sind.

Diese Broschüre reiht sich in eine kontinuierliche Beschäftigung der Landeskommission Berlin gegen Gewalt mit dem Thema Rechtsextremismus - unabhängig von den jeweiligen politischen Tagesaktualitäten - ein. Dieses Berliner Forum Gewaltprävention „Maßnahmen und Projekte gegen Rechtsextremismus in Berlin“ enthält eine umfassende Übersicht und Beschreibung von staatlichen Maßnahmen auf Landes- und Bezirksebene, aber auch von vielfältigen Initiativen und Angeboten von Nichtregierungsorganisationen. Förderprogramme von Bund und Ländern werden vorgestellt.

Hauptsächlich wird diese Broschüre eine Informationsfunktion für unterschiedlichste Interessierte erfüllen, sei es für das Fachpublikum, aber auch für alle sonstigen an dem Themenfeld Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus interessierten Bürgerinnen und Bürger sowie für Interessenten der interkulturellen Verständigung.

Zahlreiche demokratiestärkende, rechtsextremistischen Tendenzen präventiv und strategisch entgegenwirkende Projekte und Angebote, die von unterschiedlichsten Trägern ins Leben gerufen und umgesetzt wurden, werden vorgestellt. Ein großer Teil dieser Broschüre soll eine Servicefunktion erfüllen, für Multiplikatoren, z.B. Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-innen, Erzieher/-innen, die verschiedensten Formen rechtsextremistischer Erscheinungsformen in ihrem Berufsalltag begegnen und entgegenwirken müssen, für Schüler/innen, die an dem Themenbereich interessiert sind oder Projekte planen, für Kinder und Jugendliche, die an verschiedenen Angeboten interessiert sind, für betroffene Eltern, für deren möglicherweise aus der Szene aussteigewillige Kinder und letztendlich für Menschen, die leider als Opfer von rechtsextremistischen Gewalttaten und sonstigen Übergriffen Leid erfahren haben und die entsprechende Unterstützung brauchen.

Das erste Kapitel enthält unter dem Titel „Rechtsextremismus in Berlin“ zunächst eine Erklärung des Begriffs „Rechtsextremismus“ sowie eine allgemeine Beschreibung der Erscheinungsformen von Rechtsextremismus in Berlin. Weiter geht es unter der Überschrift „Strategien gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus des Landes Berlin“ um eine Darstellung der Entwicklung der strategischen Maßnahmen in der Hauptstadt. Das Berliner Programm gegen Rechtsextremismus beruht auf diversen Beschlüssen von Senat und Abgeordnetenhaus. Hervorzuheben sind insbesondere der Bericht über Maßnahmen und Konzepte gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus (Drs.14/700) und das 10-Punkte-Programms des Berliner Senats (Senatsbeschluss 537/00).

In diesem 10-Punkte-Programm sind Schwerpunkte zusammengetragen, die in die Zuständigkeit verschiedener Senatsverwaltungen fallen, wie beispielsweise „Staatsanwaltschaft und Polizei intensivieren den Kampf gegen die Internet-Kriminalität...“; „Schule und Jugendarbeit werden (...) auf die Bekämpfung von antidemokratischen Einstellungen und Gewaltbereitschaft ausgerichtet.“ Programmziel des von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport koordinierten Förderprogramms respectABEL ist vor allem die Unterstützung von jungen Menschen in Berlin, die sich aktiv für Toleranz einsetzen und gegen fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Einstellungen und Gewalt vorgehen. Das Förderprogramm des Beauftragten für Integration und Migration des Senats von Berlin hat als zentrale Anliegen z. B. die Stärkung von Zivilgesellschaft und Netzwerken, die kommunale Integration sowie Opferschutz und Opferberatung.

Es folgt ein eigenes Kapitel „Maßnahmen der Senatsverwaltungen“. Denn die einzelnen Verwaltungen haben die in den eben genannten Beschlüssen von Senat und Abgeordnetenhaus enthaltenen ressortübergreifenden und ressortspezifischen Schwerpunktsetzungen, Aufträge und Empfehlungen bereichsspezifisch umgesetzt und stellen dar, welche konkreten Maßnahmen und Projekte gegen Rechtsextremismus in ihren Häusern stattfinden. Die jeweils ressortspezifische, sehr unterschiedliche politische Verantwortung kommt zum Ausdruck, dies reicht von der Förderung von Kommunalanalysen und lokalen Aktionsplänen für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus über polizeiliche Anti-Gewalt-Veranstaltungen bis zur Förderung von Internationalität und kultureller Vielfalt.

In der nächsten Rubrik werden „Förderprogramme und Stiftungen“ des Bundes und der Länder vorgestellt, für die Bundesebene das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, welches aus den drei Teilen „entimon - Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, „civitas - initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ und „xenos - Leben und Arbeiten in Vielfalt“ besteht, die Amadeu Antonio Stiftung, die F.C. Flick Stiftung und die Harold Bob Stiftung, für die Landesebene das o. g. Förderprogramm respectABEL und das bereits erwähnte Programm des Beauftragten für Integration und Migration.

Die „Maßnahmen der Berliner Bezirke“ sind ebenso wie die Maßnahmen der Senatsverwaltungen sehr vielfältig. Die Bezirksmaßnahmen zeichnen sich vorrangig durch die kommunalen, sozialraumorientierten Bezüge aus, die z.B. bei einigen Bezirken bei der Umsetzung von Empfehlungen aus Kommunalanalysen und Aktionsplänen zum Tragen kommen. In verschiedenen Bezirken bestehen Runde Tische oder andere Netzwerke gegen Rechtsextremismus. Die Fachbereiche der Bezirksämter, z.B. Jugend, Sport, Bildung, Kultur, unternehmen unterschiedlichste Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, zu einem guten Teil auch in Kooperation mit freien Trägern.

In der Rubrik „ausgewählte Projekte“ wird die Arbeit verschiedener längerfristig angelegter Projekte von freien Trägern exemplarisch und etwas ausführlicher dargestellt. Diese Projekte stehen für unterschiedliche Bereiche, z.B. Schule, Fortbildung, Sport, Jugendhilfe, Straßensozialarbeit, Opferberatung, Stadtteilorientierung, kommunale Vernetzung, Dialog der Kulturen etc. Die verschiedenen Schwerpunkte der einzelnen Projekte werden anschaulich beschrieben, die Prinzipien ihrer Arbeit vorgestellt.

Der nächste Teil der Broschüre, das Kapitel „Angebote“, enthält das nutzerorientierte Serviceangebot. Es enthält einen Überblick über die konkreten Maßnahmen und Angebote von Projektträgern, Vereinen, Initiativen etc. im Land Berlin, unter Nennung der entsprechenden Zielgruppen, der Ansprechpartner und -partnerinnen, Adressen etc.

Es handelt sich hierbei um Angebote, die auf einen längeren Zeitraum angelegt sind. Die Angebote sind in die Rubriken „Für Kinder und Jugendliche“, „Für Multiplikatoren (Lehrer/innen, Sozialpädagog/innen, Erzieher/innen)“, „Für Schülerinnen und Schüler“, „Für Eltern“, „Für Opfer“, „Für Aussteiger“, „Für Engagierte in Initiativen und Projekten; Netzwerke“, „Für Interkulturelle Verständigung“, „Antisemitismus“ und „Sonstige“ unterteilt. Für alle, die tiefer in das Thema einsteigen wollen, haben wir am Ende ein Literaturverzeichnis erstellt, in dem eine Auswahl aus der kaum überschaubaren Fülle an Literatur zu diesem Thema vorgestellt wird.

Rechtsextremismus in Berlin

Das folgende Kapitel enthält zunächst eine Erklärung des Begriffs „Rechtsextremismus“ sowie eine allgemeine Beschreibung der Entwicklung der Erscheinungsformen von Rechtsextremismus in Berlin sowie der Entstehung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, z. B. des 10-Punkte-Programms des Berliner Senats oder des Förderprogramms RespectAble.

Definition

Mit der Sammelbezeichnung Rechtsextremismus verbindet sich keine geschlossene politische Ideologie. Der Begriff umschreibt vielmehr eine vielschichtige politische und soziale Gedankenwelt und ein Handlungssystem, das in der Gesamtheit seiner Einstellungen und Verhaltensweisen auf die Beseitigung oder nachhaltige Beeinträchtigung demokratischer Rechte, Strukturen und Prozesse gerichtet ist. Rechtsextremistischen Strömungen sind in jeweils unterschiedlichen Gewichtungen und Ausprägungen folgende Inhalte gemeinsam:

Ablehnung des Gleichheitsprinzips

Die Ideologie der Ungleichheit äußert sich in der gesellschaftlichen Diskriminierung bestimmter Menschen und Gruppen aufgrund ethnischer, körperlicher und geistiger Unterschiede.

Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit

Die eigene "Nation" oder "Rasse" wird zum obersten Kriterium der Identität erhoben. Ihr wird ein höherwertiger Status zugeschrieben, was die Abwertung und Geringschätzung von nicht zur eigenen "Nation" oder "Rasse" gehörenden Menschen und Gruppen zur Folge hat.

Antipluralismus

Der pluralistische Interessen- und Meinungsstreit wird als die Homogenität der Gemeinschaft zersetzend angesehen. Rechtsextremisten streben eine geschlossene Gesellschaft an, in der Volk und Führung eine Einheit bilden.

Autoritarismus

In demokratischen Ordnungssystemen ist der Staat ein Instrument der Selbstorganisation der Gesellschaft, das Wechselbeziehungen zwischen Staat und Gesellschaft vorsieht. Im autoritären Staatsverständnis steht der Staat in einem einseitig dominierenden Verhältnis über der Gesellschaft.

Im Bereich des Rechtsextremismus treten zahlreiche ideologische Überschneidungen und Mischformen auf. Die Überbewertung der eigenen Nation im Vergleich zu anderen Nationen wird als Nationalismus bezeichnet. Der Rassismus behauptet die Ungleichwertigkeit von „Menschenrassen“ aufgrund ihrer unveränderlichen biologischen und sozialen Anlagen. Rassistische Ideologen leiten daraus ein „naturgegebenes“ Recht zur Ausgrenzung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen ab. Eine besondere Form des Rassismus ist der Antisemitismus. Darunter versteht

man die Feindschaft gegenüber den Juden als Gesamtheit aufgrund stereotypischer rassistischer, sozialer, politischer und/oder religiöser Vorurteile. Ein weiteres Element des Rechtsextremismus ist der Neonazismus, der durch seinen Bezug zum historischen Phänomen des Nationalsozialismus gekennzeichnet ist. Wenn eine rechtsextreme Ideologie an den historischen Nationalsozialismus anknüpft, wird sie als neonazistisch bezeichnet.

Entwicklung und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Berlin

Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Berlin bewegt sich seit mehreren Jahren auf einem konstanten Niveau von ca. 2.400 Personen. Dieses Personalpotenzial verteilt sich auf drei verschiedene Risikofelder:

- Aktionsorientierter Rechtsextremismus
- Parlamentsorientierter Rechtsextremismus
- Diskursorientierter Rechtsextremismus

Quantitativ gesehen ist der parlamentsorientierte Rechtsextremismus dominierend, in den letzten Jahren waren hier allerdings kaum Entwicklungen bei gleichzeitigen deutlichen Mitgliederverlusten erkennbar. In Berlin sind die rechtsextremistischen Parteien „Nationaldemokratische Partei Deutschland“ (NPD), „Die Republikaner“ (REP) und die „Deutsche Volksunion“ (DVU) aktiv.

Als wesentlich dynamischer stellt sich der aktionsorientierte Rechtsextremismus dar, zu dem sowohl unorganisierte Neonazis, ideologisch weniger gefestigte gewaltbereite Jugendcliquen, die so genannten Kameradschaften und die rechtsextremistische Musikszene gehören.

Die Herausbildung von „Kameradschaften“ ist eine Reaktion auf die Verbote zahlreicher rechtsextremistischer Vereinigungen Anfang der 90er Jahre. Um dem Verfolgungsdruck auszuweichen, sind die Kameradschaften bemüht, durch möglichst informelle Gruppenstrukturen möglichst wenige Ansatzpunkte für Repressionsmaßnahmen zu liefern. Nachdem die Kameradschaftsszene in Berlin lange Zeit kaum Aktivitäten entfaltetete, ist in diesem Bereich seit 2003 eine neue Dynamik erkennbar. Neben der Neugründung von Kameradschaften in Berlin fand eine taktische Reorientierung statt. Durch provokative Aktionen in der Öffentlichkeit und eine zunehmende Gewaltbereitschaft werden auch anpolitisierte, erlebnisorientierte Jugendliche angesprochen. Dabei wird zum Teil versucht, neben klassischer rechtsextremistischer Propaganda auch Themen, Symbole und Aktionsformen aus dem Linksextremismus zu kopieren. Beispielhaft dafür sind die „Autonomen Nationalisten Berlin“ (ANB), die sich hinsichtlich ihres öffentlichen Auftretens an die linke „Antifa“-Szene anlehnen. Aufgrund der Aktivitäten der Kameradschaften sind die Übergänge von organisierten aktionsorientierten Rechtsextremisten mit einer gefestigten ideologischen Überzeugung zu informellen Jugendcliquen mit Sympathien für ein rechtsextremistisches Weltbild fließend und häufig nicht exakt abzugrenzen.

Neben den Kameradschaften spielt die Musikszene innerhalb des aktionsorientierten Rechtsextremismus eine wichtige Rolle. In Berlin sind bzw. waren in der Vergangenheit Bands wie „Landser“, „D.S.T.“, „Spreegeschwader“, „W.A.R.“ und „Legion of Thor“ aktiv. Aufgrund des starken Verfolgungsdrucks der Sicherheitsbehörden fanden allerdings seit 2000 keine rechtsextremistischen Konzerte mehr in Berlin statt. Mitglieder der Band „Landser“ wurden im Dezember 2003 durch das Kammergericht wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung verurteilt. Gegen „D.S.T.“ befindet sich eine Anklage in Vorbereitung.

Mit ca. 100 Personen tritt der diskursorientierte Rechtsextremismus deutlich hinter die beiden anderen Risikofelder zurück. Der diskursorientierte Rechtsextremismus ist bemüht, rechtsextremistische Thesen und Inhalte in den allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs einzuspeisen.

Neben Gruppierungen wie dem „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ spielen vor allem einzelne Publizisten wie der in Brandenburg wohnende *Horst Mahler* eine wichtige Rolle. Eine breite Öffentlichkeit erreichte der diskursorientierte Rechtsextremismus in der Vergangenheit nicht.

Strategien gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Berlin

„In Berlin soll ein Klima der Einmischung entstehen“, titelte eine bekannte Berliner Zeitung, als im September 2000 der Berliner Senat ein umfangreiches Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verabschiedete. Der Senat von Berlin „ist entschlossen, den Angriffen auf die Menschenwürde und der Herausforderung des Rechtsstaates durch rechtsextremistische Haltungen und Handlungen im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen und politischen Initiative zur entschiedenen Verdeutlichung unserer gemeinsamen Werte entgegenzutreten“, kommentierte eine Landespressemeldung den Beschluss.

Selbstverständlich waren auch vor diesem Beschluss demokratiestärkende Projekte und Strategien umgesetzt oder einschlägige Institutionen geschaffen worden (z.B. die Arbeitsgruppe Antidiskriminierung beim Integrationsbeauftragten des Senats, damals die erste dieser Art in Deutschland). Mit dem Beschluss jedoch hat der Senat ein eigenständiges strategisches Landesprogramm zur Gegensteuerung vorgelegt und damit ein deutliches politisches Zeichen gesetzt.

Dieses verabschiedete Berliner Landesprogramm besteht aus zwei sich ergänzenden und überlappenden Teilen, die von verschiedenen gesellschaftlichen und staatlichen Gruppen unabhängig voneinander erarbeitet worden sind.

In einer Diskussionsrunde mit rund 50 Vertretern aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik entstand unter der Leitung des Regierenden Bürgermeisters das „10-Punkte-Programm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (Senatsbeschluss 537/00). Hier sind Schwerpunkte zusammengetragen, die in die Zuständigkeit verschiedener Senatsverwaltungen fallen, wie beispielsweise „Staatsanwaltschaft und Polizei intensivieren den Kampf gegen die Internet-Kriminalität...“; die „Justiz wird zukünftig gewährleisten, dass Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund zügig und mit Nachdruck verfolgt werden...“; „Schule und Jugendarbeit werden (...) auf die Bekämpfung von antidemokratischen Einstellungen und Gewaltbereitschaft ausgerichtet...“.

Daneben hat die damalige Ausländerbeauftragte im Auftrag der Landeskommision Berlin gegen Gewalt mit Mitarbeiter/-innen aus verschiedenen Senatsverwaltungen (1) den „Bericht über Maßnahmen und Konzepte gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (Drs. 14/700) erarbeitet. Die Senatsverwaltungen sind damit wissenschaftlichen Erkenntnissen gefolgt, denen zufolge das „öffentliche soziale Klima“ einen herausragenden Einfluss bei der Verhinderung fremdenfeindlicher oder antisemitischer Übergriffe und rechtsextremistischer Gewalttaten hat: Besonders Politik und öffentliche Verwaltung können durch eindeutige Signale nach außen das soziale Klima in der Stadt positiv beeinflussen. Es lag deshalb nahe, diesen „Vorbildcharakter“ der Verwaltungen gezielter zu nutzen.

Die verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit stellte sicher, dass die Verwaltungen, unter ihrem jeweiligen Fachaspekt für die Thematik Verantwortung übernehmen. Dies nicht nur im Hinblick darauf, mit welchen Strategien und Maßnahmen noch effektiver in die Gesellschaft hineinzuwirken ist, sondern auch unter der Fragestellung, welche Maßnahmen innerhalb der Verwaltungen selbst ergriffen werden sollten, um die Mitarbeiter/innen noch stärker für demokratiefeindliche Tendenzen zu sensibilisieren und ein tolerantes soziales Klima in der Stadt weiter zu befördern. Beispiele sind hier: einschlägige Fortbildungen der Führungskräfte und Mitarbeiter/innen; Interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung.

Das Berliner Landesprogramm beinhaltet neue Schwerpunktsetzungen und die Fortführung bewährter Maßnahmen durch einzelne Senatsverwaltungen wie auch verwaltungsübergreifende Ansätze. Neben Maßnahmen der einzelnen Verwaltungen steht die Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen wegen ihrer zentralen Rolle bei der Stärkung der demokratischen Kultur im Mittelpunkt. Beispielhaft seien genannt:

- Aufbau eines landesweiten Informationssystems zu einschlägigen Projekten und Maßnahmen
- Hilfe für Opfer rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Gewalt
- Antisemitismusarbeit mit Schülern
- Beratung von Angehörigen ethnischer Minderheiten durch die „Clearingstelle“ der Polizei
- Förderung von interkultureller und internationaler Kompetenz und Weltoffenheit bei der Polizei
- Weiterentwicklung der interkulturellen und internationalen Ausrichtung der Verwaltung
- Maßnahmen für gefährdete bzw. gewaltbereite Jugendliche und junge Erwachsene

Mit der vorliegenden Broschüre wird erstmals die Öffentlichkeit über Aktivitäten im Rahmen des Landesprogramms breiter informiert.

Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt koordiniert die Umsetzung des Berliner Landesprogramms. Sie beruft dazu regelmäßig die verwaltungsübergreifend zusammengesetzte Arbeitsgruppe Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ein, um den Informationsfluss zwischen den Senatsverwaltungen sicherzustellen. Die regelmäßige Berichterstattung an das Abgeordnetenhaus über den Stand der Umsetzung des Berliner Landesprogramms zählt ebenfalls zu den Aufgaben der Landeskommision Berlin gegen Gewalt.

Auch vier Jahre nach dem Senatsbeschluss hat das Berliner Landesprogramm nicht an Aktualität verloren. Es versteht sich über konkrete Handlungsvorschläge hinaus auch als strategische Plattform, so dass auf veränderte Entwicklungen zügig reagiert werden kann. Zur Förderung einschlägiger Maßnahmen stellt der Senat Fördermittel bereit, die unter der Regie des Beauftragten für Integration und Migration vergeben werden. Im Jahr 2004 sind dafür ca. 1,5 Millionen € eingestellt. Darüber hinaus standen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport für das Programm respectABel im Jahr 2004 ca. 170.000 € zur Verfügung.

Anmerkung

(1) In der Arbeitsgruppe mitgewirkt haben: Senatskanzlei; Senatsverwaltung für Innere; Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Frauen; Ausländerbeauftragte des Senats (Leitung der Arbeitsgruppe); Senatsverwaltung für Justiz; Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung, Kultur; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung; Senatsverwaltung für Schule, Jugend, Sport; Landeskommision Berlin gegen Gewalt.



Die Maßnahmen der Senatsverwaltungen

Senatsverwaltung für Inneres

Polizei

Um den vielfältigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus auch polizeilich zu begegnen, wurden in der Berliner Polizei fachspezifische Dienststellen aufgebaut, die Maßnahmen treffen und weiterentwickeln.

Operative Sonderermittlungsgruppe „Politisch motivierte Straßengewalt“

Die seit Dezember 1992 bestehende Dienststelle im Landeskriminalamt (LKA 6334 PMS - Politisch motivierte Straßengewalt) hat sich zu einer unverzichtbaren operativen Komponente bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus entwickelt.

Neben der Bekämpfung spezieller Phänomene der organisierten rechtsextremistischen Kriminalität im Rahmen der Strafverfolgung ist die Zielrichtung dieses Kommandos, durch offene und verdeckte Aufklärung politische Gewalttäter bekannt zu machen und gefahrenabwehrend zu beobachten (u.a. Veranstaltungsbegleitung) sowie Strategien zu entwickeln, politische Straftaten möglichst bereits im Ansatz zu verhindern, u.a. durch Aufklärungstreifen, Kontaktgespräche und sogenannte Gefährderansprachen.

Von besonderer Bedeutung ist dabei die enge Zusammenarbeit mit dem Polizeilichen Staatsschutz im Landeskriminalamt (LKA 5), der Staatsanwaltschaft, die Unterstützung durch die Polizeidirektionen sowie ein intensiver Erkenntnisaustausch mit anderen Bundesländern.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK - Rechts)

Das LKA 532 führt Strukturermittlungen im Bereich des organisierten Rechtsextremismus durch, insbesondere intensive Ermittlungen zu Gruppierungen und relevanten Einzelpersonen hinsichtlich aktueller Aktivitäten und Aufenthaltsorte etc.. Hierbei werden ständig neue Gruppierungen/Einzelpersonen, deren Ziele und Verbindungen aufgedeckt.

Zur schnellen Reaktion auf die steigende Anzahl von Anzeigen oder Hinweisen zu rechtsextremistischen Erscheinungsformen im Internet wurde beim LKA 541 ein spezieller Internet-Arbeitsplatz eingerichtet. Hierdurch wird die beweiskräftige Sicherung der veröffentlichten Daten ermöglicht. Im Rahmen der Ermittlungen zu im Internet eingestellten strafrechtlich relevanten Sachverhalten werden die Provider auf verbotene Inhalte hingewiesen.

Seit Ende 1992 wird im Landeskriminalamt eine Auswertung im Phänomenbereich Rechtsextremismus betrieben; diese erfolgt im LKA 521 in enger Abstimmung mit der Sachbearbeitung des LKA 532 / 541 und LKA 6334 PMS.

Behörden- und länderübergreifende Zusammenarbeit

Im Rahmen der „Gefahrenabwehr“ (Verhütung von Straftaten, Erkennen jugendgefährdender Orte) werden durch die Ermittlungskommissariate LKA 541 und 532 Erkenntnisse zu Trefforten rechtsorientierter Jugendlicher und Personalien rechtsextremistischer Minderjähriger an die jeweils zuständigen Bezirksamter (Abt. Jugend und Familie) zur Veranlassung einer gezielten Betreuung in dortiger Zuständigkeit weitergegeben.

Das jährlich erstellte „Gemeinsame Kriminalitätslagebild Berlin/Brandenburg“ ist der für beide Länder notwendig gewordene Auswertungsbericht, um über die im engeren Verflechtungsraum kriminalpolizeilich relevante Entwicklung, u.a. über den Phänomenbereich Rechts des Polizeilichen Staatsschutzes, informiert zu sein und dem angemessen entgegen zu können.

Die Auswertereinheit des Phänomenbereichs Rechts (LKA 521) betreibt mit der korrespondierenden Dienststelle des LKA Brandenburg aufgrund der überregionalen Bezüge von rechtsextremistischen Straftätern bereits seit Jahren einen intensiven, erfolgreichen Informationsaustausch.

Das LKA 6334 PMS unterstützt und berät die Dienststellen des Landeskriminalamtes Brandenburg bei länderübergreifenden Veranstaltungen mit Beteiligung Berliner Rechtsextremisten auch vor Ort.

Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGO)

Insbesondere Opfern nichtdeutscher Herkunft werden Hilfsangebote, Anschriften und Telefonnummern von Opferschutzverbänden, wie z.B. Weisser Ring, Opferhilfe oder Reach - Out mitgeteilt.

In diesem Zusammenhang werden Gespräche u.a. mit Vertretern von Reach - Out, dem Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) und der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) geführt.

Infotelefon „Rechts“

Mit dem Infotelefon Rechts 030 / 691 11 83 wurde beim Polizeilichen Staatsschutz eine Möglichkeit geschaffen, Hinweise auf rechtsextremistische Organisationen, Gruppierungen bzw. Einzelpersonen oder erkannte und geplante Straftaten zielgerichtet zu übermitteln.

Darüber hinaus versteht sich diese Einrichtung auch als Informationsmedium; insbesondere können interessierte Mitbürger erfragen, welche Symbole bzw. Handlungen Straftaten darstellen.

Maßnahmen der Versammlungsbehörde

Das LKA 572 (Versammlungsbehörde) erlässt für Versammlungen, bei denen die Anmelder dem rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnen sind, regelmäßig Auflagenbescheide mit dem Ziel diesen Versammlungen ihr martialisches und bedrohliches Gepräge zu nehmen. Auflagen haben sich in der Vergangenheit bewährt und unterliegen einer laufenden Aktualisierung.

Anti - Gewalt - Veranstaltungen

Die Anti - Gewalt - Veranstaltungen für Schulklassen oder Gruppen sowie einzelne Veranstaltungen für Erwachsene werden künftig durch die hauptamtlichen Präventionsbeauftragten der Polizeidirektionen an allen Berliner Schulen durchgeführt.

Sonstige Aktivitäten der Polizeidirektionen

Die „Arbeitsgruppen Ausländer“ (AGA) der örtlichen Direktionen wirken bei Präventionsmaßnahmen zum Schutz von Ausländerwohnheimen und vergleichbaren Einrichtungen mit.

Die Dienststellen „Fahndung - Aufklärung - Observation“ (FAO) und „Operative Gruppe Jugendgewalt“ (OGJ) der Polizeidirektionen sind - in enger Abstimmung und im Austausch mit dem LKA 6334 PMS und LKA 521 - in die Bekämpfungsstrategien rechtsextremistischer Straftäter mit dem Ziel der Erkenntnisgewinnung hinsichtlich von Treff- / Aufenthaltsorten vermeintlich oder tatsächlicher rechtsorientierter Jugendlicher stetig eingebunden.

Verfassungsschutz

Die Verbesserung der Gewinnung von Vorfelderkenntnissen des Verfassungsschutzes über rechtsextremistische Bestrebungen ist Teil des „10 - Punkte - Programms“ und wird als ein dauerhafter Arbeitsschwerpunkt umgesetzt.

Die gewonnenen Informationen werden unter nachrichtendienstlichen wie auch wissenschaftlichen Gesichtspunkten intensiv ausgewertet. Zudem fließen empirisch erhobene Daten und Forschungsergebnisse auch von nichtstaatlichen Initiativen und Projekten in die Analysen des Verfassungsschutzes mit ein.

Ein zielgerichteter und zeitnaher Informationsaustausch mit anderen Sicherheitsbehörden sowie die unmittelbare Unterrichtung der politischen Leitung der Senatsverwaltung für Inneres sind sichergestellt. Neben den präventiven Aufgaben arbeitet der Verfassungsschutz zur Unterstützung repressiven Vorgehens eng mit dem polizeilichen Staatsschutz in Berlin zusammen. Polizeiliche Maßnahmen gegen den aktionsorientierten Rechtsextremismus werden oftmals in Kooperation mit dem Verfassungsschutz vorbereitet.

Neben der klassischen Politikberatung wendet sich der Verfassungsschutz auch an die Öffentlichkeit. Durch den jährlichen Verfassungsschutzbericht, themenbezogene Publikationen (Analyse der Bundestagswahlen, Lagebild Rechtsextremismus, Studie zu rechtsextremistischen Skinheads) sowie aktuelle Meldungen via Internet wird die Öffentlichkeit fortlaufend über Entwicklungen und Risiken des Rechtsextremismus informiert.

Für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren werden Symposien zu Schwerpunktthemen verschiedener Extremismusbereiche mit Vorträgen von sachkundigen Referenten aus Wissenschaft und Erwachsenenbildung veranstaltet. Die Fachkonferenzen finden eine breite Beteiligung von Vertretern staatlicher und nichtstaatlicher Projekte und Initiativen. Im Jahr 2002 wurde ein Symposium zur rechtsextremistischen Musik angeboten.

Durch die Abteilung Verfassungsschutz werden darüber hinaus Informationsbroschüren zum Rechtsextremismus erstellt und kostenlos angeboten. Im Jahr 2004 erschien die Publikation „Rechtsextremistische Skinheads“, die sich an die informierte Fachöffentlichkeit und Pädagogen/-innen wendet. Alle Informationen sind auch über den Internetauftritt des Berliner Verfassungsschutzes unter www.verfassungsschutz-berlin.de abrufbar.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Es ist den Wissenschafts-, Forschungs- und Kultureinrichtungen ein ständiges Anliegen, Toleranz und Weltoffenheit zu fördern. Kulturelle Vielfalt und Internationalität von Kunst und Künstler/innen sind mittlerweile in Berlin alltägliche Realität und spiegeln sich in unterschiedlichsten Programmangeboten der Kultur- und Kunstszene der Stadt wider.

Damit einher geht auch die Arbeit der Kulturinstitutionen hin zu Orten kultureller Vielfalt und zu Foren der Begegnung und des interkulturellen Dialogs. Für herausragende künstlerische Bereiche wie die der Musik- und Tanztheater, der Orchesterlandschaft, der Bildenden Kunst (Galerien und Ausstellungshäuser) und der gesamten freien Kunst- und Kulturszene Berlins gilt im Besonderen, dass die Aufrechterhaltung des internationalen künstlerischen Anspruchs ohne

Beteiligung ausländischer Künstler/innen undenkbar ist. Durch die Internationalität und Welttoffenheit der Institutionen entwickelt sich Berlin als europäische Kulturmetropole gleichsam zu einer Werkstatt der Kulturen, die ihren Ausdruck u.a. in den Programmen der Kulturinstitutionen findet.

Kultureinrichtungen beziehen im Rahmen ihrer Veranstaltungen regelmäßig öffentlich Stellung gegen rechte Gewalt. Ihre Angebote sind multikulturell ausgerichtet und leisten dadurch einen nachhaltigen und kontinuierlichen Beitrag zur Vermeidung von Vorurteilen, Rassismus und Rechtsextremismus.

Darüber hinaus wurde angesichts eines wachsenden Ausländeranteils in der Stadt und der sich damit verändernden Realitäten von Interkulturalität und Multikulturalität im gesamtstädtischen Leben in unserem Hause ein spezifisches Programm zur Förderung kultureller Aktivitäten von Migrantinnen und Migranten aufgelegt, dessen besonderer Schwerpunkt auf künstlerischen Projekten liegt, in deren Mittelpunkt die Bewahrung und Entwicklung der kulturellen Identität und/oder Belebung des interkulturellen Dialogs stehen.

Die Förderung zielt sowohl auf die Erhaltung der eigenen kulturellen Identität als auch auf die Integration der Migranten/-innen in das gesamtstädtische kulturelle Leben und ist ein wichtiger Beitrag gegen Rechtsextremismus.

Im Rahmen des Internationalen Kulturaustausches präsentiert sich die Kulturstadt Berlin wesentlich durch Gastspielreisen, Konzerttourneen und bei Einladungen zu Kunstfestivals in allen Teilen der Welt. Das hohe künstlerische und internationale Niveau der Künstler/innen bzw. Ensembles hat den Ruf der Stadt als multikulturelle und tolerante Kulturmetropole gestärkt.

Bei der als notwendig angemahnten Ausweitung der politischen Bildung zu den Komplexen nationalsozialistische Gewaltherrschaft und SED-Diktatur in den Berliner Schulen spielen die Stätten der Zeitgeschichte, die der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur zugeordnet sind, eine herausragende Rolle. Einrichtungen wie Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stiftung Topographie des Terrors, Haus der Wannsee-Konferenz, Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sowie Dokumentationszentrum Berliner Mauer bieten in enger Kooperation mit den Schulen vielfältige Veranstaltungsangebote, die jeweils bezogen auf die besondere Thematik der Häuser u.a. auch Formen politischen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit und die hieraus erwachsenden Gefahren bewusst machen mit dem Ziel, die Schüler/innen zu befähigen, sich gegen politischen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu engagieren.

Im Wissenschaftsbereich ist das Zentrum für Antisemitismusforschung unter Leitung von Herrn Professor Dr. Wolfgang Benz an der Technischen Universität Berlin hervorzuheben, dessen Lehrangebote und Forschungsvorhaben von überregionaler Bedeutung sind. Das Zentrum verfügt über eine eigene Bibliothek und ein Archiv. Die Arbeitsstelle gegen Jugendgewalt und Rechtsextremismus wurde im Jahre 1999 am Zentrum für Antisemitismusforschung eingerichtet (nähere Beschreibung im Kapitel „Ausgewählte Projekte“).

Senatsverwaltung für Justiz

Die Senatsverwaltung für Justiz hat in den vergangenen Jahren die Führungskräfte ihrer Hauptverwaltung sowie Mitarbeiter/innen nachgeordneter Gerichte, Staatsanwaltschaften und der Justizvollzugsanstalten im Rahmen von Seminaren hinsichtlich interkultureller Kompetenz geschult. Bestandteile dieser Seminare sind die Grundlagen und Umsetzungsmöglichkeiten von interkultureller Öffnung der Verwaltung anhand von praktischen Beispielen. Aufgrund der vorliegenden positiven Rückmeldungen werden diese Seminare auch für nachgeordnete Behörden weiterhin durchgeführt werden.

Abteilung Justizvollzug, Referat für Aus- und Fortbildung

Das Referat für Aus- und Fortbildung ist zuständig für die Ausbildung des mittleren und gehobenen Justizvollzugs- und Verwaltungsdienstes an Justizvollzugsanstalten sowie für die Fortbildung aller dortigen Berufsgruppen.

Die Ausbildungsdauer beträgt in der Regel 24 Monate. In den nachfolgenden Unterrichtsfächern wird, von den Lernzielen der Ausbildung abgeleitet, das Themenspektrum Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus differenziert vermittelt:

- Sozialwissenschaften (insgesamt 106 Doppelstunden); darin sind die folgenden Themen enthalten:
Hintergründe und Ursachen von Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Rassismus.
- Politische Bildung (insgesamt 33 Doppelstunden); darin sind die folgenden Themen enthalten:
Kontinuierliche Problematisierung rechtsextremer und rassistischer Einstellungen, Einbeziehung themenspezifischer Veranstaltungen und Ausstellungen in Berlin.
- Multikulturelle Problemstellung und Ausländerproblematik im Vollzug (8 Doppelstunden).
- Aufarbeitung der Thematik Strafvollzug in der NS - Zeit und in totalitären Systemen insbesondere im Hinblick auf die aktuelle Arbeit der Vollzugsbediensteten in Einrichtungen mit besonderen Gewaltverhältnissen (mehrtägiges Seminar in Zusammenarbeit mit den Dozenten des „Hauses der Wannseekonferenz“ und einer politischen Stadtrundfahrt).

Fortbildung für alle Berufsgruppen und Laufbahnen des Justizvollzuges und der Sozialen Dienste der Justiz

Die Seminar-Schwerpunkte werden zwischen dem Referat für Aus- und Fortbildung, den Justizvollzugsanstalten und den Sozialen Diensten der Justiz mittels Fortbildungskonferenzen bzw. sog. Kundengesprächen vereinbart. Ein ständiger Seminar-Schwerpunkt ist die Qualifizierung für die Besonderheiten in der Betreuung der ausländischen Inhaftierten und die Sensibilisierung für die Probleme in der Arbeit mit rechtsradikalen Inhaftierten. Nachfolgend eine kurze Thementauswahl:

- Besonderheiten in der Arbeit mit muslimischen Inhaftierten durch Dozent/innen der Aktion Courage e. V.
- Seminare zur Arbeit mit Inhaftierten aus Vietnam, Türkei und Russland.
- Seminare zur Sensibilisierung für die Arbeit mit rechtsgerichteten Inhaftierten durch das Zentrum für demokratische Kultur e. V.
- „Rechtsextremistische Kennzeichen, Symbole, Zeitschriften, Musikerzeugnisse“ durch Mitarbeiter des Landeskriminalamtes, Referat für politisch motivierte Straftaten.

Staatsanwaltschaft Berlin

Um zu gewährleisten, dass Gewalttaten mit rechtsextremistischen Hintergrund zügig und mit Nachdruck verfolgt werden, ist bei der Staatsanwaltschaft Berlin eine Spezialabteilung für die Bearbeitung von Gewalt-, Staatsschutz- und Friedensstörungsdelikten geschaffen worden. Diese Spezialabteilung ist neben der Verfolgung von Straftaten nach den speziellen Bestimmungen des Strafgesetzbuches (z.B. Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Landfriedensbruch und Volksverhetzung gemäß §§ 86, 86a, 125 und 130 StGB) sowie nach dem Vereins-, Versammlungs-, Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz u.a. für die Verfolgung von Gewalttaten (gegen Personen oder Sachen) mit rassistischem oder fremdenfeindlichem Hintergrund und/oder im Zusammenhang mit sportlichen Großveranstaltungen, auch soweit sich die Verfahren gegen

Jugendliche und Heranwachsende richten, und von Rohheitsdelikten Erwachsener (Taten gegen die körperliche Integrität, bei deren Begehung eine besonders gefühllose, menschenverachtende Haltung erkennbar ist) zuständig.

Ergänzend besteht im Bereich des Jugendstrafrechts eine Sonderabteilung für Gewalttätigkeiten und Rohheitsdelikte Jugendlicher und Heranwachsender, die insbesondere zuständig ist für „schwere und kollektive Straftaten von Mitgliedern von Jugendbanden oder -gruppen“.

Seit 1992 werden rechtsextremistische bzw. fremdenfeindlich motivierte Straftaten bei der Staatsanwaltschaft Berlin mittels eines vom Bundesjustizministerium in Absprache mit den Justizministerien der Länder erstellten Fragebogens statistisch erfasst. Die hierzu für alle Bundesländer einheitlich festgelegten Erfassungskriterien geben einen Überblick über die Kriminalitätsentwicklung und die Ahndung rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen

Maßnahmen, die ihre *Priorität* auf die Bekämpfung von rechtsextremistischem, fremdenfeindlichem und antisemitischem Gedankengut setzen, gibt es gegenwärtig innerhalb der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen nicht. Die Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie zur Förderung des Zugangs zum Arbeitsmarkt wirken jedoch per se integrativ und damit auch präventiv im Sinne der Drucksache 14/700 und des 10-Punkte-Programms des Senats; dies gilt auch für die geförderten Projekte für Migrantinnen, da die interkulturelle Verständigung integraler Bestandteil der jeweiligen Projektarbeit ist.

In diesem Zusammenhang sind von den von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen geförderten Projekten wegen ihres breiten interkulturellen Ansatzes zwei Projekte besonders beispielhaft: Zum einen handelt es sich dabei um das Interkulturelle Frauenzentrum S.U.S.I., das neben einem umfangreichen Beratungsangebot in acht Sprachen auch ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm u.a. zu Rassismus anbietet. Das zweite Projekt ist HINBUN, ein internationales Bildungs- und Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien, das neben einem Kurs- und Beratungsangebot an Themen auch zu interkultureller Öffnung und Kompetenz arbeitet und sich als Anlaufstelle für Frauen mit Gewalt- und Rassismuserfahrungen versteht.

Darüber hinaus ist die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen an der senatsübergreifenden Arbeitsgruppe „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ unter der Federführung des Beauftragten für Integration und Migration des Senats beteiligt. Auch der Landesbeirat für Integration und Migration, in dem die Staatssekretärin Susanne Ahlers Mitglied ist und in dessen Arbeitsgruppen weitere Mitarbeiterinnen der Senatverwaltung mitwirken, ist eine Maßnahme im Sinne der genannten Drucksachen.

Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration

Mit dem Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus (Senatsbeschluss 537/00 und Drs.14/700) unterstützt der Senat die Entwicklung hin zu einer deutlichen interkulturellen und internationalen Ausrichtung der Berliner Verwaltung, besonders bei der Verwaltungsorganisation und beim Verwaltungshandeln. Dabei betont der Senat, dass die Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung für ein tolerantes soziales Klima gestärkt wird durch die interkulturelle und internationale Ausrichtung ihrer Dienstleistungen. Alle Aktivitäten zur interkulturellen Ausrichtung sind grundsätzlich von allen Zweigen und Dienststellen der Berliner Verwaltung in eigener Verantwortung in Angriff zu nehmen.

In diesem Zusammenhang koordiniert der Beauftragte für Integration und Migration die Themenbereiche „Abbau von Fremdenfeindlichkeit und von Antisemitismus“ sowie „interkulturelle

und internationale Ausrichtung der Verwaltung“ und wirkt im Rahmen seiner ressortübergreifenden Zuständigkeit für die Angelegenheiten der Migranten/-innen in die Verwaltungen hinein.

Die Verantwortung für die Entwicklung und Implementierung von Strategien der interkulturellen und internationalen Ausrichtung liegt bei den jeweiligen Senats- und Bezirksverwaltungen selbst. Deshalb sollen die erforderlichen Handlungsschritte grundsätzlich von allen Zweigen und Dienststellen der Berliner Verwaltung in eigener Verantwortung initiiert werden. Der Beauftragte für Integration und Migration hat empfohlen, dazu in allen Senatsverwaltungen eigene Arbeitsgruppen einzurichten. Zu den Aufgaben solcher Arbeitsgruppen zählt etwa die hausinterne Entwicklung von Zielen und Leitlinien zur interkulturellen Ausrichtung.

Interkulturelle und internationale Ausrichtung der Verwaltung

Zwischen den Senatsverwaltungen findet in einer ressortübergreifend zusammengesetzten Arbeitsgruppe zur internationalen und interkulturellen Ausrichtung der Verwaltung unter der Federführung des Beauftragten für Integration und Migration ein Erfahrungsaustausch statt. Einzelmaßnahmen in den verschiedenen Verwaltungen werden angeregt. Zum Einstieg in das Thema und zur Vorbereitung haben die Mitglieder der Arbeitsgruppe im Herbst 2002 an einem zweitägigen Training zur interkulturellen Öffnung teilgenommen.

Der Integrationsbeauftragte finanziert aus Mitteln der Europäischen Kommission eine Reihe von Qualifizierungsmaßnahmen. Das zwei Jahre laufende Projekt „Berlin – Stadt der Vielfalt“ richtete sich an Mitarbeiter/innen der Bildungs- und der Gesundheitsverwaltung des Senats sowie an Mitarbeiter/innen in den Bezirksämtern. Mit einem „Diversity“-Ansatz werden Mitarbeiter/innen in zwei- bis dreitägigen Workshops über Aspekte kultureller Vielfalt informiert und für das Thema „Diskriminierung“ sensibilisiert. Weitere Trainings und Fortbildungen zur Interkulturellen Öffnung fanden im Bereich der Senatsverwaltung für Justiz und für Mitarbeiter/innen des Abschiebebewahrsams statt. Die Kurse im Abschiebebewahrsam wurden aus Mitteln des XENOS - Programms der Bundesregierung mitfinanziert.

Als vielversprechend hat sich im Jahr 2003 die Initiierung von Organisationsberatungen in ausgewählten Verwaltungen erwiesen. Sie wurden im Landesamt für Gesundheit und Soziales durchgeführt und im Jahr 2004 in der Ausländerbehörde begonnen. Externe Organisationsberaterinnen begleiten in einer ersten Phase den Prozess der interkulturellen Öffnung. Dieser Organisationsentwicklungsprozess thematisiert organisationsstrukturelle Aspekte, die Form der Zusammenarbeit innerhalb der Organisationseinheit und das Verhältnis und die Haltung der Mitarbeiter/innen gegenüber Antragsteller/innen und anderen Zielgruppen des Verwaltungshandelns. Begleitet wird die Organisationsentwicklung durch verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen.

Dialog mit Vertretern ethnischer, kultureller und anderer Minderheiten

Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt des Beauftragten für Migration und Integration ist die Förderung des Dialogs zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung und zwischen den verschiedenen Minderheiten selbst. Der Integrationsbeauftragte fördert neben den an eine breite Öffentlichkeit gerichteten Veranstaltungen (z. B. die Reihe „under construction - Einwanderungsstadt Berlin“) den Dialog zwischen der öffentlichen Verwaltung und Minderheitenorganisationen. So finden wöchentlich offen konzipierte Gesprächsrunden zwischen Mitgliedern einer Migrantengruppe und Polizeibeamten und -beamtinnen statt, die gemeinsam von der Landespolizeischule und dem Beauftragten für Integration und Migration koordiniert werden. Weit über 6000 Polizistinnen und Polizisten aus den unterschiedlichen Dienststellen der Polizei haben diese Veranstaltungen in den letzten Jahren besucht. Die Diskussionen mit Vertretern der verschiedenen Migrantengruppen ermöglicht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Berliner Polizei Einsichten und Erfahrungen, die in einer rein polizeiinternen Veranstaltung nicht zu gewinnen wären.

Der Dialog zwischen ethnischen Minderheiten und der Berliner Verwaltung braucht feste und verbindliche Strukturen. Deshalb hat der Beauftragte für Integration und Migration den Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen gegründet. Dieser Beirat besteht aus Vertretern/Vertreterinnen der Senats- und Bezirksverwaltungen, wichtiger gesellschaftlicher Gruppen und aus Repräsentanten von Migrantenorganisationen. Der Landesbeirat befasst sich mit allen im Land Berlin relevanten Integrations- und Migrationsfragen und erarbeitet Empfehlungen zur Integrationspolitik des Senats. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und anderer Bereiche ist ein Schwerpunktthema. Ihm widmet sich eine der zurzeit vier Arbeitsgruppen des Beirats.

Sprachmittler, Sprachservice, sprachliche Verständigung

Die vom Beauftragten für Migration und Integration koordinierte regionale Entwicklungspartnerschaft (Projektverbund) „Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von Migranten/-innen in interkulturellen Arbeitsfeldern“ wird im Rahmen des Europäischen Sozialfonds aus Mitteln der Gemeinschaftsinitiative EQUAL gefördert. Mehrere Teilprojekte beinhalten auch die Förderung der umgangssprachlichen bzw. fachsprachlichen kommunikativen Kompetenz. Das Bezirksamt Friedrichshain - Kreuzberg von Berlin und der Verein Gesundheit Berlin e. V. haben gemeinsam in diesem Zusammenhang einen Dolmetscherdienst eingerichtet, der Gemeindedolmetscher für soziale und medizinische Einsatzfelder ausbildet.

Ansprechpartner beim Beauftragten für Integration und Migration:

Hartmut Caemmerer, Tel. 9017 – 2369

Monika Brodehl, Tel. 9017 - 2310

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport:

Allgemeines

Neben dem in dem Kapitel „Förderprogramme und Stiftungen“ bereits dargestellten Programm „respectABel – Aktion für Berlin“ werden die Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus an Berliner Schulen sowohl im Rahmen des Unterrichtes als auch im Rahmen einer Vielzahl von anderen Aktivitäten, wie z.B. Projektwochen, behandelt. Im Bereich der Jugend- und Jugendsozialarbeit gehört die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus überall dort zur täglichen Arbeit, wo sich junge Menschen mit diesen Phänomenen auseinandersetzen bzw. mit ihnen konfrontiert sind.

Schwerpunkt: „Erziehung zur Demokratie“ im Berliner Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM)

Seit einigen Jahren verstärkt das LISUM seine Fortbildungsaktivitäten für Berliner Lehrerinnen und Lehrer im Bereich „Erziehung zur Demokratie“. Dabei setzt das LISUM auf Kooperationen mit Unternehmen, Stiftungen und anderen Institutionen, die sich gegen Gewalt und Rechtsextremismus engagieren. Hervorzuheben ist z. B. das Projekt „Standpunkte“, das nachhaltige Effekte in den Schulen durch ein Netzwerk von qualifizierten Pädagogen zu erzielen. Zu ihren Aufgaben gehört die Fortbildung von Lehrkräften im Bereich der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Antisemitismus, die Beratung von Lehrkräften bei rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Vorfällen in Schulen sowie deren Unterstützung bei der Gestaltung von Projekttagen zum Thema Rechtsextremismus und Antisemitismus, ebenso wie bei der Durchführung von Gedenkstättenfahrten und Veranstaltungen mit Zeitzeugen des Holocaust und des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und bei der Bildung von Netzwerken gegen Rechtsextremismus und Gewalt im Bezirk (vgl. Seite 69ff).

Gemeinsam mit dem American Jewish Committee (AJC) hat das LISUM das amerikanische Programm „Hands across the Campus“ zur Demokratie- und Toleranzerziehung für Berliner Schulen adaptiert. Ziel ist es hier, die Schüler zu ermutigen, ihr Leben in der Schule und im außerschulischen Umfeld aktiv und demokratisch zu gestalten.

Nachfolgend eine Auswahl von Lehrerfortbildungen zum Thema im 1. Halbjahr 2005:

- Antisemitismus heute – die neue Normalität
- Multikulturelle Gesellschaften im Vergleich USA - GB - Australien - Deutschland
- Schulen mit globalem Profil – konkret
- Vielfalt bringt Vorteile – Arbeiten in multikulturellen Teams
- Soziales Lernen (>pax an!<)
- Jahresfortbildung für die Oberschule
- Jahresfortbildung für die Grundschule
- Fachkonferenz: Globalisierung gestalten
- Die deutsch-polnischen Beziehungen in Geschichte und Gegenwart
- Der historische Spielfilm im Unterricht

Weitere Informationen erhalten Sie auf unserer Internetseite www.lisum.de. Die Anmeldung zu den Fortbildungen sind auch online möglich.

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Als das zentrale Präventionsgremium des Landes Berlin hat die Landeskommission Berlin gegen Gewalt das Ziel, gemeinsam mit anderen Gewalt und Kriminalität in Berlin zu verringern. Es gibt in Berlin eine Fülle von einschlägigen Projekten, Initiativen, Maßnahmen und anderen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus. Die Aufgaben der Verhinderung rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierter Vorfälle und Gewalt sowie die Entwicklung von geeigneten präventiv und intervenierend wirkenden Maßnahmen werden in Berlin durch staatliche Organisationen und durch eine große Zahl von nichtstaatlichen Organisationen und gesellschaftlichen Gruppierungen oder Einzelpersonen wahrgenommen. Staatliches Handeln allein stünde ohne die Arbeit freier Träger auf verlorenem Posten.

In Folge des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus wurde bei der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt eine Informations- und Koordinierungsstelle Rechtsextremismus eingerichtet. Damit wurden eindeutig die Schwerpunkte auf die Bereiche **Information** und **Koordination** gelegt.

Kernstück der Berliner **Informationsstelle Rechtsextremismus** ist die systematische Erhebung, Dokumentation und Bereitstellung von Informationen über Konzepte, Aktivitäten, Vorhaben, Kontaktstellen, Ansprechpartner/innen, Ergebnisse etc. mit Hilfe einer bundesländerübergreifenden Datenbank (PrävIS - Informationssystem der Prävention im Netz). Informationen aus der Datenbank PrävIS sind im Internet unter www.berlin-gegen-gewalt.de abrufbar. Ihr inhaltlicher Aufbau erfolgt kontinuierlich. Im Laufe der Zeit wird es mit Hilfe von PrävIS umfassende Recherche- und Informationsmöglichkeiten zu Projekten und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus geben.

Wesentliche Zielsetzung des **Koordinationsprozesses** ist die Förderung und Stärkung des Austausches und der Vernetzung zwischen den verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Stellen, Initiativen, Bündnissen und Einzelpersonen, die Aktivitäten zum Thema Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus unternehmen. Im Rahmen der zunehmenden Vernetzung soll eine maßnahmenbezogene, sinnvolle Zusammenarbeit gefördert werden und so entbehrliche Redundanzen vermieden werden.

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt hat eine **ressortübergreifende Arbeitsgruppe** initiiert und in diesem Rahmen mit einer Serie eines regelmäßigen Informationsaustausches begonnen. In turnusmäßigen Treffen erfolgt ein Austausch über Förderprogramme, Handlungsschwerpunkte und Strategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus.

Bei dem ersten **Informationsaustausch** wurden Lagebilder von Vertreter/innen von Polizei und Verfassungsschutz über die Entwicklung von rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Straftaten und sonstigen Übergriffen, ein Bericht über Erkenntnisse aus dem Bereich der Senatsverwaltung für Justiz sowie ein Bericht aus Sicht der Arbeit der Mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) über Tendenzen und Befunde zu neueren Entwicklungen des Rechtsextremismus in Berlin vorgestellt. Vertreter/innen landesweiter Projekte, Reach Out, Ostkreuz SPI, Gangway e.V., Standpunktepädagog/innen und Exit Aussteigerprogramm / Elterninitiative berichteten über ihre Erfahrungen.

Des Weiteren fand im Kontext der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe ein Treffen zum Austausch mit der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus beim Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität, zum Thema „Praxistransfer von Forschungsergebnissen“ statt.

Weitere geplante Themen, zu denen ein Informationsaustausch erfolgen soll, sind die Entwicklung des Islamismus in Berlin, die Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Regierungsorganisationen und NGO's, Vernetzung, Evaluation, die Problemsicht der Bezirke, Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg etc.

In den bereits im Kapitel „Programme gegen Rechtsextremismus im Land Berlin“ zitierten Beschlüssen von Senat und Abgeordnetenhaus (Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus) sind ressortübergreifende und ressortspezifische Schwerpunktsetzungen, Aufträge und Empfehlungen enthalten. Die Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt hat eine Erhebung bezüglich der Umsetzungsstände durchgeführt.

In der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe wurden im Hinblick auf die von den Senatverwaltungen noch umzusetzenden Themen Handlungsschwerpunkte und -empfehlungen entwickelt. Darauf aufbauend hat die Landeskommission Berlin gegen Gewalt die Empfehlung beschlossen, dass bei der Vergabe von Mitteln im Bereich Rechtsextremismus die Projektträger mindestens zu einer Selbstevaluation verpflichtet werden. Nach Möglichkeit sollen bei ausgewählten Projekten die Projektentwicklung und die Evaluation mit wissenschaftlichem Sachverstand erfolgen.

Als ergänzendes Vorhaben hat die Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt mit der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe eine Recherche und Dokumentation zu den Erfahrungen über die Wirksamkeit von Maßnahmen und Projekten mit dem Ziel geplant, erste Einschätzungen im Hinblick auf künftige Schwerpunktsetzungen zu erhalten.

Nach der Auswahl von zwei Berliner Bezirken mit besonderen Problemlagen im Hinblick auf Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und gleichzeitig großem Engagement für Demokratie und Toleranz hat die Landeskommission Berlin gegen Gewalt gemeinsam mit den Bezirken Pankow und Lichtenberg das Zentrum Demokratische Kultur beauftragt, „**Lokale Aktionspläne** für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ in den Bezirken Lichtenberg und Pankow von Berlin zu entwickeln. Nach einer analytischen Auswertung über die sozialraumbezogenen Problemlagen, die bereits in den Bezirken durchgeführten Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, die vorhandenen Ressourcen, Kooperationspartner etc. wurden in Kooperation mit den relevanten Akteuren/innen aus den verschiedenen Arbeitsfeldern (Jugendhilfe, Schule, Polizei, Verwaltung, Initiativen und Vereine etc.) zwei Aktionspläne entwickelt, mit deren Hilfe ein wirkungsvolles vernetztes Vorgehen in den Bezirken realisiert werden kann. Die Aktionspläne wurden im September 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt und sind nun in der Umsetzungsphase.

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt hat in Kooperation mit dem Beauftragten des Senats für Integration und Migration und der Friedrich - Ebert - Stiftung am 23. November 2004 eine Veranstaltung unter dem Motto „Engagement erwünscht! Konsequenzen aus Berliner Bezirksstudien und Lokalen Aktionsplänen für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ durchgeführt. Im Rahmen dieser Veranstaltung ging es um die Ergebnisse und die Konsequenzen aus den Studien sowie um das Know how und um verallgemeinerbare Erkenntnisse aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft, insbesondere auch über die Bedeutung von Initiativen und bürgerschaftlichem Engagement in kommunalen Sozialräumen.

Parallel erfolgt eine Erhebung des Umsetzungsstandes der Lokalen Aktionspläne Pankow und Lichtenberg durch die Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt.

In Kooperation mit der Friedrich - Ebert - Stiftung hat die Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt bereits im Jahr 2003 zwei Veranstaltungen in Form eines **open space** zu den Themen „Schule ohne Rassismus“ und „Miteinander - füreinander - keine Macht den Vorurteilen“ durchgeführt. An diesen Veranstaltungen nahmen zu einem guten Teil Jugendliche, Schülerinnen und Schüler teil.

Im Rahmen der jährlich stattfindenden **Berliner Präventionstage** fanden immer wieder auch **Foren zum Thema Rechtsextremismus** statt, z. B. ein Forum zum Thema „Konzepte und Strategien gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, ein Forum zum Thema „Opfer von Rechtsextremismus und Gewalt“ sowie anlässlich des 5. Berliner Präventionstages 2004 ein Forum zum Thema „Antisemitismus in neuen Kontexten“. Die Ergebnisse der Foren werden regelmäßig im Berliner Foren Gewaltprävention dokumentiert, eine Schriftenreihe der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, die einzelne Hefte auch ausschließlich dem Thema „Rechtsextremismus“ gewidmet hat. (BFG Nr. 13 „Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter - Eine Elterninformation“ und BFG Nr. 8 mit dem Themenschwerpunkt „Rechtsextremismus“)

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt hat weiterhin einen **Plakatwettbewerb** für Schülerinnen und Schüler unter dem Motto „Die Opfer von rechter Gewalt brauchen Unterstützung“ ausgeschrieben. Die Schüler/innen sollten durch den Wettbewerb motiviert werden, ihre Erfahrungen und ihre Ideen zum Umgang mit Opfern von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in einem kreativen Prozess zu bearbeiten. Damit leistet die Landeskommission Berlin gegen Gewalt einen Beitrag dazu, dass entsprechenden Einstellungen und Verhaltensweisen mit schulpädagogischen Maßnahmen entgegengewirkt wird. Opfer von Übergriffen sollen durch das Plakat Solidarität erfahren.

Senatskanzlei

Die Senatskanzlei beteiligt sich am Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit: Jährlich wird das „Band für Mut und Verständigung“ verliehen für spontanes, mutiges Eingreifen, wenn z.B. jemand belästigt oder bedroht wurde, und für ehrenamtliches Engagement zur Verständigung zwischen Menschen deutscher und ausländischer Herkunft.



Förderprogramme und Stiftungen

Bundesebene

Das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

Bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus setzt die Bundesregierung in der Jugendpolitik einen Schwerpunkt. Die Bundesregierung startete im Jahr 2001 das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, um demokratisches Verhalten und ziviles Engagement zu stärken und Toleranz und Weltoffenheit zu fördern. Das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ besteht aus drei Teilen:

- „entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“
- „civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“
- „xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt“

Seit 2001 konnten in den drei Teilprogrammen rund 3.600 Einzelmaßnahmen gefördert werden. Bis 2006 stehen seitens des Bundes rund 183 Mio Euro (2001 bis 2006) zur Verfügung.

Auf dem neu eröffneten Internetportal zum Aktionsprogramm sind unter www.bmfsfj.aktiv-gegen-hass.de aktuelle Informationen sowie eine Regionaldatenbank der geförderten Projekte aus allen drei Teilprogrammen zusammengestellt. Informationen zu den Teilprogrammen sind unter www.jugendstiftung-civitas.org, www.entimon.de und www.xenos-de.de zu finden.

Weitere Informationen zum Politikbereich beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

www.bmfsfj.de/Politikbereiche/Kinder-und-Jugend/toleranz-und-demokratie.html

„entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“

Das Bundesmodellprogramm entimon steht für die Förderung von Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz und für die Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt. Politische Bildungsmaßnahmen sind dabei ein zentrales Element. Besonders berücksichtigt werden modellhafte Projekte mit nachhaltigen Strukturen, die Beteiligungsprozesse in den Vordergrund stellen und Netzwerkcharakter haben bzw. entwickeln.

Ziele von entimon sind die Einübung in Toleranz, die Entwicklung der Fähigkeit, sich gegen Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu wenden und Minderheiten zu schützen, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, die Befähigung, Interessengegensätze und Konflikte demokratisch zu bewältigen und Zivilcourage zu zeigen sowie die Vermittlung einer verlässlichen politischen Grundbildung.

Zielgruppen von entimon sind junge Menschen, Haupt- und Berufsschüler und -schülerinnen, Migranten und Migrantinnen, rechtsextremistisch gefährdete (vor allem männliche) Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte und Multiplikatoren und Multiplikatorinnen.

Weitere Informationen zu entimon:

Ansprechpartnerin: Andrea Keppke

Kontakt:

Servicestelle entimon bei der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung

Andrea Keppke
Oranienburger Str. 65, 10117 Berlin
Tel: (030) 28409306
Fax: (030)28409130
E-Mail: andrea.keppke@gsub.de
Internet: www.entimon.de

CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern

Das Bundesmodellprogramm CIVITAS fördert und unterstützt zivilgesellschaftliches Engagement und demokratische Prozesse in den Neuen Bundesländern. Das Ziel des Programms versteht sich darin, eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kultur der Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, die sich in Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausdrückt, entgegenzusetzen. Dabei stehen die Anerkennung, der Schutz und der Respekt gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten sowie die Perspektive der Opfer rechtsextremer Gewalt im Zentrum des Programms.

Das Programm CIVITAS fördert den Aufbau von professionellen Beratungsstrukturen, wie mobiler Beratung und Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt, sowie lokale, zivilgesellschaftliche Initiativen. Zielgruppen von CIVITAS sind engagierte Bürger/innen, Multiplikatoren, Migrant/innen, junge Menschen, Haupt- und Berufsschüler/innen, rechtsextremistisch gefährdete Jugendliche sowie Opfer rechtsextremer Gewalt.

Weitere Informationen zu CIVITAS:

Kontakt:

Servicestelle CIVITAS, c/o Stiftung Demokratische Jugend
Grünberger Str. 54, 10245 Berlin
Tel: (030) 29771860
Fax: (030) 29771862
E-Mail: civitas@jugendstiftung.org
Internet: www.jugendstiftung-civitas.org

XENOS – Leben uns Arbeiten in Vielfalt

Das Bundesprogramm XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt – zielt darauf ab, mit praxisnahen Maßnahmen nachhaltig Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Mit dem Programm sollen zivilgesellschaftliche Strukturen gestärkt und das friedliche Zusammenwirken gefördert werden.

XENOS setzt mit seiner Handlungsstrategie an der Schnittstelle zwischen Schule und Arbeitswelt an. Arbeitsmarktliche Qualifizierungsmaßnahmen werden gezielt mit Aktivitäten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verknüpft. Zielgruppen sind insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, die beim Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und bei der schulischen und beruflichen Bildung benachteiligt sind.

Xenos fördert das gemeinsame Leben und Arbeiten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterschiedlicher Herkunft und den interkulturellen Dialog.

Im Rahmen des Bundesprogramms XENOS werden Maßnahmen in vier Schwerpunkten gefördert:

- Integrierte lokale Projekte, mobile Beratungsteams und Expertenpools zielen auf die Förderung lokaler und regionaler Kooperationen von Kernakteuren des Arbeitsmarkts, auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und bürgerschaftlichen Engagements.
- Qualifizierungen von Multiplikatoren vermitteln Strategien und Methoden für den Umgang mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

- Maßnahmen in Schule, Beruf und Betrieben ergänzen bestehende Angebote der schulischen und beruflichen Bildung durch praxisorientierte Maßnahmen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.
- Information und Sensibilisierung soll schließlich eine vertiefte Präsenz der XENOS - Thematik in Wissenschaft, Politik, Unternehmen und Unterricht bewirken.

Kontakt:

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Nationale Koordinierungsstelle XENOS

Referat XB4

Villemombler Str. 76, 53123 Bonn

Tel: (01888) 615-0

Fax: (01888) 6151345

E-Mail: xenos@bmwa.bund.de

Internet: www.xenos-de

Amadeu Antonio Stiftung – Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur

Ziel der Amadeu Antonio Stiftung ist es, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Hierfür unterstützt sie lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen Jugend und Schule, Opferschutz und -hilfe, alternative Jugendkultur und kommunale Netzwerke. Die Projekte über eine finanzielle Unterstützung hinaus zu ermutigen, ihre Eigeninitiative vor Ort zu stärken und sie zu vernetzen, ist die wichtigste Aufgabe der Stiftung. Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio Kiowa, wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen zu Tode geprügelt, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eines der ersten Todesopfer rassistischer Gewalt nach dem Fall der Mauer.

Ansprechpartner: Timo Reinfrank

Kontakt:

Amadeu Antonio Stiftung

Timo Reinfrank

Liniestr. 139

10115 Berlin

Telefon: (030) 24088611

Fax: (030) 24088622

E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de

Internet: www.amadeu-antonio-stiftung.de

F.C. Flick Stiftung

Die F.C. Flick Stiftung arbeitet schwerpunktmäßig mit Jugendlichen im Alter von fünf bis fünfzehn Jahren und fördert unter anderem den Jugendaustausch der fünf ostdeutschen Bundesländer mit Osteuropa (insbesondere Polen). Sie hilft Initiativen (Vereinen etc.), die etwa künstlerische Ideen mit politischer und zeitgeschichtlicher Aufklärung verbinden, Demokratie-Erziehungsprojekte initiieren und Projekte zur Geschichte anbieten. Weitere wichtige Förderbereiche sind Projekte zur christlich-jüdischen Verständigung und kreative Sportprojekte, in denen die Förderung der sozialen Kompetenz der Teilnehmer/innen mit einbezogen wird.

Die Förderung erfolgt als Voll- oder Teilfinanzierung in Form von Zuschüssen. Die F.C. Flick Stiftung unterstützt insbesondere kleinere Initiativen. Einzelne Projekte erhalten in der Regel bis zu 10.000,00 Euro.

Anträge auf Gewährung von Zuschüssen sind in dreifacher Ausfertigung zu richten an:

Kontakt:

Geschäftsführung der F.C. Flick Stiftung

Christiane Fetscher

Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam

Tel.: (0331) 2007770

Fax: (0331) 2007771

E-Mail: info@stiftung-toleranz.de

Internet: www.stiftung-toleranz.de

Harold Bob Stiftung

Die Harold Bob Stiftung wurde im Mai 1986 von dem 1994 verstorbenen jüdischen Textilfabrikanten Harold Bob ins Leben gerufen. Sein Anliegen war es, die Verständigung zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bürgern Deutschlands zu fördern und sie auch an die Probleme Israels und seiner Bevölkerung heranzuführen. Unterstützt werden sollen laut Satzung vor allem Projekte von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 25 Jahren. Der Schwerpunkt der Stiftungsziele liegt auf Jugendbegegnungen. Projekte, die Ziele in diesem Sinne verfolgen, werden mit unterschiedlichen Beträgen gefördert, orientiert am jeweiligen Bedarf. Entscheidungsorgane sind Kuratorium und Beirat der Stiftung unter Vorsitz von Michael Bob, dem Sohn des 1994 verstorbenen Stifters. Sie tagen gemeinsam zweimal im Jahr, um sich über eingegangene Anträge abzustimmen.

Erforderliche Angaben bei Antragstellung:

- Name, Anschrift und Alter der Antragstellerinnen und Antragsteller;
- weitere an dem Projekt beteiligte Personen;
- für welche Zielgruppe das Projekt gedacht ist;
- eine Kurzbeschreibung des Projektes mit der Angabe von Terminen etc.;
- Kostenaufstellung für das Projekt mit den Angaben;
- Die Anträge sind bitte in Maschinenschrift einzureichen.

Weitere Informationen gibt Frau Zehden unter 0172 38 40 770

Kontakt:

Harold Bob Stiftung

Stiefring 2, 13627 Berlin

Tel: (030) 346050

c/o Maya Zehden

Tel.: (0172) 3840770

Fax: (030) 82701961

Land Berlin

Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Zur Umsetzung des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus stellt der Senat dem Beauftragten für Integration und Migration Mittel bereit: In den Jahren 2003 und 2004 betragen sie jeweils rund 1,5 Millionen € Für das Jahr

2005 wird das Fördervolumen im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen des Senats ca. 1, 2 Millionen € betragen. Durchschnittlich wurden jährlich etwa 35 Projekte gefördert.

Das Förderprogramm und die Förderschwerpunkte werden regelmäßig in Expertengesprächen mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis evaluiert. Damit ist das Ziel verbunden, die Fördergrundsätze veränderten Gegebenheiten anzupassen und auch einzelne Projekte zu optimieren.

Alle bewilligten Projekte werden von der Antragstellung bis Projektabschluss fachlich intensiv betreut. Dazu zählen ein Fortbildungsangebot zur Selbstevaluation und standardisierte Befragungen.

Ziele und Förderkriterien des Programms

Die wirksamste Barriere gegen demokratiefeindliche Erscheinungen sind funktionierende demokratische Strukturen. Das Programm setzt deshalb auf die Stärkung und Weiterentwicklung der demokratischen Gegenkräfte, indem es die Bildung und die Verstärkung zivilgesellschaftlicher demokratischer Strukturen in und zwischen den ethnisch und kulturell vielfältigen Bevölkerungsgruppen fördert. Das Programm berücksichtigt, dass ethnische und kulturelle Minderheiten potenzielle Opfer von Übergriffen sind, und ebenso die auch in Minderheitencommunities vorkommenden demokratiefeindlichen Erscheinungen. Rechtsgerichtete Jugendliche sind eine Bedrohung für ein friedliches Zusammenleben und sind deshalb nicht generell als Zielgruppe ausgeklammert. Die Arbeit mit dieser Zielgruppe setzt eine besonders hohe Qualität der Projekte voraus.

Zentrale Anliegen des Programms:

- Stärkung der Zivilgesellschaft / Demokratische Jugendkultur
- Kommunale Integration / Nachbarschaften stärken
- Opferschutz und Opferberatung
- Mobile Beratung und Netzwerke

Gefördert werden Handlungsfeld-, sozialraum- oder lebensweltorientierte Projektansätze. Die Vorhaben sollen einen sinnvollen Bezug zum städtischen bzw. bezirklich – sozialräumlichen Kontext und zur örtlichen Problemstruktur haben.

Die Projekte sollen mit einschlägig arbeitenden Freien Trägern und Einrichtungen der Regelförderung zusammenarbeiten. Diese Vernetzung verhindert Parallelstrukturen und führt zu mehr Effizienz zum Vorteil aller Beteiligten.

Zur Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung soll jedes geförderte Projekt eine Selbstevaluation durchführen. Dazu bietet der Beauftragte für Integration und Migration Fortbildungen an.

Das Förderungsprogramm sieht keine „Dauerförderung“ von Projekten vor. Erwünscht sind deshalb in dem Antrag auf Zuwendungen Überlegungen darüber, ob und wie bei Wegfall der Förderung eine Weiterarbeit des Projekts oder von Teilen möglich ist und wie die Projektergebnisse auch weiterhin genutzt werden können.

Nicht förderungswürdig sind Vorhaben, die in den Zuständigkeitsbereich der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfegesetz im SGB VIII z. B. § 11 - Angebote der Jugendarbeit, § 12 - Förderung der Jugendverbände oder § 13 - Jugendsozialarbeit) fallen.

Eine Kofinanzierung von Bundesprojekten (z. B. Civitas) ist grundsätzlich möglich. Sie wird geprüft, sofern die Projektvorhaben die Kriterien des Senatsprogramms erfüllen (Bezug zum städtischen Kontext; hoher Vernetzungs- und Innovationsgrad, s.o.).

Ansprechpartner beim Beauftragten für Integration und Migration:
Günter Lewanzik Tel.: 9017 - 2371
Birger Scholz Tel.: 9017 - 2377

Förderprogramm respectABEL – Aktion Berlin

In dem 10 - Punkte - Programm des Senats gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wurde für die präventive Arbeit mit jungen Menschen in den Punkten 5. und 6. formuliert:

„5. Aktuell erfolgreiche repressive Maßnahmen setzen zwingend die Stützung durch mittel- und langfristig wirksame präventive Maßnahmen voraus. Die breitgefächerten Präventionsmaßnahmen in Schule, Jugendarbeit und Sport und Verstärkung der Verantwortungsbereitschaft der Familien bedürfen kontinuierlich der Absicherung; gewaltpräventive Arbeit mit rechtsextremistisch orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist auszubauen.

6. Schule und Jugendarbeit werden – u.a. durch entsprechende Fortbildungsmaßnahmen - auf die Bekämpfung von antidemokratischen Einstellungen und Gewaltbereitschaft ausgerichtet. Die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen für die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischem und rassistischem Gedankengut ist zu stärken.“

Im Jahr 2000 bewilligte der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin für das Haushaltsjahr 2001 Mittel in Höhe von 1,5 Mio. DM für Maßnahmen gegen Rechtsradikalismus und forderte ein Umsetzungskonzept an. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport konzipierte mit einer Gruppe von Expertinnen und Experten das *„Berliner Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus !respect“*. Das Programm war zunächst für ein Jahr angelegt.

Das Programm hatte zum Ziel, die Aktivitäten, Veranstaltungen und Projekte jugendgemäß und handlungsorientiert anzulegen, es setzte auf die aktive Beteiligung der Kinder und Jugendlichen und ihr Engagement für die Werte einer freiheitlich - demokratischen Gesellschaft. Eine enge Kooperation zwischen den Einrichtungen der Jugendhilfe und Schulen bei der Abstimmung von Initiativen und Projektvorstellungen sollte die Wirkung des Programms erhöhen. Um seine Effizienz zu steigern sowie Synergieeffekte erzielen zu können, wurden Bundes- und Landesmittel zusammengeführt. Die vom Abgeordnetenhaus bewilligten Mittel in Höhe von 1,5 Mio. DM wurden deshalb mit den für Berlin aus dem Bundesprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ vorgesehenen Mitteln in Höhe von 0,75 Mio. DM zusammengeführt (Das Bundesprogramm wurde 2002 in Teilprogrammen fortgeführt; ein Teilprogramm unter dem Namen „entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“). Ergänzend hierzu wurden Mittel aus den Teilprogrammen Xenos und Civitas beantragt. Mit insgesamt 60.000,00 DM beteiligten sich die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, die Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin und die Stiftung Demokratische Jugend als Stiftungskonsortium am Aktionsprogramm bei der Ausstattung des Projektbüros und bei den Honorarmitteln.

Die Zusammenführung der Mittel erlaubte, in verschiedenen Feldern ein anspruchsvolles Aktionsprogramm zu konzipieren und schließlich auch umzusetzen, das aus folgenden acht Programmteilen bestand:

- Jugendforen

- Internetpräsenz/Internetportal
- Veranstaltungen mit und für junge Menschen
- Förderung regionaler, lokaler Initiativen und Jugendgruppen
- Landeswettbewerb/Präsentation
- Medienseminare für Jugendliche und Journalisten
- Präventionsmodell Berliner Jugendfußball
- Entwicklung von Projekten und Maßnahmen, die gezielt mit Jugendlichen arbeiten, die von rechtsextremen und demokratiefeindlichen Ideen und Gruppen beeinflusst werden (Evaluationsstudie).

Im Juni 2002 beschloss das Abgeordnetenhaus von Berlin, der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport 150.000,00 € für das Landesprogramm respectABel – Aktion Berlin in Fortsetzung des Aktionsprogramms !respect zur Verfügung zu stellen (Wegen eines Einspruchs der Aktion Mensch e.V., die den Titel !respect gesetzlich geschützt hat, musste das Programm 2002/2003 in „respectABel – Aktion Berlin“ umbenannt werden). Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz beteiligte sich mit 36.000,00 € in 2002 und mit 23.300,00 € in 2003 am respectABel – Aktion Berlin Programm zur Förderung von Projekten zur Bekämpfung von Rechtsextremismus an Berliner Schulen.

Programmziele von respectABel:

Junge Menschen in Berlin sollen ermuntert und bestärkt werden,

- sich aktiv für Toleranz im Umgang miteinander und gegenüber anderen Menschen einzusetzen,
- diejenigen zu unterstützen, die gegen fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Einstellungen und Gewalt vorgehen sowie
- die Vernetzung der Initiativen für Demokratie und Toleranz, gegen Gewalt und Rechtsextremismus zu fördern und damit zur Stärkung der Zivilgesellschaft beizutragen.

Mit dem Programm wurden gezielt kleine Initiativen vor Ort gefördert und auf ein verbindliches inhaltliches Anliegen hin unterstützt; d. h., Projekte und Gruppen unterschiedlicher Träger - vor allem auch in bezirklichen Einrichtungen und Schulen - sollten ermutigt werden, sich inhaltlich mit den Programmzielen auseinandersetzen und diese in Aktionen umzusetzen. Die maximale Förderhöhe war dabei für jedes Projekt auf 7.500,00 € beschränkt. Insgesamt 66 Projekte konnten gefördert werden.

Im Frühjahr 2004 stellte das Abgeordnetenhaus von Berlin insgesamt 300.000,00 € für die Jahre 2004 und 2005 zur Fortsetzung des Förderprogramms zur Verfügung. Auch das Stiftungskonsortium beteiligte sich wieder finanziell.

Im Rahmen des von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport geförderten Programms respectABel wurden bisher in 2004 (Berichtsstand: 19.10.2004) 39 Projekte mit der bewilligten Fördersumme in Höhe von 113.820,00 € gefördert. Antragsteller waren Initiativen, Vereine, Verbände, Schulen und das Bezirksamt Neukölln.

Die Themen reichen von einer jugendgemäßen Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus, der jugendgemäßen Auseinandersetzung mit verschiedenen Kulturen, ihren jeweiligen Traditionen, ihren Menschen und deren Lebensumständen bis hin zu gegenseitigem kennen lernen, dem Abbau von Vorurteilen und der Verringerung gewalttätiger Auseinandersetzungen.

Am 4. Dezember 2004 hat im Abgeordnetenhaus das 4. Berliner Jugendforum stattgefunden, wo sich alle Projekte auf dem Projektmarkt präsentiert haben und ca. 500 Jugendliche mit Politikern Themen diskutieren, die für junge Menschen von Interesse sind. Unter anderem wurden

Arbeitsgruppen zu den Themen „Schule“, „Bildung“, „Zivilgesellschaft“ und „Religion und Freiheit“ durchgeführt.

Ansprechpartnerin:

Petra Eichler

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport

Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin

Tel.: 030 / 9026 5723

e-mail: Petra.Eichler@senbjs.verwalt-berlin.de



Die Maßnahmen der Berliner Bezirke

Bezirksamt Charlottenburg - Wilmersdorf von Berlin

Rassistische und fremdenfeindliche Potenziale

Das Bezirksamt ist auf der Grundlage eines Beschlusses der BVV vom 19.09.2002 dabei, mit dem Institut für Geisteswissenschaften und historisch-politische Bildung an der Technischen Universität Berlin (TUB) im Rahmen einer explorativen Studie eine studentische Untersuchung über rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen von Jugendlichen anzustellen. Hierzu wurde von der TUB in Abstimmung mit dem Landesschulamt ein Fragebogen für Schülerinnen und Schüler der 9. Jahrgangsstufe entwickelt.

Die Fragebogenaktion wird derzeit an acht unter verschiedenen Gesichtspunkten ausgewählten Oberschulen des Bezirks von Studentinnen und Studenten im Rahmen einer Seminararbeit (Praktikumsvorbereitung) unter fachlicher Begleitung durch eine Tutorin durchgeführt.

Mit ersten Ergebnissen ist etwa Mitte Juli 2004 zu rechnen. Das anschließende Praktikum findet zwischen dem 06.09. und 02.10.2004 statt. Weitere Ergebnisse sind danach auswertbar. In einer zweiten Stufe soll dann ein Dialog über die Ergebnisse erfolgen.

Für die Durchführung und Auswertung der Untersuchung entstehen Kosten für Honorarzahlungen in Höhe von 5.000 € die aus bezirklichen Mitteln finanziert werden.

Aktivitäten der Migrantenbeauftragten des Bezirks

Die Migrantenbeauftragte bietet durch ihre gute Zusammenarbeit mit den Schulen im Bezirk jedes Jahr verschiedene Aktivitäten gegen Gewalt, Rassismus, Antisemitismus und für Demokratie an. Unter anderem fanden in diesem Rahmen Diskussionen mit Zeitzeugen des Nationalsozialismus, Diskussionen mit verschiedenen Persönlichkeiten über Demokratieverständnis, Zivilcourage und gegen Gewalt und über Antisemitismus im Alltag sowie Ausstellungen und Seminare statt. Die Veranstaltungen wurden von den Schülerinnen und Schülern unter hoher Beteiligung mit Interesse aufgenommen. Es besteht eine gute Zusammenarbeit mit „Gesicht zeigen!“ und der Rosa-Luxemburg Stiftung.

Veranstaltungen der Volkshochschule

Die Volkshochschule City West bietet im Programmbereich Politik / Gesellschaft / Umwelt / Frauen / Junge Volkshochschule zahlreiche Veranstaltungen an, die in aufklärender und informativer Weise einen impliziten Beitrag gegen Rechtsextremismus darstellen.

In einer Informationsreihe über die neuen EU - Länder werden Motive für Fremdenfeindlichkeit angesprochen, in Seminaren zur deutschen und jüdischen Geschichte sind Antisemitismus und Rechtsradikalismus immer wieder behandelte Themen. In den Gesprächskreisen mit Überlebenden und Nachkommen von Überlebenden der Schoah sind Begegnungen möglich, die eindrucksvolle Wirkung in der Argumentation gegen politischen Extremismus haben.

Spezielle Angebote für Frauen und Jugendliche zum Thema „Rechtsextremismus“ beschäftigen sich mit konkreten Erfahrungen im eigenen Umfeld, mit möglichen Gegenstrategien. Angebote zur politischen Partizipation im demokratischen Willensbildungsprozess sollen junge Menschen dazu befähigen, sicher und überzeugend für die Grundwerte unserer Gesellschaft einzutreten.

Dienstvereinbarung gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus

Zu Beginn des Jahres 2002 forderte die BVV das Bezirksamt durch Beschluss auf, für die Beschäftigten eine Dienstvereinbarung gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu initiieren.

Bereits im März 2002 hat die Dienststelle (Abteilung Bürgerdienste, Wohnen und Personal) einen Textentwurf erarbeitet und ihn der Personalvertretung, dem Behindertenvertreter sowie der Frauenvertreterin vorgelegt. Im Laufe der Beratungen verfestigte sich seitens der Personalvertretung die Auffassung, dass eine Dienstvereinbarung zu diesem Thema ein falsches Signal sei, da entsprechende Vorkommnisse im Bezirksamt bisher nicht registriert wurden und auch nicht herbeigeredet werden sollten.

Dieser Auffassung konnte sich die Dienststelle im Grundsatz anschließen. Das Bezirksamt war jedoch der Meinung, dass auf die Gewaltproblematik auf einer weniger offiziellen Ebene deutlich hingewiesen werden sollte, weswegen nunmehr im gegenseitigen Einvernehmen der Weg einer von der Personalvertretung und der Dienststelle gemeinsam unterzeichneten Hausmitteilung gewählt wurde.

Maßnahmen der Abt. Jugend, Familie, Bildung und Sport (Jugendamt)

Inhouse - Schulungen

für Mitarbeiter/innen der Abteilung Familie, Schule, Jugend und Sport

Ansprechpartner: Herr Lüneberg,

Tel: (030) 9029 16349

Themen, z.B. Umgang mit Gewalt im öffentlichen Raum, Antigewalttraining in der Jugendvollzugsanstalt

Termine telefonisch erfragen.

Angebote:

- Der D3 Mädchentreff in der Düsseldorfer 3, 10719 Berlin interessiert junge Besucherinnen regelmäßig für politisch aktuelle Themen, wie Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Ausgrenzung. Zu diesen Themenfeldern wurden bereits mehrere Projekte durchgeführt. Die „WitchWatch“ Mädchenzeitung beauftragt kleine Hexen, mit geschärftem Blick auf Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu achten.

Maßnahme. „Sheila Holmes auf der Kulturspur“

„ACHTUNG! ACHTUNG!“ – Gewalt im Alltag!

Das Projekt fordert auf, sich mit der leisen, unauffälligen Gewalttätigkeit und Respektlosigkeit, die vor allem Mädchen betrifft, zu beschäftigen. Gewalt in Sprache, Gestik, Mimik und daraus resultierende Ausgrenzung wird dokumentiert.

Ansprechpartnerinnen und genauere Informationen:

Denise Schüttler, Birgit Schmitz und Brigitte Müller-Heitmann

Tel: (030) 9029 22534

- Das Haus der Jugend Charlottenburg, Zillestr. 54, 10585 Berlin bietet unterschiedliche Internationale Jugendbegegnungen in Verbindung mit kulturellen Projekten an. Die Begegnungen konzentrieren sich vor allem auf unsere Partnerstadt Trento in Italien und Musik – Theater – Workshops in Polen und in Berlin. Die Themen Gewalt, Extremismus, Rassismus und Ausgrenzung spiegeln sich in allen Produktionen wider. Das Theaterstück „Eskalationen“ beschäftigte sich konkret mit dem Irakkrieg, seinen Folgen und wie Frieden geschaffen und vor allem gelebt werden kann.

Ansprechpartner und Informationen:

Bernard Szulc und Reimar Brahm,

Tel: 9029 12775

- Internationaler Jugendaustausch mit Israel vom 2. – 16.10.04
Trotz der schwierigen Lage in Israel bemühen wir uns, ein Austauschprogramm mit Israel aufrecht zu erhalten. Gemeinsam mit dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg planen wir in den Herbstferien eine Reise nach Israel. Das Thema „Judentum verstehen“ wird uns auf dieser Reise begleiten. Selbstverständlich werden in der Vorbereitung wie auch während der Reise die Themen Antisemitismus, Rassismus und der Holocaust behandelt. Junge Menschen im Alter von 18 bis 22 Jahren sind eingeladen sich zu beteiligen. Kosten: 500,00 €

Ansprechpartner:

Michael Heimbach, Tel: (030) 7560 3495 und

Veronika Grünschlag, Tel: (030) 9029 15102

Maßnahmen des Bündnisses „Demokratie jetzt!“

- Bündnis „Demokratie jetzt!“ für Charlottenburg - Wilmersdorf (als Kooperationspartner)
Ansprechpartner/in: Szabine Adamek
Tel: (030) 873 85 75
Ta Tzitzikia e.V. Holsteinische Str. 7, 10717 Berlin
Gabriele Hubert – Taddiken
Tel: 9029 15105
Bezirksamt Charlottenburg - Wilmersdorf, Abt. Jugend, Familie, Schule und Sport , Jugend- und Familienförderung
Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin

Veranstaltungen, Fachtagungen und Lesungen zu Themenfeldern: Rechtsextremismus, Antisemitismus – Antiziganismus – Rassismus, Gedenktag 27. Januar

Termine der regelmäßigen Bündnistreffen telefonisch erfragen.

Zielgruppen: Engagierte in Initiativen und Projekten, Multiplikatorinnen (Lehrer/innen, Erzieher/innen, Sozialpädagogen, Ausbilder/innen)

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

Das Bezirksamt hatte im Dezember 2001 beim „Zentrum Demokratische Kultur“ (ZDK) eine Studie mit dem Titel „Demokratiegefährdende Phänomene in Friedrichshain-Kreuzberg und Möglichkeiten der Intervention“ in Auftrag gegeben.

Das ZDK legte im Februar 2003 eine qualitative Studie vor. Die Studie kommt im Wesentlichen zu der Erkenntnis, dass für den Ortsteil Friedrichshain latent rechtsextreme Tendenzen zu erkennen sind, jedoch keine organisierten Strukturen nachweisbar waren. Für den Ortsteil Kreuzberg werden v.a. die Aktivitäten von islamisch extremistisch-fundamentalistischen Organisationen hervorgehoben und auch deren teilweise stark antisemitische Einstellungen problematisiert. Die Studie selbst wurde in den unterschiedlichen Abteilungen und Gremien des Bezirksamtes diskutiert, es hat ein Gespräch mit der zuständigen Polizeidirektion 5 stattgefunden und demnächst findet eine Diskussion mit den Schulleitern (Haupt- und Gesamtschulen) dazu statt.

Parallel zur Entscheidung, die Studie in Auftrag zu geben wurde ein „Runder Tisch für Demokratie und Toleranz - gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ initiiert, um die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte zu sensibilisieren und ein breites Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu mobilisieren.

Der Runde Tisch hat bislang einige Male getagt. Es ist geplant nach der Sommerpause ein weiteres Treffen zu initiieren, um die Ergebnisse der Diskussionsprozesse um die Studie vorzustellen und das weitere Vorgehen abzustimmen.

Fachabteilung Jugend, Familie und Sport

Maßnahmen des Fachbereiches 1 – Förderung von jungen Menschen und Familien - Bezirksübergreifende Maßnahmen:

Gemeinsam mit dem Bezirk Neukölln und der Polizeidirektion 5 wurde eine Gewaltpräventionsrunde eingerichtet, die sich vordergründig mit Kriminalitätsprävention beschäftigt, aber auch mit der antisemitischen Haltung und der daraus entstehenden Problematik arabischer Jugendlicher und Jugendlicher islamischen Glaubens mit fundamentalistischer Haltung.

Bezirkliche Maßnahmen mit Multiplikatoren

- Die Fachgruppe Jugend der AG „Kinder- Jugend- und Familienförderung“ hat sich intensiv mit dem Thema beschäftigt. Die im Bezirk erstellte Studie „Demokratiegefährdende Phänomene in Friedrichshain-Kreuzberg und Möglichkeiten der Intervention“ wurde mit den Verfassern ausgewertet. Im Zuge der Auswertung wurde ein Angebot der Jugendsozialarbeit nach § 13 (1) KJHG für eine Gruppe Jugendlicher mit Rechtsorientierung entwickelt.
- Durch die Fachgruppe Jugend wird ein Fachtag zum Umgang mit Gewalt am 25.08.2004 vorbereitet.

Bezirkliche Maßnahmen für Jugendliche

Neben den Planungen der Einrichtungen für einzelne Veranstaltungen sind zwei politische Bildungsfahrten geplant.

- Zum Thema Rechtsextremismus wird im Oktober 2004 ein politisches Wochenendseminar in Krakau mit dem Besuch der Gedenkstätte KZ Auschwitz durchgeführt.
- Zum Thema Antisemitismus ist geplant, in Zusammenarbeit mit der Jugendbildungsstätte des DGB in Flecken - Zechlin ein Wochenendseminar im September durchzuführen.

Maßnahmen des Fachbereiches 3 – Psycho-soziale Dienste –

Projektbeschreibung:

Das Programm „**FAUSTLOS**“ ist ein Programm zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen und zur Gewaltprävention, das im Unterschied zu anderen Programmen bereits mit sehr jungen Kindern im Alter von 4 - 10 Jahren unter Einbeziehung der entsprechenden Erwachsenen, die für die Kinder Erziehungsverantwortung tragen, arbeitet und an Voraussetzungen zum gewaltfreien Umgang miteinander, nämlich dem Training empathischer Fähigkeiten ansetzt.

Arbeitsschwerpunkte sind Gewaltprävention und Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen durch:

- Förderung von Empathie,
- Förderung im Umgang mit Konflikten (Vermittlung von Problemlösestrategien als Hilfsmittel zur Problemlösung mit gleichzeitiger Förderung sozialer Verhaltensfertigkeiten und -fähigkeiten, die der Problemlösung dienen) sowie
- Förderung von Kompetenzen zum gewaltfreien Umgang mit Ärger und Wut (Vermittlung von Techniken zur Beruhigung und Lösungsmöglichkeiten zum Umgang mit Konflikten, die zu starkem Ärger und Wut führen können).

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin

Im Jahre 2003 wurde für den Bezirk Lichtenberg im Auftrag der Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Sport und speziell der Landeskommission Berlin gegen Gewalt durch das Berliner Zentrum für Demokratische Kultur ein „Aktionsplan für Demokratie und Toleranz - Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ erstellt.

Zurzeit arbeitet das Bezirksamt an einem Maßnahmenkatalog zur Umsetzung des Aktionsplanes.

Ansprechpartnerin des Bezirksamtes Lichtenberg zum Thema ist:

Frau Bärbel Olhagaray

Stadtteilmanagerin von Hohenschönhausen Nord

Anna-Seghers-Bibliothek

Prerower Platz 1, 13051 Berlin

Tel: (030) 9279 64 62

e - mail: Baerbel.Olhagaray@ba-libg.verwalt-berlin.de

Im Bezirksamt beschäftigt sich eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe mit Projekten zum Thema „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“

Ansprechpartnerin:

Frau Heike Marquart

Frankfurter Allee 187, 10360 Berlin

Tel: 550443907

e-mail: Ernst-Ulrich.Reich@ba-libg.verwalt-berlin.de

Zu Fragen der Interkulturellen Verständigung und der Integration von Migrantinnen und Migranten ist die Ausländerbeauftragte des Bezirksamtes Ansprechpartnerin :

Frau Heike Marquardt

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

Tel: 55043907

e-mail: Heike.Marquardt@ba-libg.verwalt-berlin.de

Unter der Anleitung des Jugendamtes gibt es eine Arbeitsgemeinschaft der Jugendeinrichtungen, die sich alle zwei Monate mit dem Thema rechtsorientierte Jugendliche in öffentlichen und freien Einrichtungen beschäftigt.

Koordinierung :

Jugendamt Lichtenberg

Frau Katrin Haese

Frankfurt Allee 187, 10360 Berlin

Tel: 55045151

Innerhalb der 5 Stadtteile des Bezirkes sind die 5 Stadtteilmanagerinnen Ansprechpartnerinnen und Kontaktvermittlerinnen:

Hohenschönhausen Nord

Bärbel Olhagaray

Siehe oben

Hohenschönhausen Süd

Birgit Herlitze

Bürgeramt

Große-Leege-Straße 103

Tel: 55043525

e-mail: Birgit.Herlitze@ba-libg.verwalt-berlin.de

Lichtenberg Nord
Claudia Schulz
Bürgeramt
Möllendorffstraße 5
Tel:55043527
E-Mail: Claudia.Schulz@ba-libg.verwalt-berlin.de

Lichtenberg Mitte
Bettina Ulbrich
Bürgeramt
Mellenseestraße 34
Tel: 55043523
e-mail: Bettina.Ulbrich@ba-libg.verwalt-berlin.de

Lichtenberg Süd
Sabine Pöhl
Bürgeramt
Mellenseestraße 34
Tel: 55043524
e-mail: Sabine.Poehl@ba-libg.verwalt-berlin.de

Die kommunale Kultureinrichtung „Studio im Hochhaus-Kunst- und Literaturwerkstatt“ ist Initiator und Veranstalter der Reihe „An die Geschichte erinnern“. Die Veranstaltungsreihe wendet sich an Bürgerinitiativen, Lehrerinnen und Lehrer und bietet in Zusammenarbeit mit Künstlern, Historikern und Zeitzeugen und Vertreterinnen von Netzwerken verschiedene Themenabende, die Fragen des Rechtsextremismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus behandeln, an. Unterschiedliche Veranstaltungen, musikalisch-literarische Abende, Zeitzeugengespräche, Lesungen und Filmvorführungen in Kooperation auch mit anderen Einrichtungen können hierzu vereinbart werden.

Studio im Hochhaus
Frau Brigitte Graf
Zingster Straße 25, 13051 Berlin
Tel: 929 38 21
e-mail: brigitte-graf@gmx.de

Besonders bezeichnend ist für Lichtenberg das zivilgesellschaftliche Engagement, z. B. die Initiative gegen Rechtsextremismus in Lichtenberg, des Rates für Migrantensachen der Unabhängigen Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger (UAB), der Netzwerkstelle Licht - Blicke, der Antifa Hohenschönhausen etc.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin

Im Bezirksamt Marzahn fanden folgende Maßnahmen statt, die im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stehen bzw. zum Zeitpunkt der Erhebung noch geplant sind:

- Ausstellung und Veranstaltungen für Schulklassen unter dem Thema „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“ über das Leben in den Jugendschutzlagern 1940-1945, in Kooperation von Jugendfreizeiteinrichtung (JFE) Eastend, Eastend Berlin e.V. und JFE Muchte, 15.03.-08.04.2004
- Rückbegegnung der Israelischen Jugendgruppe in Berlin, Kooperation von JFE U5 mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport und BJC e.V., 01.-08.10. 03

- Rückbegegnung der Berliner Jugendgruppe in Israel, Kooperation von JFE U5 mit dem LJA, Roter Baum e.V., 28.06.-07.07.04

- Durchführung eines lokalen Aktionsplanes für Demokratie und Toleranz in Marzahn Nord-West (Fortbildung für jugendliche und erwachsene Multiplikator/innen, Projekte im Stadtteil, gemeinsame Projekte zwischen Jugendlichen aus Marzahn Nord und Neukölln Nord), Stadtteilbüro der Jugendförderung Marzahn NordWest in Kooperation mit im Stadtteil ansässigen Trägern der Jugendarbeit, wie JK UNO, JK Mehrweg, outreach – mobile Jugendarbeit, JK Wurzel, Kiek in e.V., Kinderring Berlin e.V., etc., Trägern der Jugendhilfe, Schulen, Quartiersmanagement etc./ Jugendförderung Neukölln mit in Neukölln Nord angesiedelten Projekten, 15.06.-31.12.03
- Kleinere und größere Projekte zwischen Kindern und Jugendlichen aus Marzahn Nord und Neukölln Nord (Stadtspiele, Medien, Kunst, Kultur etc.), Stadtteilbüro der Jugendförderung Marzahn NordWest in Kooperation mit im Stadtteil ansässigen Trägern der Jugendarbeit, wie JK UNO, JK Mehrweg, outreach – mobile Jugendarbeit, JK Wurzel, Kiek in e.V., Kinderring Berlin e.V., etc., Trägern der Jugendhilfe, Schulen, Quartiersmanagement etc./ Jugendförderung Neukölln mit in Neukölln Nord angesiedelten Projekten, 15.06 – 31.12.04
- Sportwoche gegen Gewalt in Marzahn NordWest, Stadtteilbüro der Jugendförderung Marzahn NordWest in Kooperation mit im Stadtteil ansässigen Trägern der Jugendarbeit, wie JK UNO, JK Mehrweg, Outreach – mobile Jugendarbeit, JK Wurzel, Kiek in e.V., Kinderring Berlin e.V., etc., Trägern der Jugendhilfe, Schulen, Quartiersmanagement etc., 04.10 – 16.10.04
- Ausstellung „Lebensperspektiven von Jugendlichen in Brasilien und Deutschland“, Stadtteilbüro der Jugendförderung Marzahn NordWest in Kooperation mit der Lokalen Agenda 21, der 1. Realschule und dem Welthaus Bielefeld, dem Quartiersmanagement, sowie den im Stadtteil ansässigen Trägern der Jugendhilfe, September 04
- Kunstaktion: „angeeckt“; Wohnungen eines Hochhauses in der Wittenberger Straße werden von KünstlerInnen verschiedener Kulturen gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen gestaltet, Kinderring Berlin e.V. in Kooperation mit Trägern in Marzahn NordWest, 03.09 – 10.09.04
- Internationale Jugendbegegnung in Ungarn, Kinderring Berlin e.V., 23.07 – 04.08.04

Ansprechpartner für die Jugendförderung Marzahn-Hellersdorf:

Karlheinz Mertens

Tel: (030) 90293-4461.

In der **Stadtbibliothek Marzahn-Hellersdorf** finden regelmäßig Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus und Gewalt, Rassendiskriminierung und für ein gutes Miteinander statt.

Bezirksamt Mitte von Berlin

Die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus ist eine Kernaufgabe der Einrichtungen der Jugendförderung. Jedes Jahr finden Projekte in diesem Bereich statt, dazu gehören Gespräche mit Zeitzeugen, Wochenendseminare mit interkultureller Thematik, Aufklärung über rechte Jugendkultur, Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit bei Besuchen in Museen und Gedenkstätten und anderes mehr.

Im Bereich der Jugendförderung ist noch IGISA (Initiativgruppe interkulturelle soziale Arbeit) zu nennen. IGISA ist eine Kooperation zwischen der Jugendförderung, freien Trägern und der katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin, die zum Ziel hat, Theorie und Praxis der interkulturellen Arbeit miteinander zu vernetzen.

Ansprechpartner hierfür ist Herr Kurz,

Tel: (030) 200923103.

Bezirksamt Neukölln von Berlin

Die Jugendförderung Neukölln hat sich durch eine umfangreiche Recherche, unterstützt durch das *Zentrum Demokratische Kultur/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus* (Beratung von Kommunen, wie Strukturen gegen Rechts aufgebaut werden können), ein umfassendes Bild über das Ausmaß und die Struktur dieser Problematik im Ortsteil Rudow verschafft. Diese Recherche wurde veröffentlicht, worauf auf Bezirksebene und in der Öffentlichkeit eine breite Diskussion entstand. Unter anderem entstand auf Grundlage dieser Recherche ein Sozialraumkonzept, mit dem Ziel, rechtsorientierte Jugendliche und an amerikanischen Jugendgangs orientierte Jugendliche, zwischen denen es immer wieder Konflikte gab, in die Jugendarbeit zu integrieren.

Folgende Handlungsstrategien wurden entwickelt: Die Jugendarbeit, die bisher überwiegend in den Jugendclubs stattfand, konnte in dieser „Kommstruktur“ nicht länger verharren. Deutsche Jugendliche, die nicht in öffentliche Einrichtungen kommen, sind potentielle Neumitglieder oder Mitläufer von rechtsorientierten/rechten Organisationen, die sich dessen bewusst sind und ihre ideologische Arbeit an diese Jugendliche richten. Um diesen Gruppierungen die Jugendarbeit nicht zu überlassen, grenzt die Jugendförderung diese Jugendlichen nicht aus, sondern sucht nach Möglichkeiten, diese zu erreichen.

Ziel: Latente Konflikte im Sozialraum sollen aufgelöst werden, die rechtsorientierten Jugendlichen, mit denen eine Arbeit noch sinnvoll erscheint, sollen integriert werden.

Zielgruppen:

- männliche deutsche (rechte) Jugendliche (14 - 18 J.), die keine Besucher der Jugendclubs sind, bei denen auf Grund ihres Alters aber die Hoffnung auf Verhaltensänderung besteht
- männliche Jugendliche nichtdeutscher Herkunft (14 - 18 J.), die Besucher beider Jugendclubs sind.
- „normale“ Jugendliche (Mädchen und Jungen im Alter von 13 bis 15 Jahren) deutscher und nichtdeutscher Herkunft, die Besucher eines Jugendclubs sind.

Konflikte in der Region entstehen durch die 1. und 2. Zielgruppe, die den sozialen Frieden im Kiez massiv stören (Outfit beider Gruppen, Anmache, Ruhestörung oft in Verbindung mit Alkohol, Schlägereien, strafbaren Handlungen usw.).

Grenzen der Arbeit:

Die Jugendförderung Neukölln arbeitet mit Jugendlichen, die noch zu erreichen sind. Junge Heranwachsende, die sich in festen Strukturen von rechten Organisationen befinden, gehören nicht mehr zur Zielgruppe.

In Bezug auf den Bereich der Schulen sei explizit aber das „Standpunkteprojekt“ als Maßnahme gegen Gewalt und Rechtsextremismus, wie es in der Broschüre „Standpunkte 2003 – Berliner Netzwerke gegen Gewalt und Extremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung beschrieben ist, in der auch Beiträge der Neuköllner Standpunkt-Pädagogen (Seiten 116 und 117 a.a.O.) sind, zu erwähnen.

Punktuell organisiert die VHS Neukölln in jedem Semester Informationsveranstaltungen und Kursleiterfortbildungsseminare, die interkulturelle Dissonanzen thematisieren. Längerfristige Einzelprojekte gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus mit definierten Zielgruppen bzw. für einen geschlossenen Personenkreis bestehen nicht.

Das Amt für Kultur und Bibliotheken der Abt. Bildung, Schule und Kultur wartet mit einer Reihe von Projekten auf, die sich gegen Rechtsextremismus in Berlin stellen:

- Seit 22 Jahren: „Kiez International“ als Forum der Kulturen in Neukölln – großes Straßen- und Informationsfest, in Kooperation mit dem Tanzfestival „Bewegte Welten“ der Werkstatt der Kulturen. Dies ist das „dienstälteste“ internationale Straßenfest Berlins.
- Ständiges Forschungsprojekt: Geschichte des NS in Neukölln
Alle Projekte, die sich mit der Geschichte Neuköllns befassen, beinhalten Kapitel über die NS-Zeit.
Alle Forschungsprojekte beinhalten den multiethnischen Aspekt der Neuköllner Realität.
- Einrichtung des Multimedia-Terminals „Widerstand in Neukölln“ im Rathaus (einzigartig in Berlin), regelmäßige Betreuung von Schulklassen, Unterrichtsmaterial
- Gedenktafelprogramm für Menschen, die ihr Leben im Kampf gegen den Nationalsozialismus verloren haben.
- Das alljährliche (seit 2001) Internationale Spielefest in der Gropiusstadt (in Kooperation mit der GEHAG), in dem über das Instrument des gemeinsamen Spielens von Spielen aus aller Welt Berührungspunkte abgebaut und Kommunikation ermöglicht werden soll.
- Mit einem ähnlichen Hintergrund findet seit zwei Jahren Anfang September die „Längste Kaffeetafel“ statt, an der sich – an langen Tischen durch die Gropiusstadt schlängelnd – fremde Menschen beim „urdeutschen“ Kaffeetrinken kennen lernen können und unterschiedliche Sitten, Gebräuche und Geschmäcker genießen lernen.
- In dem Kulturbeirat des Bezirks Neukölln ist satzungsgemäß ein Vertreter der nicht-deutschen Neuköllner mit Sitz und Stimme.

Beachtenswert seien auch die folgenden Neuköllner Projekte:

1. Woche der Menschenrechte

Im Dezember 2003 fand erstmals die Neuköllner Woche der Menschenrechte statt (UN-Menschenrechtstag), in der vergangener und aktueller Menschenrechtsverletzungen gedacht wird, Verbrechen der NS-Zeit ebenso wie Verstößen gegen die Menschenrechte heute. Es eröffnete Gerhard Baum, Menschenrechtsbeauftragter der UNO. Ein besonderes Augenmerk wird auf Menschenrechtsverletzungen gelegt, die ihre Spuren in Neukölln hinterlassen haben, z.B. bei Flüchtlings- und Migrantengruppen. 2003 standen die Pontos - Griechen im Mittelpunkt, von denen viele in Neukölln leben. Weiterhin wurde durch einen schwedisch-irakischen Arzt, der für die UNESCO arbeitet, über die psychischen Langzeitfolgen von Krieg und Vertreibung referiert, also über Probleme, die auch in Neukölln präsent sind. Prof. Herfried Münkler, Humboldt-Uni, referierte über Kriege heute.

Zu dieser Veranstaltungsreihe wurde mit dem Zentrum für Menschenrechte, Amnesty international, dem Weltflüchtlingsbeirat, der Humboldt - Universität, der VHS Neukölln, verschiedenen Kirchengemeinden, Schulen und Migrantengruppen zusammengearbeitet.

Diese Veranstaltung soll in zweijährigem Rhythmus stattfinden.

2. Der „Neuköllner Globus“ – ein Preis der Bürgerstiftung Neukölln

Die Bürgerstiftung Neukölln ist mit dem dezidierten Anliegen angetreten, ein friedliches multiethnisches Neukölln zu erreichen, bei verschiedensten Problemen auch zu moderieren und an einem Paradigmenwechsel mitzuarbeiten, aus der multikulturellen Last, als die der Alltag gerade in Nord-Neukölln häufig empfunden wird, eine „multikulturelle Lust“, eine Chance für Zukunft aufscheinen zu lassen.

Die Bürgerstiftung Neukölln ist die erste Bürgerstiftung Deutschlands, die sich dezidiert dieser Aufgabe stellt.

Das erste relevante Projekt ist die Verleihung des „Neuköllner Globus“ an die Preisträgergruppe eines Wettbewerbs für Grundschultheatergruppen, die sich mit dem Thema Multikulturalität / Rassismus / Fremdenfeindlichkeit / Alltagsschwierigkeiten auseinandersetzen.

Als nächstes Projekt wird der „Neuköllner Bürgerpreis“ vergeben werden, der bürgerschaftliches Engagement im multiethnischen Kontext herausheben will.

3. Ein Schwerpunkt der Arbeit des Kulturamtes in Kooperation mit dem Kulturnetzwerk Neukölln war und ist seit 2003 das Projekt „Gute Töchter, gute Söhne“, das sich mit Fragen der unterschiedlichen Werte und Normen zwischen Kulturen und den daraus resultierenden Missverständnissen beschäftigt. Durch Kunstprojekte, die mit Jugendlichen entwickelt werden, sollen diese Missverständnisse und Konflikte sichtbar und begreifbar und damit bearbeitbar gemacht werden.
4. Gesprächsforum „Kulturnationen Neukölln“: In Form von kleinen Talk - Shows werden in regelmäßigem Abstand Vertreter der in Neukölln lebenden Communities und ihre besonderen Anliegen wie Probleme vorgestellt. Intensive Gespräche wie eine oft verblüffend neue Sicht auf Menschen anderer kultureller Herkunft, die in unserer Stadt leben, entwickeln sich. Diese Gespräche sollen zu einem offenen Umgang in Augenhöhe miteinander und zu einem Respektieren der Differenzen beitragen.

Bezirksamt Pankow von Berlin

Im Jahr 2003 legte das Zentrum Demokratische Kultur der RAA e. V. die Analyse „Lokaler Aktionsplan Pankow – Für Demokratie und Toleranz - Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ vor. Angeregt von der Bezirksverordnetenversammlung Pankow schloss das Bezirksamt Pankow von Berlin in Auswertung dessen eine Zielvereinbarung mit der Arbeitsgemeinschaft Aktionsplan (ARGE Aktionsplan) ab. Ihr gehören die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) der RAA e.V. und die Netzwerkstelle [moskito] der Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH an. Auf der Basis der in der Analyse benannten Handlungsempfehlungen sollen gezielt Aktivitäten entwickelt werden, um aufgezeigten Problemen entgegenzuwirken und Defizite zu minimieren.

Die bezirklichen Schwerpunkte konzentrieren sich im Jahr 2004 auf die drei Arbeitsfelder „Öffentlicher Raum/Sicherheit“, „Sport“ und „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“. Sie sind sowohl verwaltungsintern angesiedelt als auch im öffentlichen Raum sichtbar.

Darüber hinaus finden regelmäßig Beratungen mit den Mobilen Beratungsteams (RAA e.V. und Stiftung SPI) und der Netzwerkstelle [moskito] (Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH) in den Themenfeldern Jugendhilfe und Schule statt, die auf die Stärkung vorhandener Netzwerke sowie die Bearbeitung von Schwerpunkten der Jugendarbeit bzw. der Arbeit in Schulen abzielen. Gegenstand dieser Beratungen sind beispielsweise die Ermittlung von Fortbildungsbedarfen, die Erarbeitung von Handlungsabläufen in Jugendfreizeitstätten und im Jugendamt nach rechtsextremistischen und rassistischen Vorfällen sowie der Austausch zu Maßnahmen und Strategien in einzelnen Sozialräumen.

Die Bezirksverordnetenversammlung begleitet die Umsetzung der Zielvereinbarung in derzeit vier Ausschüssen (Gleichstellung/Migration, Bürgerdienste, Gesundheit/Soziales und Kinder- und Jugendhilfeausschuss).

Eine kontinuierliche Abstimmung zur Umsetzung der Zielvereinbarung findet im koordinierenden Fachgremium statt, das mit Vertretern des Bezirksamtes und zivilgesellschaftlicher Initiativen paritätisch besetzt ist.

Kontakt zur ARGE Aktionsplan:

Bezirksamt Pankow
Migrantenbeauftragte/zugleich Geschäftsstelle Lokaler Aktionsplan
Karin Wüsten
Breite Str. 24 A-26, 13187, Berlin
Tel.: 030/90295-2524
Fax: 030/90295-2230

E-Mail: karin.wuesten@ba-pankow.verwalt-berlin.de

Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH
Netzwerkstelle [moskito]
Annika Eckel und Torsten Wischnewski
Fehrbelliner Str. 92, 10119 Berlin
Tel.: (030)4437179
E-Mail: moskito@pfefferwerk.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)
Catharina Schmalstieg und Timm Köhler
Chausseestr. 29, 10115 Berlin
Tel.: (030) 24045434, Fax: (030) 24045319
E-Mail: info@mbr-berlin.de

Umsetzung der Zielvereinbarung 2004 - Stand und Ergebnisse:

Öffentlicher Raum/Sicherheit

Für den Bezirk Pankow ist die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eine kontinuierliche Aufgabe mit dem Ziel, das demokratische, tolerante und couragierte Verhalten von Bürgerinnen und Bürgern zu stärken und dadurch ein Gegengewicht gegenüber totalitären, menschenverachtenden Haltungen dauerhaft zu erhalten und zu unterstützen. Diesem Anliegen dienen alle Maßnahmen und Vorhaben des Schwerpunkts „Öffentlicher Raum/Sicherheit“ der Zielvereinbarung für das Jahr 2004.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus untersuchte in einer Sozialraumanalyse die Problemlagen von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie vorhandene zivilgesellschaftliche Handlungspotenziale. Im Vordergrund steht die Entwicklung eines regionalen Handlungs- und Reaktionskonzepts, in das Institutionen und Unternehmen eingebunden sind. Erste Schritte zur aufmerksameren und kritischeren Wahrnehmung von Problemlagen und aktiveren Handlungsbereitschaft wurden im Rahmen einer dreiteiligen Fortbildungsveranstaltung lokaler Partner unternommen. Zusammen mit der Wirtschaftsförderung des Bezirks sind weitere Schritte geplant.

Vorbereitungen wurden auch zur Einrichtung eines Registers getroffen. Vorkommnisse mit rechtsextremem, rassistischem oder antisemitischem Hintergrund in Pankow sollen erfasst werden, auch Vorfälle unterhalb der Strafbarkeit transparent zu machen. Zugleich wird den Betroffenen signalisiert, dass sie Hilfe bekommen und bei Bedarf an die Beratungsstelle ReachOut vermittelt werden können. Gleichzeitig soll diese Erfassung angesichts hoher Dunkelziffern zu einer genaueren Einschätzung der Lage in Pankow beitragen und die Informationen der Sicherheitsbehörden ergänzen. Die Implementierung im Bezirk ist für das kommende Jahr geplant und wird von der Netzwerkstelle [moskito], der MBR und lokalen Initiativen gestützt.

Die BVV Pankow startete eine Initiative zur Einführung eines Ehrenpreises für Zivilcourage. Damit soll jenen Menschen Anerkennung zuteil werden, die bei rechtsextremistischen, rassistischen oder antisemitischen Übergriffen einschreiten. Vorschläge dazu wurden durch die ARGE Aktionsplan unterbreitet.

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

In den letzten Jahren stieg in Pankow die Zahl der Zuwander/innen. Mangelnde Deutschkenntnisse erschweren ihnen häufig u.a. den Zugang zu Diensten und Angeboten der Bezirksverwaltung. Das Bezirksamt Pankow und die ARGE Aktionsplan verständigten sich deshalb in ihrer Zielvereinbarung zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes darauf, im Jahre 2004 einen Schwerpunkt auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung zu setzen. Zielgruppen sind nicht nur Zuwanderer/innen, sondern auch Mitarbeiter/innen und Leiter/innen der jeweiligen Dienststellen. Exemplarisch sollen Hilfen für beide Seiten entwickelt werden, um bestehende Zugangsbarrieren für die Zuwanderer/innen im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Diensten und Angeboten der Verwaltungen abzubauen, indem einerseits die generelle Information und andererseits die inhaltliche Vermittlung der Angebote und Dienste verbessert werden. In Abstimmung mit verschiedenen Ämtern des Bezirksamtes hat die Netzwerkstelle [moskito] einen Wegweiser erstellt, der künftig auch mehrsprachig angeboten werden soll. Darüber hinaus wird der Einsatz von Dolmetscher/innen geprüft. Zwei- oder mehrsprachige Formulare sollen u.a. helfen, komplexe Verwaltungsabläufe transparent zu gestalten.

Zu den Vorhaben gehört ebenso eine detaillierte Sozialraumanalyse der Lebenssituation von Zuwanderer/innen. Die speziellen Erfahrungen und Positionen der Migrant/innen-Selbsthilfeorganisationen werden dabei einbezogen mit dem Ziel, bedarfsgerechte Angebote für die Zuwanderer/innen zu entwickeln.

Derzeit hält im Bezirk Pankow die im Rahmen des Bundesprogramms Civitas geförderte Netzwerkstelle [moskito] des Trägers Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH spezielle Serviceangebote für Bürger/innen und Multiplikator/innen bereit. Dazu gehören die Vermittlung von Zeitzeug/innen oder Referent/innen, die Vermittlung und Entwicklung von Fortbildungsprogrammen, die Erstberatung von Institutionen wie Schulen oder Jugendfreizeiteinrichtungen und die Vermittlung an weiterführende Institutionen, z.B. Opferberatung und interkulturelle Kontaktstellen. Die Netzwerkstelle [moskito] unterstützt auch Netzwerkstrukturen im Bezirk u.a. den Rat für Migrant/innen Pankow.

Bei Bedarf werden die in den östlichen Bezirken agierenden Mobilien Beratungsteams einbezogen. Sie können auch von Institutionen der Jugendhilfe sowie von Schulen direkt angefordert werden.

Sport

Da auch im Sport rechtsextreme, rassistische und antisemitische Haltungen anzutreffen sind, wurde von der BVV und dem Bezirksamt Pankow der Bereich Sport und die damit verbundenen Zielstellungen Fairness im sportlichen Umgang sowie Stärkung interkultureller Kompetenz als ein weiterer Schwerpunkt für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes festgelegt.

Folgende Maßnahmen wurden realisiert: Zwischen dem Bezirksamt und den Partnern der ARGE Aktionsplan wurde ein Vorschlag für die Überarbeitung der Haus- und Nutzungsordnung der Sportanlagen erarbeitet, aus der klar hervor geht, dass rechtsextreme, rassistische und antisemitische Sportler/innen bzw. Aktivitäten auf den Berliner Sportanlagen nichts zu suchen haben. Darüber hinaus wurden Plakate der Anti-Gewalt-Kampagne des Berliner Fußballverbandes auf Fußballplätzen angebracht und zwei antirassistische Sportturniere im Bezirk durchgeführt.

Ein Sportverein wird in der Vereinsarbeit und im Spielbetrieb bei der Auseinandersetzung bzw. Beschäftigung mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus im Sport begleitet.

Unterstützung eines internationalen Sportfestes am 21. Mai 2004 in der Partnerstadt Kolobrzeg.

Projekte des Jugendamtes Pankow

Die politische Bildung des Jugendamtes Pankow konzentriert sich mittelfristig auf folgende Schwerpunkte:

- Stärkung von zivilgesellschaftlichen Strukturen, Toleranz, Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus
- Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Geschichte und Politik
- Partizipation – Demokratie, Beteiligung junger Menschen an für sie relevanten Entscheidungen

Projekte im 2. Halbjahr 2004 bzw. in Vorbereitung für 2005:

- Deutsch-Israelische Jugendbegegnung Pankow - Ashkelon in Ashkelon für Multiplikatoren und Jugendliche
- Deutsch-Israelische Jugendbegegnung Pankow - Ashkelon in Berlin (Teil 1) – „Erinnern in der 4. Generation“
- Gedenken denken?! - ein Jugendprojekt zur Erinnerungskultur in Pankow
- Planungswerkstatt Politische Bildung 2005 Teil I (September 2004)
- Planungswerkstatt Politische Bildung 2005 Teil II (Oktober 2004)

Kontakt:

Abt. Jugend, Schule, Sport
Fachbereich 1
Klaus Kalb
Danziger Str. 81, 10405 Berlin
Tel: 030/90295-3699
Fax: 030/90295-3646
E-Mail: klaus.kalb@jugendportal-pankow.de

Projekte des Schulpsychologischen Dienstes und der Schulaufsicht

„Schule gegen Gewalt“

Projekttag „Pankow packt's an!“ in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung am 15. September 2004

Kontakt:

Schulpsychologischer Dienst
Frau Uhle über
Schulpsychologisches Beratungszentrum Pankow
Tschaikowskistraße 62, 13156 Berlin
Tel: 030/48 63 76 61
E-Mail: Schulpsychologie.Pankow@t-online.de

Netzwerk gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt

Im Netzwerk engagieren sich Gruppen und Einzelpersonen. Dazu gehören Migrant/innen-, Frauen- und antifaschistische Initiativen, Vereine, Verbände und Parteien. Sie tauschen ihre Erfahrungen aus und klären über rechtsextreme Umtriebe im Bezirk auf. Auf Stadtteilständen und mit Informationsständen ist das Netzwerk im Bezirk präsent und beteiligt sich u.a. an der Lichterkette anlässlich der Partei übergreifenden Antifaschistischen Aktionswochen in Pankow.

Unterstützt wird das Netzwerk durch die Netzwerkstelle [moskito] und die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR).

Anschrift:

Netzwerk gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt
c/o OASE Pankow e.V.
Schönfließer Str. 7, 10439 Berlin
E-Mail: netzwerk.nordost@gmx.de

InterKULTURElles Haus Pankow

Zusammenschluss der Vereine OASE Pankow e. V., Kulturverein Prenzlauer Berg e.V. und Club Asiaticus. Projekte von und für Migrant/innen bieten u. a. Beratung, Begleitung bei Behördengängen, Deutschkurse und vielfältige kulturelle Aktivitäten an. Mit dem Café Multi-Kulti des Projekts „Kulturen im Dialog“ wurde darüber hinaus eine Begegnungsstätte von Deutschen und Migrant/innen im Bezirk geschaffen, die zu einer Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas in Pankow beiträgt. Die Vereine im InterKULTUREllen Haus arbeiten mit vielen Pankower Institutionen zusammen.

Kontakt:

InterKULTURElles Haus Pankow
Schönfließer Str. 7, 10439 Berlin

Rat für MigrantInnen Pankow

Die Geschäftsstelle obliegt der MigrantInnenbeauftragten des Bezirksamtes Pankow. Hier sind vielfältige Informationen zur Arbeit des Rates, zu den Sitzungsterminen und Tagesordnungen des Rates bzw. der Arbeitsgruppen erhältlich. In der Regel finden die Ratssitzungen alle zwei Monate statt; die Arbeitsgruppen tagen nach Bedarf. Der Rat der Migrant/innen trifft sich im InterKULTUREllen Haus Pankow.

Kontakte: s. InterKULTURElles Haus Pankow und MigrantInnenbeauftragte

Bezirksamt Reinickendorf

Der Bezirk Reinickendorf tritt durch seine ständige politische Ausrichtung für ein tolerantes und weltoffenes Reinickendorf ein und gestaltet in diesem Sinne auch seine Arbeitsschwerpunkte. Reinickendorf praktiziert flächendeckend in seiner täglichen Arbeit mit den Vereinen und Kirchen, Institutionen, wie z.B. Schulen Weltoffenheit und Toleranz. Im Sinne eines Netzwerkes existiert in Reinickendorf das Bündnis für ein tolerantes und weltoffenes Reinickendorf, mit dem die Arbeitsausrichtung des Bezirksamtes, ohne formelles Mitglied sein zu müssen, eng verknüpft ist.

Die Abteilung Jugend und Familie hat sich zum Beispiel dafür entschieden, ihren Arbeitsansatz auch auf die Prävention von rechtsextremistischen und rassistischen Tendenzen bei Kindern und Jugendlichen zu legen. Beispielhaft sei die Arbeit in den bezirklichen Jugendfreizeiteinrichtungen genannt, in denen in der alltäglichen Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen Rechtsextremismus, Rassismus sowie der Abbau von Vorurteilen ein ständiges Thema ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen sprechen einzelne Besucherinnen und Besucher, aber auch Gruppen gezielt und situationsbezogen auf dieses Thema an und klären über Zusammenhänge und Konsequenzen auf.

In der Seniorenfreizeitstätte Alt - Tegel ist jeder Dienstag der Tag für türkische Mitbürger. Hier treffen sich im Ruhestand befindliche türkische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab 55 Jahren, um gemeinsam ihre freie Zeit zu gestalten. Ihre kulturelle Identität wollen sie unter anderem durch Feiern ihrer traditionellen Feste zum Ausdruck bringen. Die Treffen sind für deutsche Besucherinnen und Besucher offen, insbesondere für die Nutzer der Seniorenfreizeitstätte.

Im Freizeitzentrum Adelheidallee treffen sich jeden Samstag bis zu 120 Deutsche aus Russland und den Staaten der ehemaligen SU. Hier werden Schach oder gemeinsames Musizieren, aber auch vielfältige kulturelle Veranstaltungen bis hin zu Tanznachmittagen angeboten. Seit nunmehr zwei Jahren hat sich gezeigt, dass die Angebote zunehmend auch von "anderen" Besuchern genutzt werden. Ein Beispiel zum Abbau von Ablehnungen und Voreingenommenheiten gegenüber Aussiedlern.

Insgesamt gibt es viele Aktivitäten des Bezirks und des Bezirksamtes, seien es Initiativen von Schulen und Sportvereinen, Kranzniederlegungen oder Vorhaben, wie z.B. das Projekt Stolpersteine, die Veranstaltung des Tages der Ausländerfeindlichkeit des SC Borsigwalde, die Anlage und Pflege des Rosenbeetes vor dem Rathaus Reinickendorf durch die Berta-von-Suttner-Oberschule, die Durchführung von Anti-Rassismus-Workshops und Projekttagen, z.B. zum Thema „Musik der rechten Szene“ an Reinickendorfer Oberschulen, die Durchführung von Themenabenden und Gedenkstättenfahrten durch Schulen, Vereine und die bezirkliche Jugendförderung, die Durchführung von Präventionsprojekten der Abt. Jugend und Familie, wie z.B. Anti-Gewalt-Trainingskurse, die Streitschlichterausbildung in Schulen und Jugendfreizeitstätten oder Seminarangebote im Rahmen der politischen Bildung.

Das Bezirksamt steht insgesamt ressortübergreifend in engem Kontakt mit den entsprechenden Zielgruppen und informiert in diesem Rahmen auch über Kampagnen (z.B. Plakatwettbewerbe) gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt und ermuntert zur Beteiligung und Umsetzung.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Bezirk Reinickendorf sich durch eine hohe Akzeptanz des Themas „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ auszeichnet und ein hohes Engagement aufweist. Der Arbeitsschwerpunkt liegt dabei übergreifend „vor Ort“. Das Bezirksamt wird weiterhin diesen Weg unterstützen und sich in bewährter und geeigneter Weise beteiligen.

Bezirksamt Spandau von Berlin

In ihrer alltäglichen Arbeit sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bezirklichen Kinder- und Jugendeinrichtungen immer wieder mit Formen von Rassismus oder rechtsextremistischen Tendenzen konfrontiert und es gehört zu ihren wichtigsten Aufgaben, diese aufzugreifen und gemeinsam mit den Betroffenen aufzuarbeiten. Dies wird von der Abteilung Jugend und Familie unterstützt durch aktuelle Fortbildungsangebote und den Einsatz von Streetworkern. Darüber hinaus gewährleisten so genannte Runde Tische mit Vertretern von Schule, Jugendamt, Polizei und anderen Diensten einen permanenten Informationsaustausch.

Im Rahmen von Maßnahmen der politischen Bildung finden internationale Begegnungen und Gedenkstättenfahrten ebenso statt wie Seminare zu unterschiedlichen Themenstellungen.

Durch Umschichtung von Haushaltsmitteln unterstützt das Jugendamt Spandau in erheblichem Maße präventive Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit.

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin

Die Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus stehen in der Arbeit des Bezirksamtes Steglitz - Zehlendorfs nicht im Vordergrund. Aktuelle oder zeitnahe Vorfälle mit rechtsextremen, fremdenfeindlichen, rassistischem oder antisemitistischem Hintergrund sind nicht bekannt. Bei den von uns in den verschiedenen Einrichtungen erreichten Mitbürgern spielen diese Themen nur in Einzelfällen eine Rolle und werden in Einzelfall bezogener Weise aufgegriffen.

Die **Jugendeinrichtungen** öffentlicher und freier Träger des Bezirks sind durch Stadtteilkonferenzen, Runde Tische, Arbeitsgemeinschaften u.ä. regional vernetzt. Situationsbezogen, teilweise aber auch institutionalisiert erfolgt in diesen Vernetzungsstrukturen auch die Einbeziehung von Polizei, Schule und anderen ortsteilrelevanten Institutionen. Gesonderte Arbeitsgruppen zum o.g. Thema existieren nicht. Im Bedarfsfall, d.h. bei dem Thema entsprechenden Anlässen, werden konkrete Maßnahmen geplant und durchgeführt. Dazu bestand in der näheren Vergangenheit jedoch kein Anlass.

Gerade für Kinder und Jugendliche ist der Sportbereich ein äußerst wichtiger Bereich. Der **Sportbereich** vermittelt gerade den Jugendlichen Selbstbewusstsein und fördert somit die Akzeptanz der eigenen Person und somit auch der anderen.

Seit jeher setzt sich Sport über kulturelle, sprachliche Differenzen hinweg bzw. macht es leichter sie zu überbrücken.

Der Fachbereich Sport des Bezirksamtes hat mit Hilfe der Sportvereine in Steglitz - Zehlendorf pädagogische Gegenmaßnahmen entwickelt.

Diese Präventionskonzepte wurden in Zusammenarbeit mit Sozialpädagogen und Psychologen ausgearbeitet und später den Vereinsvertretern vermittelt.

Die **Schulen** haben eine sehr wichtige Funktion auf dieses Thema aufmerksam zu machen. Das Amt für Schule und Sport in Steglitz - Zehlendorf hat die „Entwicklung eines Konzeptes für Toleranz“ skizziert. Mit Hilfe des Projektes soll minderheitenfeindlichen, gewaltorientierten und/oder rassistischen Tendenzen in bestimmten jugendlichen Milieus entgegengewirkt werden.

Die **Victor - Gollancz - Volkshochschule** bietet seit Jahren Kurse und Projekte an, welche den kulturellen Austausch voranbringen sollen, um gleichzeitig Toleranz und Zivilcourage in Bezirk weiter zu stärken. Die Besucher der Volkshochschule mit zum Teil sehr unterschiedlichen soziobiographischen Merkmalen können eine Vielzahl von verschiedenen Kursangeboten zu der Thematik auswählen. Das Programm 2004/05 beinhaltet u.a. Kurse mit Themen wie „Weltreligionen in Berlin“, „Begegnung mit Polen“, Gesprächskreis für arabische Frauen“ und weitere zahlreiche kulturelle und fremdsprachliche Veranstaltungen.

Im Bereich der Integration von Menschen ausländischer Herkunft erfüllt die VHS wichtige Aufgaben. Als Stichwort seien die vielen Kurse „Deutsch als Fremdsprache / Zweitsprache“ genannt.

Das Jugendcafé Imitsch, Machnower Straße 4, 14165 Berlin, führt Workshops und Gedenkstättenfahrten z.B. nach Sachsenhausen im Rahmen der politischen Bildungsarbeit durch. Auch in hier angebotenen Anti-Gewalt-Trainings kommen die o.g. Themen zur Sprache. Diese Angebote stehen Schülerinnen und Schülern des Bezirks offen.

Ansprechpartner ist Herr Haake,

Tel: (030) 815 81 02, Fax 8472 2516,

E-mail: cafeimitsch@contactkiez.de.

Aktuell ist ein Infonachmittag der Aktion Sühnezeichen am 26.10.04 um 14.00 Uhr.

Das Jugendfreizeitheim Wannsee, Königstraße 42, 14109 Berlin, bietet alljährlich eine internationale Jugendbegegnung für ca. 16 Jugendliche nach Polen mit Besuch der Gedenkstätte Auschwitz oder dem Warschauer Ghetto an.

Informationen und Anmeldungen sind zu Jahresbeginn bei Herrn Cybulski oder Frau Reese-Schubert unter Tel. 6321 6817 möglich.

Eine internationale Begegnung mit Jugendlichen der israelischen Partnerstädte des Bezirks erfolgt jährlich bzw. im Zweijahrestakt. Hier nehmen Jugendliche unseres Bezirks an der Betreuung der israelischen Gäste teil und widmen sich dem Abbau von Vorurteilen und Ressentiments.

Ansprechpartner auch für eventuell weitere internationale Begegnungen und Veranstaltungen im Rahmen der politischen Bildung ist Herr Oldenburg, Jugendamt Steglitz - Zehlendorf von Berlin, Schlosstraße 80, 12154 Berlin, Tel. 6321 4595.

Seit 1989 existiert der **Arbeitskreis „Nationalsozialismus in Steglitz - Zehlendorf“**.

Der Arbeitskreis informiert und leistet Aufklärungsarbeit durch Ausstellungsprojekte und Publikationen über die Zeit des Nationalsozialismus in Steglitz - Zehlendorf.

Der Arbeitskreis befasst sich darüber hinaus mit regionalhistorischen Ausstellungen, die nicht explizit den Nationalsozialismus zum Thema haben.

Der Arbeitskreis „Nationalsozialismus in Steglitz - Zehlendorf“ hat zahlreiche Bücher publiziert, obwohl es sich bei den Mitgliedern fast ausnahmslos um ehrenamtliche Mitglieder handelt. Der Fachbereich Kultur unterstützt den Arbeitskreis in seinem Handeln.

Das Kulturhaus **Schwartzsche Villa** hat ein internationales Programm und folglich auch ein breit gemischtes Publikum. Künstler und Künstlerinnen aus den unterschiedlichsten Ländern treten dort auf, so dass ein ungezwungener, kultureller Austausch stattfindet. Dieser Umstand ist keineswegs zu unterschätzen und äußerst wichtig für ein weltoffenes Steglitz - Zehlendorf.

Bezirksamt Tempelhof - Schöneberg

Der Bezirk Tempelhof - Schöneberg führt etliche wichtige Maßnahmen zu den Themenbereichen Verständigung der Ethnien, Konfliktmanagement, Gewaltprävention und Auseinandersetzung mit dem Holocaust durch.

So machen einige Schulen, die Volkshochschule sowie Museen und Archive des Bezirks Tempelhof - Schöneberg in diesem Bereich Angebote und veranstalten Workshops und Geschichtswerkstätten mit präventivem Charakter.

Auch im Rahmen des Quartiersmanagements haben diese Themen, besonders in der Jugendarbeit, einen wichtigen Stellenwert, wie auch ein Großteil der Förderprojekte, die in den letzten Jahren im Bezirk durchgeführt wurden, belegen.

Des Weiteren weise ich auf die von der Integrationsbeauftragten vernetzte Immigrantendarbeit unseres Bezirks hin: Die Tempelhof - Schöneberger Arbeitsgemeinschaft der Immigrantinnen- und Flüchtlingsprojekte - T - SAGIF - ist aktives Mitglied der Bundesinitiative „Gesicht zeigen“ und arbeitet ebenfalls mit dem Projekt „Aktion Courage“, das bis vor kurzem im Bezirk angesiedelt war, eng zusammen.

In der T - SAGIF sind gegenwärtig 41 Vereine und Projekte vertreten, deren integraler Arbeitsansatz sich permanent dem Abbau von Vorurteilen und Rassismus widmet. Viele dieser Projekte betreiben eine intensive Jugendarbeit, die den interkulturellen Austausch fördern.

In dem „Interkulturellen Haus“ des Bezirks ist auch die Islamische Gemeinschaft deutschsprachiger Muslime angesiedelt. Der Verein hält jeden zweiten Montag im Monat um 18.00 Uhr den „Gesprächskreis Juden, Christen, Muslime“ ab und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur interreligiösen Verständigung.

Maßnahmen gegen Rassismus und Gewalt aus dem Büro der Integrationsbeauftragten in Zusammenarbeit mit Tempelhof - Schöneberger Immigrantinnen- und Flüchtlingsprojekten:

Mitglied bei der Aktion "Gesicht zeigen"

Zusammenarbeit mit AktionCourage e.V., u.a. „Schule ohne Rassismus“

Aufklärungsarbeit in Schulen und Kitas, insbesondere auch durch die „Islamische Gemeinschaft deutschsprachiger Muslime“ e.V.

Interkulturelles Haus: „Arbeitskreis Juden, Christen und Muslime“ („Isl. Gemeinschaft deutschsprachiger Muslime“)

Zusammenarbeit mit dem LSVD (Lesben- und Schwulenverband Deutschland e.V., insbesondere mit „Miles“ (lesbische und schwule Migranten) und GLADT e.V. („Gays and Lesbians aus der Türkei“)

NAPAP – Gesprächskreis der Integrationsbeauftragten des Bezirks mit dem Präventionsbeauftragten der Polizei und der bezirklichen Polizei

Bezirksamt Tempelhof - Schöneberg von Berlin – Abteilung Schule, Bildung und Kultur

Folgende Aktivitäten können für diese Abteilung benannt werden:

Schule

Neben der Behandlung dieses Themas im Unterricht bieten nachstehende Schulen folgende Themen an:

Löcknitz-Grundschule:

„Denk-Mal an jüdische Mitbürger“ (ein Projekt der 6. Klassen seit 1994)

Annedore-Leber-Grundschule:

Konfliktlotsen, Buddy-Projekte, EPU = Entwicklungspädagogischer Unterricht

Naharya - Grundschule:

Projekt Deutschunterricht für Mütter nichtdeutscher Herkunft

Projekt Konfliktlotsen: Klassen- und jahrgangsübergreifende präventive Angebote

Mediation mit Konfliktlotsen

Schulstation mit präventiven Angeboten: Lesen von Büchern zum Thema Ausländerfeindlichkeit

soziales Lernen

Sprachförderung

Lernen lernen

Rollenspiele

Theaterwerkstatt

Literatur und Musik aus fremden Ländern

Thematisierung aktueller Konfliktlösungsstrategien im Offenen Anfang und in Unterrichtsstunden

Tagung des Klassenrats

Präventive Projekte im integrativen Offenen Ganztagsbetrieb

regelmäßig stattfindende Klassenfahrten

hohes Angebot an AGs Teil des Schulprogramms

Theodor - Haubach - Oberschule:

Streitschlichter – Projekttag 10.09.2004: „Gegen

Gewalt – Für Toleranz“

Solling - Oberschule:

Schulstation, Mediation, Ausbildung von Konfliktlotsen

Hermann - Köhl - Oberschule:

Projekte im Rahmen der Aktionen „Schule ohne Rassismus“

Werner - Stephan - Oberschule:

Projekt „Schule ohne Rassismus, Diskriminierung und Gewalt“, Kooperation mit der Polizei,

Projekt „Streitschlichtung“,

Patenschaft mit Lidice,

Modellversuch „Demokratie leben und lernen“

Sophie - Scholl - Oberschule:

„Ort der Erinnerung“ für Zwangsarbeiter (AG)

Bibliotheken:

Als Kultur- und Bildungseinrichtung leistet die Stadtbibliothek mit ihren Medien- und Informationsangeboten, die für alle Bevölkerungsgruppen uneingeschränkt zugänglich sind, einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus

Angebote: Medien und Informationen in Form aktueller Sachinformationen (Dokumentationen, Hintergründe, kritische Auseinandersetzungen) sowie belletristischer Darstellungen für alle Nutzergruppen zu diesen Themen im Sinne von Aufklärung und Prävention

Zusammenstellung von Medienpaketen zu o.g. Themen für Kitas, Schulen und sonstige Gruppen

Bibliotheken als Kommunikationsorte und Begegnungsorten, in denen Menschen unterschiedlichster Herkunft aufeinander treffen können, als Orte praktisch erfahr- und erlebbarer Integration

Bildung und Kultur

Volkshochschule

Die 2003/2004 neu eingerichtete Reihe „Perspektiven/Wechsel“ setzt latenter Fremdenfeindlichkeit bewusst eine multikulturelle Perspektive entgegen. Die Reihe umfasste 2003/4 insgesamt 36 Veranstaltungen aus den Bereichen interkulturelle Erfahrungen, Krieg und Konflikte, Jugend gegen Gewalt, Kennenlernen fremder Kulturen, Europabildung und Religionen in Berlin. Besonders hervorzuheben sind das zusammen mit dem Jugendmuseum veranstaltete Jugend-Film-Projekt „Villa - Global – Über das Zusammenleben der Kulturen“, die Beteiligung der „jungen vhs&co.“ mit Präsentationen auf dem „Aktionstag für Demokratie und Toleranz“ vor dem Rathaus Schöneberg sowie ein neues Lehrgangsmodul zur interkulturellen Kompetenz („Umgang mit Unterschiedlichkeit“). Wegen ihres Erfolgs und der gesellschaftlichen Relevanz der Thematik wird die Reihe auch im laufenden Programmjahr 2004 – 2005 fortgesetzt, diesmal in Kooperation mit der VHS Neukölln.

Museen und Archiv

Im Jugend - Museum Schöneberg werden kontinuierlich Projekte mit gewaltpräventivem Ansatz für Kinder und Jugendliche durchgeführt. Die Aktivitäten reichen von theater-, kunst- und medienpädagogischen Workshops bis zu Ausstellungen und Veranstaltungen. Es wird mit Arbeits- und Darstellungsformen experimentiert, die thematisch um die Frage gruppiert sind, wie man die Gleichgültigkeit gegenüber der gegenständlichen Umwelt, der eigenen Geschichte und der eigenen Zukunft aufheben kann. Dabei spielt die Vermittlung von Geschichte und die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen eine herausragende Rolle. In der Vergangenheit wurden mit verschiedenen Kooperationspartnern Projekte unter folgendem Motto realisiert:

1. Workshops und Geschichtswerkstätten
"Gewalt und Ausgrenzung in Geschichte und Gegenwart"
(kontinuierlich seit 1993, thematische Projektstage in Schulen, insbesondere zu Jahrestagen in Zusammenhang mit den Aktivitäten der Dokumentationsstelle im Museum „Juden im Bayrischen Viertel“)
2. Interkulturelle Workshops und Werkstattausstellung
„revier im visier“ – über das Zusammenleben der Kulturen (2002)
3. Ausstellung und Projektstage
VILLA GLOBAL – im Labyrinth der Kulturen (2003/2004)

Für das kommende Jahr wird ein neues Projekt für junge Menschen unter dem Stichwort "Krieg und Frieden" realisiert.

Der Bezirk Tempelhof - Schöneberg weist weiterhin darauf hin, dass im Rahmen des Projektes „Migra“ Kinder unterschiedliche Kulturen erkunden, ein Jugendmuseum gegen Fremdenfeindlichkeit, für interkulturelle Begegnung und zum Abbau von Vorurteilen und Gewalt besteht und dass die Selbsthilfe und Integration von Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund gefördert wird. Eine gemeinsame Reise von deutschen und türkischen Jugendlichen in die Türkei zur Erweiterung des interkulturellen Verständnisses ist in Kooperation mit OUTREACH geplant.

Bezirksamt Treptow – Köpenick

**Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus
Treptow – Köpenick**

Auf BVV - Beschluss wurde das „Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Treptow – Köpenick“ im April 2000 gegründet. Der Anlass ist in der Einrichtung der Bundeszentrale der NPD in Treptow – Köpenick begründet.

Das Bündnis ist parteiübergreifend. Mitglieder sind Vertreter der Fraktionen der BVV, der BVV-Vorsteher und der Stellvertreter, Vertreter/innen aus Abteilungen und Ämtern des Bezirksamtes und des Landesschulamtes, Vereine aus den Bereichen der Bürgerinitiativen, der Integrationsarbeit, der Jugendarbeit und des Sports, des Bundes der Antifaschisten Treptow und des Bundes der Antifaschisten Köpenick, des Jugendbündnisses „Bunt statt Braun“, des Mobilen Beratungsteams, sowie Kirchenvertreter und engagierte Einzelpersonen. Das Bündnis steht unter der Schirmherrschaft des Bezirksbürgermeisters und die Geschäftsführung liegt bei der Ausländerbeauftragten.

Anliegen des Bündnisses ist es, eine breite Öffentlichkeit gegen rechtsextremistisches, fremdenfeindliches und rassistisches Gedankengut zu sensibilisieren und zum zivilgesellschaftlichen Engagement zu motivieren.

Kontakt:

Violetta Damjanowa; Bezirksamt Treptow - Köpenick,

Alt - Köpenick 21, 12555 Berlin

Postadresse: PF 910240, 12414 Berlin

Tel: (039) 6172 - 2211

Runder Tisch Johannisthal

Aufgrund einer Zunahme rechtsextremistischer Aktivitäten und Straftaten im Bezirk Treptow - Köpenick und dabei vornehmlich in Johannisthal hat sich im Februar 2004 ein Runder Tisch

konstituiert. Unter dem Vorsitz des Bezirksbürgermeisters finden dort regelmäßig Vertreter/innen sowohl der Politik, Verwaltung und Polizei als auch von Schule, Jugendarbeit, Vereinen, Initiativen und Bürger/innen zusammen, um gemeinsam konkrete Maßnahmen im Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu entwickeln, wie etwa Handlungskonzepte im öffentlichen Raum.

Frau Violetta Damjanowa; Bezirksamt Treptow – Köpenick
Alt - Köpenick 21, 12555 Berlin
Postadresse: PF 910240, 12414 Berlin
Tel: 6172 - 2211

Unabhängiges Jugendbündnis „BUNT statt BRAUN!“

„BUNT statt BRAUN!“ ist ein unabhängiger Zusammenschluss von verschiedenen öffentlichen und freien Projekten der Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk Treptow - Köpenick. Das Bündnis entstand Anfang des Jahres 2000, als die NPD ihre Bundesgeschäftsstelle nach Berlin - Köpenick verlegte und sich damit in unmittelbarer Nähe zu verschiedenen Gedenkort des antifaschistischen Widerstandes ansiedelte. Aus dem Bedürfnis heraus, Ängste und Ablehnung auch gegenüber den der Partei nahe stehenden rechtsextremen Jugendlichen öffentlichen Ausdruck zu verleihen, wurde das Jugendbündnis gegründet. Ziel ist, über ihre Ideologien, ihr Gedankengut und ihre Strukturen aufzuklären und für eine Gegenkultur zu werben: für ein vielfältiges, tolerantes, kulturvolles und demokratisches Zusammenleben. Es soll ein breites Klima der Ablehnung und der Auseinandersetzung mit rassistischen, ausländer- und frauenfeindlichen, militaristischen, antisemitischen und faschistischen Tendenzen geschaffen werden, durch gemeinsame Aktionen, Projekte und Veranstaltungen, aber auch ständig in der täglichen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Bunt statt braun
C/o Kreisjugendring Köpenick e.V./ HdJK
Seelenbinderstr. 54, 12555 Berlin,
Tel: (030) 652 04 83
E-mail: mail@hdjk.de
Internet: <http://www.hdjk.de>

Netzwerk für Integration von Migrant*innen Treptow – Köpenick

Das Netzwerk ist ein Zusammenschluss bezirklicher Akteure – Projekte, Vereine, Initiativen, Fachämter des Bezirksamtes, ehrenamtlicher Mitarbeiter u.a. – unter Leitung, einschließlich Geschäftsführung, der Ausländerbeauftragten des Bezirksamtes.

Ziele sind die effiziente Nutzung vorhandener Ressourcen und Kompetenzen, die Koordinierung von Angeboten aller Integrationsbereiche wie Sprache, Bildung, Berufstätigkeit und soziales Wohnumfeld sowie interkulturelle Veranstaltungen.

Zu den monatlichen Treffen des Netzwerkes werden Informationen von der Ausländerbeauftragten weitergegeben, Erfahrungen ausgetauscht und punktuell Kooperationen vereinbart.

Das Netzwerk bietet verschiedene Aktivitäten zur interkulturellen Verständigung an, unterstützt die Durchführung von Projekttagen an den Schulen und leistet Aufklärungsarbeit zum Abbau von Vorurteilen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Kontakt:
Violetta Damjanowa; Bezirksamt Treptow – Köpenick
Alt - Köpenick 21, 12555 Berlin
Postadresse: PF 910240, 12414 Berlin
Tel: 6172 - 2211

Interkultureller Garten in Treptow - Köpenick - „Wuhlegarten“

Gemeinsam mit der ISA - Indische Solidaritätsaktion e.V. und dem Bezirksamt (der Ausländerbeauftragten) hat der Förderverein im Rahmen des Agenda 21 - Prozesses im Bezirk Treptow - Köpenick den ersten interkulturellen Garten in Berlin geschaffen. Auf einem 4000 Quadratmeter großen, bezirkseigenen Grundstück ist eine Garten- und Grünanlage als Ort interkultureller Begegnung entstanden. Menschen aus Kasachstan, Vietnam, Ägypten, Russland, Afghanistan, Ukraine und Argentinien säen und pflanzen dort Kulturen aus ihrer Heimat an. Dabei lernen die Menschen nicht nur die Pflanzenwelt, sondern auch die Lebenswelt ihrer Nachbarn kennen. Dieses Projekt dient der Integration und Anerkennung von Migrant/innen und hilft ihnen eine neue Heimat zu finden. Es soll gleichzeitig der Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen Einstellungen und rechtsradikalem Gedankengut dienen, indem die Kenntnisse über fremde Kulturen sowie das Interesse und das Verständnis für die jeweiligen Religionen und Kulturen der bei uns im Bezirk ansässigen Bürger unterschiedlicher Nationalitäten vermittelt und erweitert werden.

Kontakt:

Förderverein Lokale Agenda 21; Alt – Köpenick 12, 12555, Tel: 656 75 61

Herr Ahmad; ISA e.V., Interkulturelle Begegnungsstätte, Rudower Chaussee 4, Haus 5, 12489 Berlin, Tel: (030) 6172-4956.

Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche

Die Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche ist Einrichtung des Bezirksamtes Treptow-Köpenick, Abteilung Bildung, Kultur und Schule, Fachbereich Heimatmuseen. In der Gedenkstätte informiert eine Dauerausstellung unter dem Titel „Köpenicker Blutwoche Juni 1933 – Eine Dokumentation“ über die SA-Terroraktion vom 21. bis 26.6.1933, über den bezirklichen Widerstand gegen das NS-Regime und die Strafverfolgung nach 1945. Angeboten werden Führungen durch die Ausstellung, Vorträge und Gesprächsrunden.¹

Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche

Puchanstraße 12

12555 Berlin

Ansprechpartner: Claus-Dieter Sprink

Tel. 6172 3351

Fax. 6172 3352

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR):

Seit Beginn des Jahres 2002 ist die MBR in Treptow - Köpenick tätig und berät dort seither Einzelpersonen, Jugendeinrichtungen, Schulen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke, Politik und Verwaltung. Die MBR erstellt Sozialraumanalysen und verfügt über umfangreiche lokale Problemaufrisse zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Treptow - Köpenick. Diese stellt die MBR den Akteuren zur Verfügung und entwickelt gemeinsam mit

¹ Während der Köpenicker Blutwoche wurden im Juni 1933 mehrere hundert politische Gegner von den Nationalsozialisten aus ihren Wohnungen geholt, in die SA-Lokale geschleppt und dort brutal misshandelt. Zahlreiche der Inhaftierten wurden im Verlauf dieser Ereignisse ermordet oder erlagen später ihren Verletzungen. Als Köpenicker Blutwoche ist das Geschehen in die Geschichte eingegangen.

ihnen vor Ort situationsbezogene Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Erscheinungen.

Kontakt:

Bianca Klose, Chausseestraße 29, 10115 Berlin

Tel: (030) 240 45 – 430;

e-mail info@mbr-berlin.de

Internet: www.mbr-berlin.de



Ausgewählte Projekte

Anne Frank Zentrum: Angebote für Schulklassen und Jugendgruppen am Hackeschen Markt

Das Anne Frank Zentrum ist die deutsche Partnerorganisation des Anne Frank Hauses, Amsterdam. Es setzt sich ein für eine vielfältige, demokratisch lebendige Gesellschaft und gegen Antisemitismus, Vorurteile und Diskriminierung. In der pädagogischen Arbeit des Anne Frank Zentrums geht es um die Verbindung von Geschichte und Gegenwart und um die Frage nach unserem Zusammenleben heute.

Am historischen Ort in der Rosenthaler Straße 39 bietet das Anne Frank Zentrum neben einer Dauerausstellung und zahlreichen Wechselausstellungen ein vielfältiges Angebot, vor allem für Kinder und Jugendliche, an. Alle Projekte stehen unter dem Motto „Jugendliche für Jugendliche“: Jugendgruppen und Schulklassen werden im Zentrum von jungen Menschen begleitet. Im Dialog zwischen den Teilnehmer/innen und den Begleiter/innen wird Geschichte vielfältig und lebendig vermittelt und das Gelernte mit eigenen, persönlichen Erfahrungen ergänzt. Das Anne Frank Zentrum arbeitet mit interaktiven Methoden und setzt in seiner Arbeit vielfältige neue Medien ein, wie etwa eine CD-ROM, Filme, Hörbeispiele oder das Internet.

„Anne Frank – eine Geschichte für heute“, ab 11 Jahren, Dauer: 2 Stunden

Kinder und Jugendliche informieren sich in der Dauerausstellung am Beispiel der Geschichte von Anne Frank und Ihrer Familie über die Zeit des Nationalsozialismus und den Holocaust. Um ein möglichst abwechslungsreiches Programm zu bieten, kommen viele verschiedene Methoden und auch Filme zum Einsatz. Die Jugendlichen entdecken die Ausstellung selbst und stellen sich gemeinsam die Frage nach der Bedeutung von Geschichte für unser Zusammenleben heute.

„Versteckt im Hinterhof“, ab 12 Jahren, Dauer: 2 Stunden

Diese Projektveranstaltung ist ein Angebot in Kooperation mit dem Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt. Die Jugendlichen lernen sowohl die Geschichte Anne Franks als auch jene des Bürstenfabrikanten Otto Weidt kennen, der in seiner Werkstatt in der Rosenthaler Straße 39 Juden vor der Deportation gerettet hatte. Die Geschichten fordern dazu auf, nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zu suchen. Zentrale Themen sind Helfen und Zivilcourage.

NEU: Projekttag, ab 12 Jahren, Dauer: 6 Stunden

Neben zweistündigen Projektveranstaltungen bietet das Anne Frank Zentrum auch Projekttag an. Alle Projekttag haben die Ausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für heute“ zum Ausgangspunkt. Darüber hinaus setzen sich die Jugendlichen schwerpunktmäßig mit Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auseinander. Die Projekttag zeigen Handlungsmöglichkeiten auf, im eigenen Lebensalltag gegen Vorurteile, Ausgrenzung und Diskriminierung aktiv zu werden.

Neben diesen festen Angeboten veranstaltet das Anne Frank Zentrum regelmäßig Lesungen, Zeitzeug/innen - Gespräche, Filmvorführungen oder Jugendwettbewerbe. Nähere Informationen dazu befinden sich auf der ständig aktualisierten Website: www.annefrank.de

Das Projekt wird gefördert durch den Beauftragten des Senats für Integration und Migration.

Öffnungszeiten:

Di - So: 12 - 20 Uhr (Mai - September); 10 - 18 Uhr (Oktober - April); Montag geschlossen
Termine für Gruppenprogramme nach Absprache.

Kontakt:

Anne Frank Zentrum
Rosenthaler Straße 39, 10178 Berlin
Tel: (030) 24048864
Fax: (030) 24048865
e-mail: ausstellung@annefrank.de

apabiz: „Kompetente Netzwerke gegen Rechts“

Seit über 10 Jahren bietet das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. („apabiz“) Informationen und Materialien zu Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus an. Grundlage dafür ist ein umfangreiches öffentlich zugängliches Archiv zu diesen Themen. Das apabiz verfügt über ein Netzwerk von Akteuren und hier hat das Archiv die Aufgabe, die gesammelten Informationen, Handlungsstrategien und das Know-how weiterzugeben. Schwerpunkt ist seit einigen Jahren die Aufklärung über rechte Jugendkulturen (Musik, Lifestyle, Strukturen) und die Förderung / Unterstützung von Initiativen nichtrechter Jugendlicher.

Bildungsangebote und -veranstaltungen zählen ebenfalls zur Aufgabe des apabiz. Sie richten sich vorrangig an Jugendliche und Multiplikator/innen. Die Referent/innen des apabiz sind in der Lehrer/innenfortbildung tätig, schulen Multiplikator/innen, führen Veranstaltungen für Schüler/innen in Schulen durch. Sie sind fachlich versiert und können gerade Jugendlichen den Zugang zur Thematik erleichtern. Das apabiz veranstaltet auch internationale Konferenzen, zuletzt „White Noise“ (Rechtsrock) im April 2000, mit Gästen aus ganz Europa und den USA. Auf nationalen und internationalen Konferenzen / Tagungen sind Mitarbeiter/innen des apabiz vertreten. Das apabiz ist Mitglied im internationalen Netzwerk „Antifa - net - antifascist network for research and action“ und im bundesweiten Netzwerk „Argumente - Netzwerk antirassistischer Bildung e.V.“.

Das apabiz betreibt eines der größten öffentlich zugänglichen Archive zum Thema und gibt Informationen, Wissen und Konzepte an Akteur/innen weiter. Das Projekt „Kompetente Netzwerke gegen Rechts“ wurde aufbauend auf dieser Netzwerkarbeit entwickelt.

Die in den letzten Jahren verstärkten Bemühungen rechtsextremer Organisationen und Netzwerke, vor allem Jugendliche über Musik und kulturelle Aktivitäten zu gewinnen, haben vielerorts erschreckend gut funktioniert. Gerade in den östlichen Bezirken Berlins konnte sich zum Teil eine Jugendkultur etablieren, der ein menschenverachtendes Weltbild zugrunde liegt - wenn auch nicht immer ideologisch gefestigt. Im Zuge der gesellschaftlichen Debatte, die den Sommer 2000 prägte, entstanden eine Vielzahl an Projekten, die dem Rechnung tragen. Zivilgesellschaftliches Engagement in Form von Bündnissen oder Jugendinitiativen sowie Bildungsprojekte und Initiativen arbeiten seither gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Die Bandbreite reicht von professionellen Einrichtungen bis hin zu Bündnissen, die zu einmaligen Anlässen zusammen arbeiten. Allen gemeinsam ist die Bereitschaft, extrem rechten, rassistischen oder antisemitischen Einstellungen und Erscheinungsformen entgegenzuwirken.

Notwendig ist dafür Wissen um die Funktionsweise rechtsextremer Organisationen und Bewegungen, um die dahinterstehende Ideologie und ihre Erscheinungsformen. Gerade die Antisemitismus - Diskussionen der letzten Monate zeigen, wie offen sich oftmals extrem rechter Stereotypen bedient wird. Diese erkennen und einordnen zu können, erfordert eine Auseinandersetzung mit dem Thema und die Fähigkeit, entsprechend darauf reagieren zu können.

Das apabitz möchte die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Initiativen verbessern und sie unterstützen, indem ihnen Wissen und Erfahrungen zur Verfügung gestellt werden. Das apabitz führt Schulungen für engagierte Akteure durch, erstellt Bildungsmaterial wie Broschüren und Referent/innen - Koffer und unterstützt jugendkulturelle Aktivitäten.

Das Projekt wird gefördert durch den Beauftragten des Senats für Integration und Migration.

Kontakt:

apabiz - antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.
Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin
Tel: (030)6116249
Fax: (030)6116249
e-mail: mail@apabiz.de
Internet: www.apabiz.de; www.turnitdown.de

Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus

Zu den beunruhigenden Erfahrungen nach der staatlichen Vereinigung Deutschlands gehören verstärkte rechtsextreme Aktivitäten und eine manifeste Fremdenfeindlichkeit.

Während die rechtsextremen Parteien in den letzten Jahren bei bundesweiten Wahlen keine Zugewinne verzeichnen konnten, haben neonazistische Zusammenschlüsse und die rechtsradikale Jugendkultur einen erhöhten Zulauf.

Eine Gefahr für das politische System der Bundesrepublik stellt der heutige Rechtsextremismus nicht dar. Die Beschimpfungen, Bedrohungen und die gewalttätigen Angriffe auf Fremde, darunter viele Migrant/innen, sind allerdings eine dauernde Gefahr für diesen Personenkreis. Zugleich sind die fremdenfeindlichen Attacken eine Bedrohung des friedlichen Zusammenlebens. Übergriffe gegen Minderheiten verletzen auch die Normen der Mehrheitsgesellschaft.

Die Forschungen der letzten zehn Jahre haben gezeigt, dass der überwiegende Teil der fremdenfeindlichen Gewalttätigkeiten von jungen Männern unter 25 Jahren begangen wird. Sie treten meist in Gruppen auf, deren Verhaltensstil durch eine Enttabuisierung, ja Ästhetisierung körperlicher Gewalttätigkeiten und minderheitenfeindliche Haltungen gekennzeichnet ist.

Die Szenen der rechtsradikalen Jugendkultur stellen sich über ihre Frisuren und ihre Kleidung, ihre Emblemik, Musik und andere Medien in die Tradition militanter und chauvinistischer politischer Bewegungen. Eine extreme Provokation stellen ihre Stilizitate des historischen Nationalsozialismus dar.

Die rechtsradikale Jugendkultur ist ein Übergangsfeld, das von typisch jugendkulturellem Verhalten und von politischen Aktivitäten gekennzeichnet ist. Die Überlagerung von Jugendkultur und politischem Extremismus kann zu ideologischen Radikalisierungen und zu unerwünschten Lernprozessen führen. Andererseits bieten aber die niedrigschwelligen Zugänge zu diesen Szenen auch Ansatzpunkte für Interventionen. Hier sind Elternhaus, Schule und Ausbildungseinrichtungen sowie die Kinder- und Jugendhilfe gefragt.

Die Arbeitsstelle unterstützt eine kontinuierliche und professionelle pädagogische Praxis mit Kindern und Jugendlichen. Ziel ihrer Arbeit ist es, jungen Menschen in offenen Milieus positive Erfahrungen eines zivilen Zusammenlebens und selbstbestimmter Bildungsprozesse zu ermöglichen.

Die Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus wurde 1999 gegründet. Mit der Arbeitsstelle hat das Zentrum für Antisemitismusforschung eine Transferstelle zwischen der politischen und pädagogischen Praxis und der wissenschaftlichen Praxis eingerichtet.

Die Arbeitsstelle

- informiert über Jugendgewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus
- berät bei der Konzeption, Planung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen
- führt eigene Fortbildungsveranstaltungen durch
- betreibt im Rahmen von Lokalstudien Forschungen zur Situation von Jugendlichen in Berlin und Brandenburg.

Zielgruppen der Arbeitsstelle sind öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe, Lehrkräfte und andere Pädagogen sowie Dienststellen der Bundesländer Berlin und Brandenburg.

Ansprechpartner: Dr. Michael Kohlstruck

Kontakt:

Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus
TU Berlin, TEL 9-1
Ernst-Reuter-Platz 7, 10587 Berlin
Tel.: (030)31425838, (030)31425851
Fax: (030)31421136
e-mail: Kohlstruck@zfa.kgw.tu-berlin.de

EXIT-Deutschland

Die Initiative EXIT - Deutschland – www.exit-deutschland wurde im Jahr 2000 gegründet. Sie ist Bestandteil der *stern* - Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“ und wird von der ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH – www.zentrum-demokratische-kultur.de getragen.

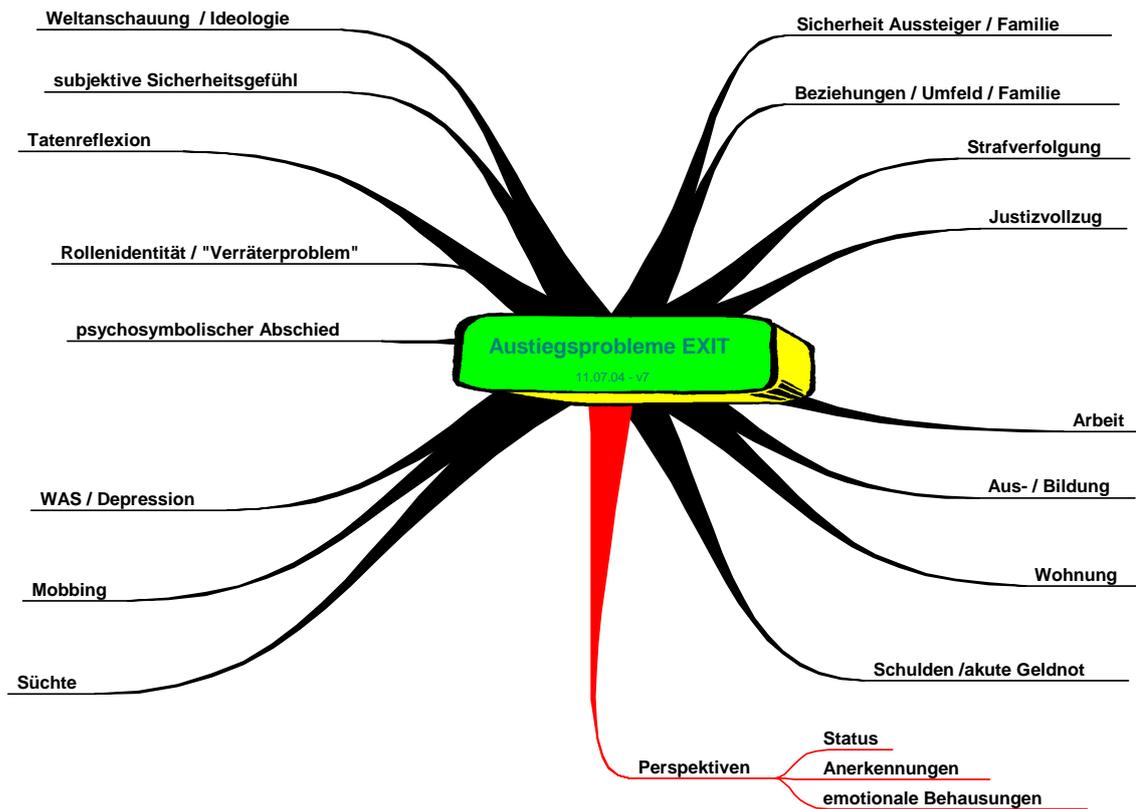
EXIT - Deutschland hilft Menschen, sich aus der Szene zu lösen und eine Perspektive jenseits des Rechtsextremismus zu gewinnen.

Dahinter steht der Gedanke, dass jede/r, die/der sich aus der rechtsextremen Szene löst, ein gesellschaftlicher Gewinn ist und ebenso einen Gewinn an persönlicher Freiheit erlangt.

Die rechtsextreme Szene gibt Niemanden widerstandslos frei! Deshalb ist es notwendig, die bisherige Lebenswelt zu verlassen und eine neue aufzubauen.

EXIT - Deutschland bietet keine ökonomische und soziale Absicherung für ehemalige Rechtsradikale an und schützt sie nicht vor strafrechtlicher Verfolgung.

Gearbeitet wird an folgenden Problemen:



Dabei versucht **EXIT - Deutschland** zu helfen, vermittelt Kontakte und leistet praktische Hilfe. Das Grundprinzip lautet: Hilfe zur Selbsthilfe.

EXIT - Deutschland hilft Eltern, Verwandten, Freunden, Schulen, Freizeiteinrichtungen etc. im Umgang mit rechtsextremen Ideologien und Verhaltensweisen.

Kontakt:

Telefon: +49 171 7136452, Fax: +49 30 24045309 oder 0121688866600

Postfach 040324, 10062 Berlin

e-mail: info@exit-deutschland.de

Spende: Amadeu Antonio Stiftung, Stichwort: Projekt EXIT, Deutsche Bank Heppenheim, BLZ 509 700 04,

Konto - Nr. 030331329, Konto - Nr. 0672 143 600

Gangway e.V. – Straßensozialarbeit in Berlin

Seit 1990 arbeiten Streetworkteams von Gangway e.V. auf den Straßen Berlins. In einer Vielzahl von Stadtteilen – Ost, West, Nord, Süd – richten sich unsere Angebote an Jugendliche, die sich im öffentlichen Raum aufhalten und die nicht von anderen Einrichtungen der Jugendhilfe erreicht werden (wollen). Die Adressat/innen unserer Arbeit sind Deutsche, Aussiedler, Migrant/innen (in erster, zweiter oder dritter Generation), jung, sehr jung, klug oder nicht so sehr, schulgebildet oder nicht, mit Arbeit, Wohnung und Eltern oder nicht. Ihnen allen aber ist gemeinsam, dass sie sich in persönlich sehr schwierigen Situationen befinden und außer den Streetworkern kaum jemanden haben, der sich ihrer Probleme annimmt.

Gerade junge Menschen in derart komplizierten Lebenssituationen sind dabei sehr anfällig für rechtsextreme Ideologien oder deren Versatzstücke. Deshalb werden wir nicht nur täglich mit diesen konfrontiert, oft genug sind wir auch die Einzigen, die eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Jugendlichen und ihren politischen Ansichten suchen und führen.

Doch unsere Arbeit geht darüber hinaus. Weit davon entfernt, die heranwachsenden Individuen auf ihre „politische Oberfläche“ zu reduzieren, arbeiten wir gemeinsam mit den Jugendlichen daran, ihre derzeitige Lebenssituation in ihrer Gesamtheit zu realisieren, zu reflektieren und Lösungen, Auswege oder neue Lebensentwürfe zu finden. Dabei bedienen wir uns der verschiedensten pädagogischen Mittel und Formen – von der Individualbetreuung bis zur Gruppenarbeit, von der Freizeitpädagogik bis zur politischen Bildung. Eine wichtige Rolle spielen dabei unsere Partner, deren Kompetenzen wir je nach Bedarf suchen und nutzen. Immer jedoch steht für uns im Mittelpunkt, dass wir mit jungen Leuten (und allen ihren Besonderheiten) arbeiten und nicht gegen sie.

Allerdings beachten wir dabei sehr wohl die Gefahr, die von rechtsextremen Gesellschaftskonzepten und ihren Verfechtern ausgeht. Denn nur allzu oft sind wir diejenigen, die mit diesen in direkter Konfrontation und Konkurrenz stehen. An uns ist es dann zu entscheiden, ob und wie weit eine Fortsetzung unserer Arbeit in bestimmten Umfeldern möglich und sinnvoll ist.

Dabei gilt für uns der Grundsatz, dass wir mit Jugendgruppen, deren Mitglieder in legaler oder illegaler Form organisiert sind, nicht arbeiten. Zu groß ist die Gefahr, dass die gut gemeinte Gruppenarbeit unter der Hand zum Kameradschaftsabend mutiert.

Allerdings ist es uns wichtig, bestimmte Formen von Kontakt zu den einzelnen Jugendlichen zu halten. Unser Angebot der Unterstützung bei konkreter Lebensbewältigung gilt unabhängig von der Erfüllung irgendwelcher Vorbedingungen. Weil wir grundsätzlich von der Veränderungsfähigkeit junger Menschen ausgehen, gehört diese „ausgestreckte Hand“ zu den Grundprinzipien der Arbeit unserer Streetworkteams. Wenn man nicht mehr weiter weiß, wendet man sich schließlich immer zunächst an Menschen, die man kennt und zu denen man ein gewisses Maß an Vertrauen hat. Die unterschiedlichsten Ausstiegsszenarien junger Menschen beweisen uns, dass sich dieser Weg lohnt.

Kontakt:

Näheres über die Arbeit der Streetworkteams von Gangway erfährt man über www.gangway.de, dort finden sich auch alle Informationen für diejenigen, die persönlich Kontakt aufnehmen möchten.

GLOBAL FATAL - SALAM BERLIN

Ein Kooperationsprojekt von *sabisa – performing change e.V.*, *Theater Pädagogische Aktionen* (TPA - A. Hartmann) und GRIPS Theater Berlin sowie Berliner Oberschulen

„GLOBAL FATAL?“ ist das Motto einer theaterpädagogischen Projektreihe in Berliner Schulen, die interkulturelle Themen aus der Lebens- und Erfahrungswelt von Kindern und Jugendlichen aufgreift und zugleich an aktuelle Produktionen des GRIPS Theaters anknüpft.

In diesem Rahmen wird mit dem Projekt „SALAM BERLIN“ die zunehmende Spannung zwischen arabischer und westlicher Welt thematisiert, die sich auch unter Jugendlichen an Berliner Schulen widerspiegelt. Vor dem Hintergrund der Terroranschläge in New York, dem Israel – Palästina - Konflikt und dem Irak - Krieg haben sich Vorurteile auf beiden Seiten zum Teil vertieft, wobei es zugleich schwieriger geworden ist, offen über die eigenen Erfahrungen und Gedanken zu sprechen. Ziel des Projektes ist es, einen Dialog anzustoßen, in dem es darum geht, die Sichtweise des jeweils anderen besser zu verstehen und vorgefasste Vorstellungen zu hinterfragen.

Zehn Theaterpädagog/innen setzen „SALAM BERLIN“ ab Herbst 2004 mit fünf Klassen der Sekundarstufe I um. Zentral sind dabei theaterpädagogische Methoden zur Förderung einer konstruktiven Bearbeitung kultureller Konflikte. Langfristig wird auch eine stärkere Integration muslimischer Jugendlicher erwartet.

Bei der gemeinsamen szenischen Arbeit stehen folgende Fragestellungen und praktische Übungen im Vordergrund:

Welche kulturellen Hintergründe haben die einzelnen Schüler/innen? Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten gibt es? Was wissen die Jugendlichen über den aktuellen Konflikt zwischen Israel und Palästina und seine historischen Hintergründe? Gibt es Bezugspunkte zur eigenen Biographie und worin liegen sie? Welche kulturellen Konflikte existieren in der Klasse, im unmittelbaren Umfeld der Schule, im Stadtteil? Welche Erfahrungen haben die Schüler/innen selbst gemacht? Welche kulturellen Unterschiede sind Projektion / Vorurteil / Verallgemeinerung? Welche Gemeinsamkeiten gibt es jenseits kultureller, religiöser oder politischer Differenzen? Welche Qualitäten verbinden Menschen wirklich miteinander, führen zu Freundschaften und gemeinsamen Aktivitäten? Was kann man voneinander lernen?

Am Projekt werden besonders Schulen aus Brennpunktgebieten beteiligt (Neukölln, Wedding, Schöneberg, Kreuzberg). Nach Möglichkeit wird auch eine Schule aus dem Ostteil der Stadt integriert, um einen Vergleich der Ansichten und Einstellungen mit einem Stadtteil zu ermöglichen, in dem vergleichsweise wenig Jugendliche mit arabischem beziehungsweise muslimischem Hintergrund leben, das Thema aber dennoch eine große Rolle spielt. Am Ende des Projekts ist ein gemeinsamer Aufführungstermin vorgesehen, an dem sich die Klassen aus den verschiedenen Schulen ihre Ergebnisse gegenseitig präsentieren und so miteinander in Austausch treten.

Das Projekt wird gefördert durch den Beauftragten des Senats für Integration und Migration.

Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen:

Meike Herminghausen, sabisa - performing change e.V.

Annette Hartmann, Theater Pädagogische Aktionen (TPA)

Philipp Harpain, GRIPS Theater

Kontakt:

sabisa – performing change e.V.

Meike Herminghausen

Manteuffelstr. 19, 10997 Berlin

Tel: (030) 61073106

e-mail: herminghausen@sabisa.de

Theater Pädagogische Aktionen (TPA)

Annette Hartmann

Eisvogelweg 12, 14169 Berlin

Tel: (030) 84721282

e-mail: tpa_a_hartmann@web.de

GRIPS Theater

Philipp Harpain

Altonaer Str. 22, 10557 Berlin

Tel: (030) 39747444

e-mail: philipp.harpain@grips-theater.de

Kurt – Tucholsky - Oberschule Pankow

Ende der 90er Jahre zeigten sich auch an der Kurt – Tucholsky - Oberschule rechtsextreme bzw. rechtsradikale Schüler/innen, so dass sich Kolleg/innen im „Standpunkte - Projekt – Erziehung für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ engagierten. Aus der verstärkten Beschäftigung mit dem Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wuchs daher in der Schule die Einsicht, dass intoleranten und rassistischen Weltbildern am ehesten zu begegnen ist, wenn Toleranz und Demokratie lebendige Werte des Schulalltags werden und Schüler/innen stärker als bisher an Entscheidungen beteiligt werden bzw. Eigenverantwortung übernehmen.

Das BLK - Modellprogramm „Demokratie lernen und leben“ mit seinen unterschiedlichen Modulen zum Unterricht, zum Projektlernen, zur Schule als Demokratie und in der Demokratie lieferte den Rahmen für ein solches Vorhaben an der Kurt – Tucholsky - Oberschule. Die Schulentwicklungsgruppe „Quo vadis, Tucholsky?“, bis dahin im „Sumpf des Alltags“ stecken geblieben, entwarf neue Elemente eines Schulprogramms, das dem Motto Max Frisch's verpflichtet ist - „Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen“. Lehrer und Schüler sind angetreten, Tucholskys Bemerkung - „Nun kann sich ja der Deutsche mit seiner universal ausgebildeten Phantasie alles vorstellen, nur keine wahre Demokratie des Alltags“ – endlich zu revidieren. Unterstützung und Hilfe bot dafür das Projekt: „hands across the campus“, ein vom AJC (American Jewish Committee) während der Bürgerrechtsbewegung in den USA entwickeltes Programm zur Toleranz- und Demokratieerziehung.

Die lebendige Auseinandersetzung mit dem Thema führte zum Engagement vieler, bisher kaum in Erscheinung getretener Schüler/innen in einer Projektgruppe, die sich um Veränderung in der Schule bemühten, indem sie im anschließenden Schuljahr eigene Projekte planten und durchführten: ein multikulturelles Fest gegen Fremdenfeindlichkeit, einen Tag zum „8. Mai 1945 - Befreiung oder Niederlage“ oder gar einen vollständig selbstständig organisierten Projekttag mit zahlreichen Berliner Initiativen für alle Schüler/innen der Schule.

Einen weiteren entscheidenden Impuls gab es in dem benannten Kontext zum Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), der wiederum von Schüler/innen ausging: Es wurden drei Stellen mit Hilfe eines Freien Trägers der Jugendhilfe aus dem Abiturjahrgang 2002/2003 installiert, um dem gemeinsamen Ziel der Aneignung von Erfahrungen mit Demokratie in einer Institution, die zunächst eher wenig demokratisch wahrgenommen wird, näher zu kommen.

Kontakt:

R.M. Großpietsch, Lehrer an der Kurt – Tucholsky - Oberschule Pankow
Neumannstraße 9-11, 13189 Berlin
e-mail: kurt-Tucholsky-Oberschule.cids@t-online.de
Internet: home.t-online.de/home/Kurt-Tucholsky-Oberschule.cids

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) begleitet und berät Berliner/innen, die in ihrem Wohn-, Arbeits-, oder sozialen Umfeld mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich dagegen engagieren möchten. Mit dem Ziel eines angstfreien, menschenrechtsorientierten Miteinanders unterstützt die MBR die demokratischen Kräfte in den Bezirken beim Aufbau nachhaltiger, lebendiger Strukturen und stärkt sie als eigenständige Akteure im Gemeinwesen.

Lösungen vor Ort gemeinsam entwickeln und umsetzen

Die MBR geht davon aus, dass adäquate Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Erscheinungsformen nicht vom Bürotisch aus, sondern mit den Menschen vor Ort entwickelt werden müssen. Deswegen praktiziert die MBR einen lokalen Ansatz: die Mitarbeiter begeben sich bei Anfragen zu den Menschen vor Ort, sei es in ihre Jugendeinrichtung, ihre Schule, ihr Wohnzimmer, das Büro oder den Initiativentreffpunkt. An Ort und Stelle, unter Berücksichtigung der lokalen Besonderheiten und Rahmenbedingungen sowie der örtlichen Ressourcen, erhalten die Akteure dann jene Unterstützung, um derentwillen sie sich an die MBR gewandt haben.

Das MBR - Prinzip: „Wahrnehmen – Deuten – Handeln“.

Wahrnehmen: Grundlage jeder Beratung ist eine genaue Analyse der lokalen Situation. Die Entwicklung von adäquaten Handlungsstrategien setzt immer die Klärung voraus, wie sich Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus zum Beispiel in der Einrichtung oder dem Sozialraum konkret darstellen. Durch einen Problemaufriss der MBR erhalten die Akteure eine solide Einschätzung und Hintergrundinformationen.

Deuten: Da vor allem der Rechtsextremismus sich inzwischen in Berlin in sehr unterschiedlichen Erscheinungsformen äußert, Rechtsextremisten häufig auf den ersten Blick nicht mehr als solche zu erkennen sind und sich auch deren Strategien im gesellschaftlichen Raum verändert haben, ist zu Beginn der mobilen Beratungstätigkeit häufig eine Kompetenzsteigerung bei den Engagierten notwendig. Die MBR sieht es als eine ihrer Aufgaben an, den Akteuren durch das Angebot von Fortbildungen und Diskussionsforen zu Erscheinungsformen und Strukturen des Rechtsextremismus jene Deutungsfähigkeit zu vermitteln, die für eine angemessene Einschätzung der lokalen Situation und gemeinsames Handeln unerlässlich ist. Darüber hinaus geht die MBR davon aus, dass auch bislang unbeteiligte Menschen durch eine entsprechende Problemsensibilisierung und ausreichende Kenntnisvermittlung für ein Engagement zu gewinnen sind.

Handeln: Von den Ergebnissen der jeweiligen Problemanalyse hängt die weitere Vorgehensweise ab. Gemeinsam mit Jugendeinrichtungen, Schulen, Initiativen, Gewerbetreibenden, Sportvereinen aber auch Einzelpersonen entwickelt die MBR realistische Möglichkeiten demokratischer Intervention. In diesen Prozess bringt die MBR ihre spezifischen analytischen Kompetenzen sowie bezirksübergreifenden Erfahrungen ein.

Bezirksweite Maßnahmen gegen Rechtsextremismus

Mit Beginn des Jahres 2004 wurde die akteurszentrierte und nachfrageorientierte Arbeit der MBR durch ein Vorgehen auf bezirklicher Ebene ergänzt. Hauptziel der „Begleitung und Sicherung bezirksbezogener Maßnahmen“ (BSBM) ist es, Aktionspläne und Kommunalanalysen in die Praxis umzusetzen und sie „mit Leben zu füllen“. Frühere Erfahrungen mit der Kommunalanalyse Hohenschönhausen (1999) hatten gezeigt, dass die durch eine solche Studie angestoßenen Prozesse ohne nachhaltige Begleitung erlahmen.

Deswegen begleitet und sichert die MBR im Auftrag des Beauftragten für Integration und Migration des Senats von Berlin Lokale Aktionspläne und Kommunalanalysen, die Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in den Bezirken analysieren und demokratische Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit diesen Erscheinungen aufzeigen. Diese Erweiterung ihres Aufgabenbereichs ermöglicht es der MBR über die fallorientierte Arbeit hinaus, bezirksweite Problemlagen zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu bearbeiten.

Im Jahr 2003 wurden im Auftrag der Landeskommision Berlin gegen Gewalt bereits „Lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie“ für die Bezirke Pankow und Lichtenberg erstellt und begleitet. Im Jahr 2004 wurden drei Kommunalanalysen zu demokratiegefährdenden Potenzialen in den Bezirken Treptow - Köpenick, Mitte und Marzahn - Hellersdorf veröffentlicht, die von dem Projekt Community Coaching erstellt und von der MBR begleitet wurden.

Nach Fertigstellung der Studien konzentriert sich die Arbeit der MBR darauf, die Ergebnisse der Studien den Menschen in den Bezirken und Sozialräumen bekannt zu machen und mit ihnen zu diskutieren. Kommunale Handlungsträger/innen werden vernetzt und gemeinsam die Handlungsstrategien, die in den Studien und Aktionsplänen vorgeschlagen wurden, präzisiert, weiterentwickelt und umgesetzt.

Ansprechpartnerin: Bianca Klose

Kontakt:

Chausseestr. 29, 10115 Berlin
Tel: (030) 24045430
Fax: (030) 24045319
e-mail: info@mbr-berlin.de
Internet: www.mbr-berlin.de

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) wird gefördert über das Bundesprogramm „CIVITAS – Initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ und das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Mobiles Beratungsteam „Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts“ der Stiftung SPI

Das Mobile Beratungsteam „Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts“ der Stiftung SPI will das Engagement und die Handlungsfähigkeit lokaler Akteure sowie der Zivilgesellschaft stärken: für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Kultur – gegen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung.

Rechtsextremismus ist kein Randphänomen. Deswegen versucht „Ostkreuz“ ein möglichst breites Spektrum von Akteur/innen zu erreichen, die Ansprechpartner/innen und Handelnde vor Ort sind.

Die Arbeit wendet sich vor allem an zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen, an Träger und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, Sozialarbeit und Jugendhilfe, Migrantenorganisationen sowie an Akteur/innen aus Schulen, Politik, Verwaltung und Polizei.

Ziel der Arbeit ist es, sozialraum- und / oder fachbezogen längerfristige Prozesse in Gang zu setzen und zu gestalten. „Ostkreuz“ nimmt dabei Bezug auf vorhandene Netzwerke, Initiativen und Ansätze und zielt auf die Förderung und Unterstützung von langfristigen, kooperativen Kommunikations-, Reflexions- und Arbeitsprozessen, die von den Akteur/innen selbst getragen werden.

Die Angebote von „Ostkreuz“ setzen niedrigschwellig an Alltagserfahrungen und den Handlungsmöglichkeiten der Adressat/innen an, beziehen sich auf den von ihnen artikulierten Bedarf, nehmen die Kompetenz der Adressat/innen als Expert/innen für ihr jeweiliges Tätigkeitsgebiet ernst, versuchen, vorhandene Ansätze zu erkennen und weiterzuentwickeln.

Zum Angebot gehören die Erstellung von Analysen und Arbeitsmaterialien, Fachinformationen, Workshops, Projektstage, Fortbildungen und Beratung, Unterstützung bei der Entwicklung von Handlungskonzepten, Begleitung von Informations- und Erfahrungsaustausch sowie der Zusammenarbeit lokaler Akteur/innen und Initiativen, Projekte und Netzwerke zu den Themengebieten „Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Minderheitenfeindlichkeit“, „interkulturelle Arbeit“, „Menschenrechte und Demokratieentwicklung“.

Ein spezielles Angebot von „Ostkreuz“ sind Trainings zur „Subversiven Verunsicherungspädagogik“. Nach dem am Forschungsschwerpunkt „Aggressive Lebenswelten“ der Fachhochschule Hamburg von Prof. E. Osborg für die Präventionsarbeit mit gewaltbereiten und rechtsradikalen Jugendlichen entwickelten Handlungskonzept, das rechtsradikales Gedankengut explizit als Gesprächs- und Diskussionsstoff in die Jugendarbeit einbezieht, müssen Handlungsprinzipien der Präventionsarbeit, wie das Setzen von Grenzen und die haltgebende Unterstützung des Individuums in persönlichen Krisensituationen und ggf. das konkrete Angebot von „Aussteigerprogrammen“ verknüpft werden, mit einer verunsichernden, z.T. auch provozierend

- konfrontierenden Verwicklung in Auseinandersetzungen mit den Widersprüchen ihrer Ideologie. Ziel dieser Provokation ist zunächst die Selbstoffenbarung des Denkens und Fühlens, die sich nicht nur im Inneren des/der Jugendlichen abspielen soll, sondern mit Hilfe eines speziellen methodischen Vorgehens in den Diskurs mit den Pädagog/innen einbezogen werden.

Kontakt:

Stiftung SPI/MBT Ostkreuz - Netzwerke gegen Rechts

Schönhauser Allee 73, 10437 Berlin

Tel: (030) 41725628

Fax: (030) 41725630

e-mail: ostkreuz@stiftung-spi.de

Internet: www.stiftung-spi.de

Netzwerkstelle [moskito] der Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH

Die Netzwerkstelle [moskito] der Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH bietet für interessierte Bürger/innen, Multiplikator/innen, Einrichtungen freier und öffentlicher Träger Serviceangebote wie z.B. die Vermittlung von Zeitzeug/innen und Referent/innen, die Vermittlung und Entwicklung von Fortbildungsprogrammen oder die Erstberatung von Institutionen wie Schulen oder Jugendfreizeiteinrichtungen an. Darüber hinaus bestehen Möglichkeiten der Vermittlung an weiterführende Institutionen z.B. Opferberatung, interkulturelle Kontaktstelle usw.. Inhaltlicher Schwerpunkt ist dabei die Vernetzungsarbeit unterschiedlicher Institutionen im Bezirk Pankow von Berlin und deren Zusammenwirken als Gegenstrategie zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierungen. Zurzeit besteht ein Kooperationsvertrag zwischen dem Bezirksamt Pankow von Berlin, der Netzwerkstelle [moskito] und der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus der RAA zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans Pankow für Demokratie und Toleranz, deren Entwicklung die Landeskommission Berlin gegen Gewalt in Kooperation mit dem Bezirk in Auftrag gegeben hatte. Die Netzwerkstelle [moskito] wird gefördert aus dem Bundesprogramm Civitas und Eigenmitteln des Trägers. [moskito] unterstützt insbesondere Netzwerkstrukturen im Bezirk u.a. den Rat für Migrant/innen Pankow und das Netzwerk Nordost gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt.

Der Bezirk Pankow von Berlin hat mit der Arbeitsgemeinschaft Aktionsplan, bestehend aus der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus der RAA e.V. und der Netzwerkstelle [moskito], Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH, einen Vertrag über die Umsetzung von einzelnen Handlungsempfehlungen aus dem "Lokalen Aktionsplan Pankow > Für Demokratie und Toleranz - Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus<" geschlossen.

In 2004 standen exemplarisch drei Arbeitsfelder - Öffentlicher Raum / Sicherheit, Sport und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung - als Schwerpunkte der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zur Förderung von Demokratie und Toleranz im Mittelpunkt. Sie dienen als Anstoß und Motivation für einzelne Gruppen, langfristig an den Themen zu arbeiten. Die folgenden Beispiele sollen kurz beschreiben, welche konkreten Schritte in 2004 unternommen wurden. Die Beispiele zeigen deutlich, dass alle Aktivitäten mit den unterschiedlichen Akteuren vernetzt, kooperativ und gemeinsam entwickelt wurden.

Öffentlicher Raum / Sicherheit

Die oben genannten Träger erarbeiteten mit der Opferberatungsstelle Reach Out einen Erhebungsbogen, um in Pankow rassistische, antisemitische, rechtsextreme und auch sonstige diskriminierende Handlungen zu dokumentieren. Dieser Erhebungsbogen wurde im dritten und

vierten Quartal 2004 an unterschiedliche Einrichtungen der Jugendhilfe und der sozialen Arbeit, an zivilgesellschaftliche Akteure usw. verteilt. Es ist vorgesehen, dass die Netzwerkstelle [moskito] die Erhebungsbögen sammelt, die gesammelten Daten auswertet und sie für den jährlichen Bericht der Opferberatung zur Verfügung stellt.

Durch die Einführung des Erhebungsbogens an den unterschiedlichen Ort im Gemeinwesen findet eine Sensibilisierung von Multiplikator/innen in den genannten Bereichen statt, die über die Themen Rassismus, Antisemitismus sowie Rechtsextremismus die unterschiedlichen Formen von Diskriminierung ebenfalls berücksichtigt. Eine erste Auswertung über die Ergebnisse der Einführung ist für Sommer 2005 geplant.

Sport

Im Sport lag ein Schwerpunkt bei der Unterstützung antirassistischer und interkultureller Sportfeste. Darüber hinaus wurde gemeinsam mit der Verwaltung des Bezirksamtes der Versuch unternommen, die Platz- und Nutzungsordnung für die Sportstätten dahingehend zu verändern, dass bei rassistischen und rechtsextremistischen Veranstaltungen Nutzer/innen durch die Hallen- und Platzwarte unverzüglich ein Hallen- und Platzverbot ausgesprochen wird.

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

In Abstimmung zwischen dem Amt für Bürgerdienste, dem Rat für Migrant/innen Pankow und den genannten Trägern (s.o.) entstand erstmals ein Verwaltungswegweiser, der die wichtigsten Dienstleistungen des Bezirksamtes Pankow in Berlin enthält. Dieser beschränkt sich nicht wie üblicherweise auf die Adressen und Telefonnummern der einzelnen Ämter, sondern beschreibt in Stichworten die Leistungen. Die Broschüre erscheint im Dezember 2004 vorerst in vier Sprachen (deutsch, englisch, russisch, serbokroatisch). Eine Auflage in weiteren Sprachen ist geplant. Dieser Wegweiser wird darüber hinaus auf der Homepage des Bezirksamtes in den unterschiedlichen Sprachen zur Verfügung stehen und abrufbar sein.

Die Aktivitäten werden zum Teil mit neuen und bereits vorhandenen Schwerpunkten in 2005 fortgesetzt werden.

Ansprechpartner/innen Annika Eckel und Torsten Wischnewski.

Kontakt:

Die Netzwerkstelle [moskito] der Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH
Fehrbelliner Str. 92 im Stadtteilzentrum Prenzlauer Berg, 10119 Berlin
Tel: (030) 4437179
e-mail: moskito@pfefferwerk.de.

Die MBR der RAA e.V.
Tel: (030) 24045430
e-mail: info@mbr-berlin.de

Reach Out-Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Berlin

Was ist ReachOut?

ReachOut berät und unterstützt Opfer und Zeug/innen rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe und Bedrohungen in Berlin. Neben der Beratungsarbeit werden Workshops, Vorträge,

Veranstaltungen und Fortbildungen angeboten. Grundsätzlich steht die Situation und die Perspektive der Betroffenen im Zentrum der Arbeit.

Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe beraten und unterstützen - Was heißt das?

Die Beratungsarbeit basiert auf dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“. Das Angebot ist partei-lich, unentgeltlich, auf Freiwilligkeit und Vertrauen beruhend und auf Wunsch anonym. Die Beratung umfasst sowohl rechtliche und psychosoziale Hilfestellungen als auch die Aufklärung über finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für die Opfer, deren Angehörige und Freund/innen. Das Team begleitet die Betroffenen bei Bedarf zur Polizei, zu Ärzt/innen, An-wält/innen und zum Gericht.

Das Ausmaß rassistischer, rechter, antisemitischer Gewalt recherchieren und erfassen

Neben der Beratungsarbeit, ist die kontinuierliche Recherche von Polizeiberichten, Zeitungs-meldungen und Internetseiten über Angriffe, die einen rechten, rassistischen oder antisemiti-schen Hintergrund haben könnten, von ausschlaggebender Bedeutung.

Um das Ausmaß und die Angriffsorte bezüglich rechter, rassistischer und antisemitischer Ge-walt zu erfassen, erstellt ReachOut für Berlin eine Chronologie, die im Internet veröffentlicht wird. Diese Auflistung wird durch die Arbeit von lokalen Initiativen erleichtert.

Die Opfer in den Blickpunkt rücken – Lokale Intervention und Öffentlichkeitsarbeit

ReachOut wendet sich an Medienvertreter/innen und Multiplikator/innen, an bezirkliche Ein-richtungen und Basisgruppen, um über erfolgte Angriffe zu informieren und um die Stärkung basisdemokratischer Strukturen gegen Rechtsextremismus und die Selbstorganisation von (po-tentiellen) Opfern zu erreichen. Wo es zu Angriffen oder Diskriminierungen kommen konnte, wird interveniert und präventiv gearbeitet. In Kooperation mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) und einer Vielzahl von lokalen Initiativen, Beratungsprojekten, Politiker/innen und Institutionen soll eine größere Sensibilisierung und Solidarisierung mit den Betroffenen und gegen Rechtsextremismus und Rassismus erreicht werden. Denn neben den physischen und psychischen Auswirkungen eines Angriffs wird uns immer wieder berichtet, dass die Gleichgültigkeit, das Wegsehen oder gar die Zustimmung von unbeteiligten Pas-sant/innen die Opfer in ähnlicher Weise trifft, wie der Angriff selbst.

Präventiv wirken – Die Bildungsarbeit

Es gibt eine Vielzahl von Bildungsangeboten in Berlin, die sich auf die Thematisierung von Rassismus, Rechtsextremismus, antirassistische Arbeit etc. beziehen. Deshalb kann sich Rea-chOut auf die Situation der Opfer konzentrieren, auf die Folgen eines Angriffes und Möglich-keiten der Intervention.

In enger Kooperation mit dem Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB) werden Seminare und Workshops konzipiert und angeboten.

Außerdem organisiert ReachOut Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu Möglich-keiten der Unterstützung von Opfern.

Im Vordergrund der Bildungsarbeit stehen Fragen, die

- sich auf die Situation und Rolle der Opfer beziehen,
- die persönliche Involviertheit von Berater/innen problematisieren und aufarbeiten,
- sich auf ReachOut als mögliches Modell für demokratisches Handeln beziehen und Anre-gungen für neue Initiativen geben sowie
- auf eine dauerhafte Arbeitsbeziehung hinwirken, um Projektideen für Projekttag, Aktionen etc. zu verwirklichen.

Die Arbeitsschwerpunkte von ReachOut sind eng miteinander verzahnt. So ergeben sich aus der Beratung der Opfer neue Kooperationen in den Berliner Bezirken. Vorhandene Bildungsangebote werden bedarfsgerecht weiterentwickelt. Andererseits erfahren Menschen, die angegriffen wurden, im Rahmen von Podiumsdiskussionen, Workshops etc. von ReachOut, gewinnen Vertrauen und wenden sich an das Projekt.

ReachOut wird gefördert über das Bundesprogramm „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ und das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Mit Ihren Spenden können Sie die Arbeit von ReachOut und somit die Opfer unterstützen:
ARIBA e.V./ReachOut, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 10020500, Konto - Nr.: 3244801
Spenden sind steuerabzugsfähig.

Ansprechpartner/innen:
Helga Seyb, Biplab Basu

Kontakt:

Reach Out
Oranienstr. 159, 10969 Berlin Kreuzberg
Nähe U8, Moritzplatz
Tel: (030)69568339/-344
Fax: (030)69568346
e-mail: info@reachoutberlin.de
Internet: www.reachoutberlin.de

Fallbeispiel „Wenn es Sie nicht gäbe, wäre ich zurück in den Iran gegangen“

Aus Fremdenhass: Türke und Iraner attackiert

In zwei Fällen wurden am Wochenende Ausländer aus Fremdenhass beschimpft und geschlagen. Ein 24-jähriger Iraner wurde Sonntag früh 5.20 Uhr von vier Unbekannten am S - Bahnhof Baumschulenweg in Treptow zunächst beschimpft und anschließend von zwei Männern geschlagen und getreten. Der Angestellte einer Bäckerei, der gerade Ware entlud, verlor dabei kurzzeitig das Bewusstsein. Er wurde am Kopf und an der Hand verletzt. Der polizeiliche Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen, die Täter wurden noch nicht gefasst. (...)“

Aus: Der Tagesspiegel vom 8.09.2003

Diese Meldung lasen wir im Rahmen unserer täglichen Recherchen am 8. September 2003. Es gelang uns, Kontakt mit dem Opfer aufzunehmen und einen Beratungstermin zu vereinbaren. Er erzählte uns seine Geschichte:

Abbas P. ist Student in Potsdam und arbeitet seit zwei Jahren in einer Filiale der Firma „Le Crobag GmbH und Co KG“.

Am 7. September morgens gegen 5.30 Uhr ist er mit der Vorbereitung zur Ladenöffnung am S - Bahnhof Baumschulenweg beschäftigt. Dazu muss er Waren aus dem Lager in den Laden bringen. Er bemerkt einige junge Männer, die mit Flaschen in der Hand randalieren. Die Männer pöbeln ihn an: „Wann macht ihr auf?“ und umkreisen ihn schließlich. Einer der Männer schlägt mit der Faust auf einen der Kartons, die Abbas P. gerade geholt hat. Er wird beschimpft und beleidigt: „Scheißausländer, was macht ihr hier. Wir machen Dich fertig“. Die Angreifer schlagen ihn zusammen und drohen, wieder zu kommen und ihn zu töten.

Obwohl Abbas P. mehrere Leute um sich wahrnimmt, die nicht zu den Schlägern gehören, hilft ihm niemand. Niemand ruft die Polizei. Es gelingt ihm mit letzter Kraft, sich in den Laden zu retten und selbst die Polizei anzurufen. Dann wird er bewusstlos. Als er wieder zu sich kommt, ist die Polizei anwesend und fragt ihn zuerst nach seinem Ausweis.

Als dann auch der BGS eintrifft, wird endlich ein Rettungswagen angefordert und Abbas P. ins Krankenhaus gebracht. Die Diagnose: Eine Gehirnerschütterung und Hämatome am ganzen Körper.

Die Tatsache, dass „ganz normale Leute“ bei diesem Angriff zugeschaut haben, ohne ihn zu unterstützen oder wenigstens die Polizei zu rufen, hat Abbas P. sehr verunsichert. Die Jugendlichen seien zwar auf den ersten Blick nicht als Rechte zu erkennen gewesen. Aber er habe die Arbeitskleidung von dem Backshop getragen und deshalb sei deutlich gewesen, dass es sich nicht um eine „normale“ Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen handeln könne, erzählt Abbas P..

Aufgrund des Angriffs wird er krankgeschrieben. Der Arbeitgeber verweigert ihm die Lohnfortzahlung. Seiner Bitte, ihn in eine andere Filiale in Berlin zu versetzen, wird nicht entsprochen. Die einzige Alternative, die ihm geboten wird, ist ein Laden am S - Bahnhof in Schöneweide. Doch auch dieser Bahnhof ist seit langem bekannt dafür, dass es dort immer wieder zu rechtsextrem motivierten Angriffen und Bedrohungen kommt.

Wegen des Überfalls und den gesundheitlichen Folgen konnte Abbas P. ein Praktikum, das er für sein Studium verpflichtend benötigt, nicht antreten. Dieses Praktikum wird nur einmal im Jahr angeboten. Das bedeutet, dass er länger als geplant studieren muss. Sein Professor in Potsdam erklärte ihm, das sei sein Problem.

Weil die Täter so normal aussahen, fühlt er sich nun überall unsicher und hat Angst, dass sich ein Angriff jederzeit wiederholen könnte. Die Täter wurden bisher nicht gefasst.

Abbas P. will sich wehren. Wehren gegen die Täter und gegen die Methoden seines Arbeitgebers und er will, dass die Öffentlichkeit von dem Angriff und den Folgen erfährt.

ReachOut nimmt Kontakt mit Medienvertreter/innen auf und begleitet ihn bei den Presseterminen. Abbas P. gibt ein Radiointerview und ein Artikel erscheint.

Wir informieren Abbas P. darüber, wie und über welche Organisationen er finanzielle Unterstützung bekommen kann. Gleichzeitig empfehlen wir ihm eine Rechtsanwältin, die ihn in dem anstehenden Strafverfahren vertritt und die Nebenklage beantragt.

Nach mehreren Beratungsgesprächen und einem Gespräch mit einer Psychologin fühlt sich Abbas P. in der Lage, seinen Alltag wieder in die Hand zu nehmen.

Schließlich gelingt es ihm Ende 2003 mit Hilfe eines Rechtsanwaltes, die ihm zustehende Lohnfortzahlung während seiner Krankheit von seinem ehemaligen Arbeitgeber zu erstreiten.

Aber er sagte auch: „Wenn ReachOut nicht gewesen wäre, wäre ich längst in den Iran zurückgegangen.“

Nachtrag: Die polizeilichen Ermittlungen nach den Tätern dauern bis heute an.
Berlin, im August 2004

Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage

Die Idee von „Schule OHNE Rassismus“ wurde 1988 von Schüler/innen und Jugendarbeiter/innen in Belgien entwickelt. Sie wollten auf diese Weise aktiv gegen Diskriminierung und Rassismus eintreten. Das Projekt war so erfolgreich, dass es 1992 als School Zonder Racisme in den Niederlanden eingeführt und 1995 von AKTIONCOURAGE e.V. in Deutschland initiiert wurde. Auch in Österreich und in Spanien gibt es mittlerweile „Schulen OHNE Rassismus“.

Europaweit sind bereits mehr als 600 Schulen ausgezeichnet worden, bundesweit 210 Schulen (Stand: August 2004), verteilt auf fast alle Bundesländer. Derzeit arbeitet das Projekt vor allem daran, den Gedanken von „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“ in den neuen Bundesländern zu verbreiten.

Seit Ende 2000 ist Sanem Kleff (Vorstandsmitglied bei AKTIONCOURAGE e.V.) Leiterin des Bundesprojektes. Die Erweiterung des Titels in „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“ soll die aktive Rolle der Beteiligten stärker hervorheben. 2001 wurde die Bundeskoordination des Projektes von Bonn nach Berlin verlegt.

Die Ziele

- Sensibilisierung von Schüler/innen für alle Formen von Diskriminierung und Rassismus
- Förderung des Engagements von Schüler/innen gegen Diskriminierung und für Integration und Chancengleichheit
- Förderung humaner und demokratischer Denk- und Handlungsmuster bei Schüler/innen
- Qualifizierung von Schüler/innen und Lehrer/innen
- Nachhaltiger Abbau von Rassismus, Diskriminierung und Gewalt in unserer Gesellschaft

Wie wird man eine Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage?

Schüler/innen erhalten von der Bundeskoordination mit der „Start-Info“ das Angebot, für ihre Schule den Titel „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“ zu erlangen.

Hierzu müssen sich mindestens 70 Prozent aller Schulseitigen (Schüler/innen, Lehrer/innen und andere Schulbedienstete) durch ihre Unterschrift zu den Grundsätzen von „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“ bekennen. Damit erklären sie, sich langfristig mit Aktionen und Projekten an ihrer Schule gegen Gewalt, Diskriminierung und Rassismus zu engagieren. Gleichzeitig suchen sich die Schüler/innen eine prominente Persönlichkeit, die die Patenschaft übernimmt. Die Unterschriften werden bei der Bundeskoordination eingereicht. Im Gegenzug verleiht die Bundeskoordination der Schule dann in einem Festakt den Titel „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“.

Die ausgezeichneten Schulen sind damit Teil des europäischen Netzwerkes, das sich in regelmäßigen Abständen bei Schüler/innentreffen auf Bundesebene und europäischer Ebene trifft und austauscht.

Das Netzwerk

Die Schüler/innen werden bei ihren Aktivitäten von einem Kooperationsnetz unterstützt. Dieses besteht aus der Bundeskoordination, den Landeskoordinationen sowie aus regionalen und überregionalen Kooperationspartnern. Hierzu gehören zivilgesellschaftliche Gruppen, Organisationen der Jugendarbeit, NGO's, Landesverbände der GEW und staatliche Stellen wie die Landeszentralen für politische Bildung.

Das Kooperationsnetz bietet Beratung und Information für Schüler/innen, aber auch für Pädagog/innen und Multiplikator/innen an.

Besonderheiten

„Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“ ist ein Projekt von unten, das aus den Reihen der Schüler/innen kommt. Die Entwicklung der Aktionsideen und deren Umsetzung erfolgt in ihrer eigenen Initiative, wobei sie nach Möglichkeit mit den Lehrer/innen kooperieren.

Durch die handlungsorientierte Ausrichtung des Projektes wird Sach- und Fachwissen nicht nur intellektuell vermittelt, sondern mit sozialer und praktischer Erfahrung verknüpft. Die Schüler/innen erlernen so wichtige Schlüsselqualifikationen für ihren künftigen beruflichen Werdegang und ihre Rolle als mündige Bürgerinnen und Bürger. Hierzu gehören nicht nur vordergrün-

dig interkulturelle Kompetenz, Demokratiebewusstsein und gesellschaftliches Teilhaben, sondern auch selbständiges Planen und Umsetzen von Projektideen mit einhergehender fachlicher Qualifizierung je nach Projektart (z.B. Internet, Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentation, Management, Kunst, Menschenrechte) sowie Arbeiten im Team und innerhalb eines Kooperationsnetzes.

Auszeichnungen

Das Projekt wurde bereits mit zahlreichen Auszeichnungen gewürdigt. So erhielt es den Jugendkulturpreis NRW (1996 und 1998), den Förderpreis „Demokratie leben“ des Deutschen Bundestages (1997 und 1999), den Aachener Friedenspreis (1997), den Civis-Preis des WDR Köln (1997), den Heinrich-Bußman-Preis der SPD Lünen (1997), die Buber-Rosenzweig-Medaille vom Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (2001) und den Preis „Botschafter der Toleranz“ vom Bündnis für Demokratie und Toleranz (2004).

Kontakt:

Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage
Bundeskoordination
Ahornstr. 5, 10787 Berlin
Tel.: (030)2145860
Fax : (030)2145820
e-mail: schule@aktioncourage.org
Internet: www.aktioncourage.org

SportJugendClub Lichtenberg Projekt „Sport und Jugendsozialarbeit gegen Gewalt“

Der Sportjugendclub (SJC) ist eine kombinierte Jugend-, Sport- und Jugendsozialeinrichtung gegen Gewalt. Dieses Projekt des freien Trägers Sportjugend Berlin gibt es seit 1991. Das Wirkungsgebiet des SJC ist das Gebiet um den Bahnhof Lichtenberg und die Weitlingstraße. Dieses Gebiet ist ein Konzentrationspunkt rechter Szenen in Berlin.

Das Projekt hat in Lichtenberg einen festen Platz in der Antigewaltarbeit, insbesondere in der Auseinandersetzung mit der Gewaltbereitschaft rechter Jugendlicher.

Die zielgruppenorientierte Arbeit des Projektteams versucht gewaltbereite und ausländerfeindliche Jugendliche an sinnvolle Freizeitaktivitäten zu binden und durch Bildungsveranstaltungen und Bildungsurlaube auf ihr Interesse für Ereignisse, Personen und Zeitzeugnisse des Nationalsozialismus einzugehen.

Folgende Angebotsstruktur steht zur Verfügung:

- Clubarbeit im SJC: offene Räume für Cliquentreffs, Musik, Fernsehen, Videoschnittplatz, Küche, Fotolabor.
- Alltags-, Krisen- und Konflikthilfe: Hilfe auf Ämtern, Arbeitsbeschaffung, Hilfe bei Konflikten in Familie, Schule und Ausbildung, Jugendberatung, Beratung bei Partnerschaftskonflikten.
- Betreuung straffälliger Jugendlicher: Übernahme richterlicher Betreuungsweisungen, Organisation von Freizeitarbeiten, Begleitung zum Gericht, Hilfe bei der Bewältigung der Konsequenzen von Strafverfahren.
- Bildungsmaßnahmen: einwöchiger Bildungsurlaub, differenzierte Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu jugendrelevanten Themen wie z.B. Gewalt durch Jugendliche, Rechtsradikalismus, Straffälligkeit etc.

- Sport im SJC: Fitnesstraining, Tischtennis, Dart, Beteiligung an Sportturnieren und Veranstaltungen, Kicker.
- Sport in anderen Einrichtungen: Fußball, Basketball, Volleyball, Squash mehrmals wöchentlich in fest gebundenen Schulsporthallen bzw. in anderen Einrichtungen
- Ferien und Wochenendreisen: Auslandsreisen, Zeltcamps, Fahrradtouren
- Abenteuer- und Erlebnissport: Wasserfahrtsport und Surfen, Segeln auf Großseglern, Reiten, Bergsteigen, Fliegerlager und Ultraleichtfliegen.

Der besondere Ansatz einer sportbezogenen Jugendarbeit hat einen eigenen Stellenwert. Sportliche Aktivitäten werden für unsere Zielgruppe als Erfolg versprechende Strategie eingeschätzt, da körperbetonte Aktionsstile bis hin zur Gewalttätigkeit eine große Rolle spielen und das Medium Sport besonders attraktive alternativkulturelle Potenzen für gewaltfixierte Handlungsstile bietet.

Öffnungszeiten:

Mo, Di, Mi	11-21 Uhr
Do	11-22 Uhr
Fr	11-18 Uhr
Sa, So	speziell geplante Aktivitäten

Projektleiter: Dr. Peter Steger

Kontakt:

SportJugendClub Lichtenberg
Frankfurter Allee 276, 10317 Berlin
Tel/Fax: 52 51 011
e-mail: sjc-liberg@gmx.de

Standpunkte - Erziehung für die Demokratie - gegen Rechtsextremismus Ein Projekt aus den Bereichen Schule, Politik und Wirtschaft

Das Projekt „Standpunkte“ wurde im Januar 2001 von 46 Berliner Lehrkräften gegründet. Grundlage bildete die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Vorfällen an den Schulen und die Erkenntnis, dass kurzfristige Fortbildungen durch externe Fachkräfte zum Thema Rechtsextremismus und Antisemitismus nur in geringem Maß nachhaltige Effekte an den Schulen erzielen.

Es ist wichtig Lehrkräfte über Symbole, KleidungsCodes und Vorstellungswelten rechtsextremer Schüler aufzuklären, aber um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen, sollte eine Verbindung vorhanden sein zwischen Fortbildungsmaßnahmen und demokratischer Schulentwicklung, im Sinne eines nachhaltigen Bewusstseins-, Klima- oder gar Strukturwechsels in der Schule. Dafür bedarf es eines spezifischen Unterstützungssystems in Form der Standpunktpädagogen.

Die Ausbildung der dafür vorgesehenen Lehrkräfte wurde im Jahre 2001 eingeleitet durch einen zwölfteiligen Qualifizierungslehrgang, organisiert vom LISUM, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der RAA Berlin. Die gesamte Fortbildungsreihe war in drei Blöcke gegliedert. Zunächst wurden die Teilnehmenden mit grundlegenden Erscheinungsformen, Entwicklungen und Ursachen des Rechtsextremismus vertraut gemacht. In einer zweiten Phase setzten sich die Lehrkräfte dann mit konkreten Handlungsoptionen im schulischen Kontext und interkulturellen Fragen auseinander. In der dritten Phase standen beispielhafte Vorschläge für Unterricht, Schule und Schulumfeld im Vordergrund. An diesem Seminar nahmen 60 Berliner Lehrkräfte teil.

Als Ergebnis des Seminars waren die Lehrkräfte befähigt, rechtsextreme Bestrebungen zu analysieren, sich in Diskussionen und bei Vorfällen zu positionieren und methodisch-didaktisch auch zu reagieren. Die strukturelle Neuerung konnte aber erst erreicht werden in der intensiven Zusammenarbeit mit der Schulverwaltung und dem Berliner Abgeordnetenhaus. Hier wurde das

Projekt sowohl im Schulausschuss als auch im Plenum von wichtigen politischen Entscheidungsträgern, insbesondere dem Schulsenator, unterstützt.

Ein Ergebnis dieser Unterstützung war die Bereitschaft des Landesinstituts für Schule und Medien (LISUM) nach einem Bewerbungsverfahren aus der Gruppe der qualifizierten 60 Lehrkräfte, 12 Lehrkräfte als Standpunktpädagogen mit wöchentlich zwei Ermäßigungsstunden für diese Arbeit freizustellen.

Diese zwölf Standpunktpädagogen erhielten von März bis Dezember 2002 eine zweite Phase der Ausbildung. Diese Fortbildung wurde einem externen Träger, dem Institut für Personenzentrierte Kommunikation (IPZ) in Berlin Steglitz, übergeben. Die finanziellen Mittel für die Ausbildung stellte die Schering AG zur Verfügung. Diese zweite Ausbildungsphase umfasste mehrere Schwerpunkte u.a.:

- den Erwerb von Beratungs- und Methodenkompetenz
- den Erwerb von Handlungskompetenz in Entscheidungssituationen
- den Erwerb von Leitungskompetenz in den Netzwerken
- den Erwerb von Vernetzungskompetenzen der Schule mit kommunalen Entscheidungsträgern.

Parallel zu der Ausbildung wurde eine CD Rom „Standpunkte“ für die Berliner Lehrerschaft erarbeitet, auf der sowohl Aufklärungsarbeit über die rechtsextreme Szene geleistet wird, als auch Vorschläge für die konkrete Unterrichtsarbeit enthalten sind. Auch diese CD Rom wurde von der Schering AG gesponsert.

Standpunktpädagogen arbeiten in Netzwerken

Am 27. Januar 2003 erhielten die zwölf Standpunktpädagogen aus der Hand des Landesschulrats Pokall, in Vertretung des Senators, ihre Zertifikate, um in den Bezirken aktiv zu werden.

Das Leitbild der Standpunktpädagogen umfasst dabei mehrere Bestandteile:

Standpunktpädagogen sind Ansprechpartner für Schüler, Lehrer und Eltern bei rechtsextremen Vorfällen oder Erscheinungsformen. Die Beratung wird sich je nach Zielgruppe unterschiedlich gestalten. Schüler müssen mit Bedrohungen umgehen lernen. Eltern brauchen Unterstützung im Fall familiärer Konflikte, um ihr Kind von einem Abgleiten in die rechtsextreme Szene zurückzuhalten. Lehrer benötigen eher methodisch-didaktische Hinweise. Im Laufe des Projekts haben sich deshalb neue institutionalisierte Formen der Unterstützungssysteme herausgebildet. Dazu gehören das Schülernetzwerk „MUT“ im Bezirk Hellersdorf-Marzahn. Es entstand 2003 aus einer Fahrt von 300 Schülerinnen und Schülern des Bezirks zur Gedenkstätte Buchenwald und stellt eine schülerspezifisch, selbständig organisierte Form der Stützung der Zivilgesellschaft im Bezirk dar. Neben dem Schülernetzwerk entstand eine Elterninitiative als niedrigschwelliges Beratungsangebot von Eltern für Eltern, deren Kinder drohen in die rechtsextreme Szene abzugleiten.

Standpunktpädagogen bilden Kolleg/innen fort. Sie führen auf der Basis der CD Rom Veranstaltungen in Lehrerkollegien durch, bei Schüler- und Elterninitiativen, dort, wo Probleme mit rassistischen und rechtsextremen Tendenzen auftauchen, aber auch präventiv. Sie bilden sich dabei kontinuierlich selber weiter fort. Dazu dient die jährlich neun- bis zwölfteilige Fortbildungsreihe Standpunkte der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Jahre 2003 beschäftigte sich diese Reihe gemeinsam mit den Schulpsychologen für Gewaltprävention mit dem Thema Gewalt in der Schule und im Jahre 2004 mit dem Themenkomplex Strategien gegen den neuen Rechtsextremismus.

Standpunktpädagogen verstehen sich als Netzwerker. Sie führen, ausgehend von aktuellen schulischen Entwicklungen, das Unterstützungssystem Schule in Netzwerken zusammen. Dieses direkte Unterstützungssystem bilden die Schulpsychologen für Gewaltprävention in den Bezirken, die bezirklichen Verantwortlichen für die Arbeit der Konfliktlotsen sowie die Standpunktpädagogen. Als weitere Kooperationspartner arbeiten in den Netzwerken die Präventionsbeauftragten der Polizei, die Verantwortlichen aus dem Jugendamt und der Jugendhilfe, die Schulaufsicht und freie Träger. Funktionierende Netzwerke in diesem Sinne gibt es in den Bezirken Mitte, Neukölln, Charlottenburg-Wilmersdorf, Pankow, Reinickendorf. In weiteren Bezirken befinden sie sich im Aufbau.

Aufgaben der Netzwerke sind u.a.:

- Gegenseitiger Erfahrungsaustausch über Gewalt und antidemokratische Tendenzen im Bezirk
- Entwicklung von Aktionsplänen mit und für Schulen in Problemzonen
- Unterstützung von Projekten zwischen Schulen und freien Trägern
- Koordinierte Angebote der Lehrerfortbildung
- Benennung gemeinsamer Themen- und Aktionsfelder zwischen Schule und Jugendhilfe
- Unterstützung der Schulen beim Abschluss von Kooperationsverträgen zwischen Schule-Polizei und Schule-Jugendamt
- Durchführung gemeinsamer Vernetzungsaktivitäten wie regionaler Konferenzen oder bezirklicher Präventionstage

Standpunkte im Jahre 2005 - ein Ausblick

Das Standpunkte Projekt nahm vom 28. bis 29. April 2004 als NGO an der Antisemitismus-Konferenz der OSZE in Berlin teil. In der Entschließung dieser Konferenz wurde der Bildungsbereich als Kernbereich bei der Zurückdrängung des Antisemitismus bezeichnet. Gefordert wurde die Ausarbeitung eines Lehrprogramms für die Schulen, welches sich mit den Ursachen und Folgen des Antisemitismus auseinandersetzt. Diesem Anliegen trägt das Standpunkteprojekt im kommenden Jahr verstärkt Rechnung. Gemeinsam mit dem American Jewish Committee, dem Zentrum für Antisemitismusforschung an der TUB und der Friedrich-Ebert Stiftung wurde ein neues Projekt zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus entwickelt. Bestandteile dieses Projekts sind u.a.

- die Entwicklung einer neuen CD Rom Antisemitismus für die Lehrerfortbildung
- die Entwicklung eines Peer-Leadership-Trainings an drei Berliner Schulen, einer Schule in Brandenburg und Sachsen
- die Entwicklung einer neunteiligen Fortbildungsreihe für 30 Berliner Lehrkräfte

Ergebnisse des Projekts werden in die demokratischen Netzwerkstrukturen in den Bezirken integriert.

Ansprechpartner: Michael Rump-Räuber

Kontakt:

Landesinstitut für Schule und Medien
Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin
Tel./Fax: (030) 9021-2916/ -2857

S.T.E.R.N.: Migration und Quartiersentwicklung III

Integration, allem voran soziale Integration, fand in der Vergangenheit überwiegend am Arbeitsplatz statt. Durch den Wegfall zahlreicher Arbeitsplätze, insbesondere für Menschen ohne Berufsausbildung, und den damit verbundenen Einkommensverlust verbringen immer mehr Menschen immer mehr Zeit in dem Stadtteil, in dem sie wohnen. Damit steigen auch die Anforderungen an die Stadtteile.

Im Berliner Stadtteil Moabit West etwa leben Menschen mit verschiedener kultureller und religiöser Zugehörigkeit auf relativ dichtem Raum. Ein Rückzug in die jeweilige ethnische Gruppe verbunden mit einer Konzentration auf die eigenen Probleme hat stattgefunden. Die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen sind oberflächlich und vielfach sehr konfliktreich. Die gegenseitige Toleranz sinkt zunehmend.

„Überforderte Nachbarschaften“ oder „Parallelgesellschaften“ sind Schlagworte aus der Literatur, die beschreiben, wie sich die Situation in manchen Stadtteilen entwickelt hat.

Vermittelnde Instanzen werden dringender denn je gebraucht. Aus diesem Grund bemühen sich verschiedenste Institutionen, so z.B. das von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in 17 Gebieten eingesetzte Quartiersmanagement, aber auch Träger und Einrichtungen wie Schulen, Kitas, etc. die Situation in den Stadtteilen zu verändern, gerade auch ethnische Gruppen stärker einzubinden und diese für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Dies verlief in der Vergangenheit gemessen an der Teilnahme der ethnischen Gruppen bei Stadtteilaktionen (mit Ausnahme der eher passiven Teilnahme an Festen) wenig zufriedenstellend.

Ziel des Projekts „Migration und Quartiersentwicklung“ der S.T.E.R.N. ist es daher, langfristig ein Umdenken im Sinne eines „Wir in Moabit: Gemeinsam leben, gemeinsam gestalten“ zu erreichen. Als Schritte in diese Richtung werden derzeit im Rahmen des Programms „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ folgende Ansätze umgesetzt:

Familienbesuche

Viele Familien sind im Stadtteil präsent, sie beteiligen sich aber wenig, wenn über die Einrichtung von Angeboten im Stadtteil oder Probleme diskutiert wird. Wir suchen deshalb Kontakt zu Familien insbesondere zu Frauen, um herauszufinden, was die Familien beschäftigt und ob die Frauen Unterstützung benötigen. Bei Bedarf bieten wir eine intensive Begleitung an, mit dem Ziel Lösungen zu finden für Fragen der schulischen und vorschulischen Förderung und der sinnvollen und „sicheren“ Freizeitgestaltung ihrer Kinder, Erziehungsfragen, familiäre Probleme und den Erwerb und die Verbesserung ihrer deutschen Sprachkenntnisse. Reicht die Begleitung zur Problemlösung nicht aus, werden die Frauen bzw. Familien zu anderen kompetenten Stellen im Stadtteil „gelotst“.

Auf diesem Weg gelingt es uns auch, über auffälliges Verhalten der Kinder im öffentlichen Raum zu sprechen. Aus Erfahrung wissen wir, dass jede Entspannung einer schwierigen Familiensituation zu einer Verbesserung der Situation in der Nachbarschaft und damit im Stadtteil beiträgt.

Öffentlichkeitsarbeit

Durch eine Auseinandersetzung mit Alltagsthemen sollen zunehmend mehr Eltern von der Notwendigkeit und dem Sinn einer Mitverantwortung und Mitgestaltung der Situation in Moabit West überzeugt werden.

Dazu werden mehrsprachige Informationsblätter zu Themen wie Gewalt innerhalb und außerhalb der Familie, Schulprobleme und die Bedeutung von Bildung und Ausbildung sowie Gesundheitsfragen entwickelt. Da Gewalt von Kindern und Jugendlichen, insbesondere im öffentlichen Raum, ein großes Thema ist, wird dazu außerdem ein Kurzfilm produziert. Dieser ist adressiert an Eltern und soll z.B. bei öffentlichen Veranstaltungen, in Kindereinrichtungen, ethnischen Vereinen etc. gezeigt werden, mit dem Ziel, Problembewusstsein zu wecken und gemeinsam über Lösungen nachzudenken.

Interkulturelle Aktivitäten

Es gibt wenig Vorbilder für ein friedliches Miteinander im Stadtteil. Deshalb fördern wir eine internationale Musikgruppe. Diese Gruppe tritt im Stadtteil bei Festen und anderen Aktionen auf. Flankiert wird dieser Projektansatz u.a. durch weitere Aktivitäten wie z.B. die regelmäßige Durchführung eines „Treffens der Religionsgemeinschaften“, finanziert über das Projekt „Soziale Stadt“. Ziel dieser Treffen ist es, durch das gegenseitige Kennenlernen Vorurteile abzubauen und Gemeinsamkeiten zu entdecken, für die sich auch gemeinsames Handeln lohnt.

Bei allen Maßnahmen, die wir umsetzen, arbeiten wir nach dem Grundsatz, unsere eigenen Ansätze ständig zu überprüfen und zu modifizieren. Veränderungen bedürfen eines langen Atems und eines großen Engagements.

Das Projekt wird gefördert durch den Beauftragten des Senats für Integration und Migration.

Ansprechpartnerin: Susanne Sander

Kontakt:

S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung GmbH

Rostocker Str. 3, 10553 Berlin

Tel: (030) 39907195

Fax: 39907197

e-mail: sander@stern-berlin.de

Zentrum Demokratische Kultur (Kerstin Sischka) Erfahrungen mit Kommunalanalysen und Lokalen Aktionsplänen für Demokratie und Toleranz

Strategien kommunaler Demokratieentwicklung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Es ist ein sommerlicher Nachmittag, der Unterricht ist vorbei. Katrin hat sich mit ihrer Freundin im Einkaufszentrum verabredet. Die beiden Jugendlichen wollen shoppen. Als sie das Einkaufszentrum betreten, ist helllicher Tag. Viele Menschen sind unterwegs und gehen ihren Besorgungen nach. Die Schwarze Schülerin und ihre Freundin kommen an einer Bank vorbei, auf der zwei für sie unscheinbare junge Männer sitzen: Plötzlich hören sie von einem der Beiden: „Guck mal der Neger!“ und ein paar andere Beleidigungen. Er steht auf und rennt unvermittelt auf Katrin zu. Der andere ruft noch: „Lass doch die Schlampe.“ Die Schwarze Schülerin rennt aus Panik davon. Ihre Freundin bleibt stehen und wird von dem Mann im Vorbeilaufen zu Boden gestoßen. Er rennt weiter Katrin hinterher, wird schneller, brüllt: „Ich bring dich um!“. Katrin sieht, wie die Einkaufenden starren und niemand ihr hilft. Sie rennt in Todesangst aus dem Einkaufszentrum - er dicht hinter ihr. Als sie einen Asia-Imbiss sieht, nutzt sie die Chance und läuft hinein. Außer Atem schildert sie den Leuten dort, dass sie verfolgt wird. Sie bieten ihr Hilfe an. Der Verfolger sieht das und bleibt vor dem Asia-Imbiss stehen. Dann kehrt er um. Das Mädchen wartet noch eine Weile im Imbiss und rennt dann nach Hause. Sie erstattete keine Anzeige.

Uns Mitarbeiterinnen vom ZDK begegnete Katrin das erste Mal in einem Jugendzentrum, als wir im Rahmen einer Kommunalanalyse mit Sozialarbeiter/innen über Rechtsextremismus und über Ansätze zur Sicherung demokratischer Grundwerte sprachen. Wir vereinbarten auch mit Katrin einen Interviewtermin, um von ihren Erlebnissen zu erfahren und ihre Ideen zu hören, wie alltäglichem Rassismus entgegengetreten werden kann. Katrin und ihre Freundinnen und Freunde sind selbst gegen Rassismus aktiv, sie wünschen sich aber noch viel mehr Unterstützung dafür: in ihrem Wohnumfeld, in der Schule und im Stadtteil, damit jede/r sich ohne Angst frei bewegen kann.

Das Konzept Kommunalanalyse als Instrument bezirklicher Demokratieentwicklung

Der Vorfall im Einkaufszentrum ist eines von zahlreichen Fallbeispielen, die in drei Berliner „Kommunalanalysen“ des Zentrum Demokratische Kultur zu „Demokratie gefährdenden Phänomenen und Möglichkeiten der demokratischen Intervention“ beschrieben werden. Diese Demokratiestudien wurden im Zeitraum 2003/04 in den Bezirken Mitte, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick erarbeitet. Auftraggeber war der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration. Die Fallbeispiele sind Ausschnitte aus dem Alltagsleben und geben

einen Einblick in bezirksübergreifende und bezirksspezifische Problemlagen, die Gegenstand der Kommunalanalysen sind. Für die Studien waren Mitarbeiter/innen des ZDK mehrere Monate in den Bezirken unterwegs, haben ein breites Spektrum an Informationsgesprächen, qualitativen Interviews und Gruppendiskussionen geführt, mit Jugendlichen und Erwachsenen, Bürger/innen und Mitarbeiter/innen aus Jugendarbeit, Schule, sozialen Zentren, mit Akteuren aus Politik und Bezirksämtern, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Polizei und vielen anderen. Ausgewertet wird in den Studien umfangreiches Material - immer geht es dabei um die Frage, welche demokratischen Grundwerte im Alltag gefährdet sind, wie sie gesichert werden können und was dafür bereits getan wird.

Kommunalanalysen greifen dementsprechend bestehende komplexe Problemlagen auf, beschreiben aber auch Tendenzen. Als professionelle Feldbeobachtungen werfen sie beispielsweise Fragen nach Erscheinungsformen des Antisemitismus in Milieus mit und ohne Migrationshintergrund auf und thematisieren den Umgang damit. Sie verdeutlichen auch, dass die Diskriminierung von Schwarzen (Deutschen und Migrant/innen) als globales historisches Phänomen nicht auf die (Weiße deutsche) Mehrheitsgesellschaft beschränkt ist, sondern auch von Menschen ausgeübt werden kann, die selbst zu Minderheitengruppen gehören. In den Kommunalanalysen wird außerdem betont, dass ein differenzierter Umgang mit dem Spannungsfeld Islam und Islamismus entwickelt werden muss. Die Studien insistieren hier auf die Respektierung demokratischer Prinzipien auch in der Auseinandersetzung mit ihren Gefährdungen.

Die Untersuchungen sollen zur Diskussion anregen, wie Erosionsprozessen von Demokratievertrauen in den konkreten lebensweltlichen Kontexten entgegengewirkt werden kann und wie ein Bewusstsein demokratischer Grundwerte dort gefördert werden kann, wo diese Werte zu wenig verankert sind. Das wichtigste jedoch ist, dass es nicht nur um die differenzierte Analyse der Probleme geht, sondern auch um die Förderung einer Kultur der Anerkennung für demokratisches Engagement. Ziel der Kommunalanalysen ist es, bewährte Praxisansätze sichtbar zu machen, unausgeschöpfte Entwicklungspotenziale herauszuarbeiten, einen Erfahrungstransfer zum Umgang mit demokratierelevanten Problemen in Gang zu setzen und Modellentwicklung anzuregen. Hier liegt auch ihre Schnittmenge mit den „Lokalen Aktionsplänen für Demokratie und Toleranz - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“.

Lokale Aktionspläne für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Im Jahr 2002 hatten die Berliner Bezirke Lichtenberg und Pankow sich bei der Landeskommission Berlin gegen Gewalt um „Lokale Aktionspläne“ beworben, mit deren Erstellung das Zentrum Demokratische Kultur beauftragt wurde. Im Auftrag der Landeskommission Berlin gegen Gewalt erarbeitete das ZDK einen Überblick zu den Problemfeldern und zu bereits bestehenden Konzepten und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus - auf dieser Basis wurden Vorschläge für mögliche zukünftige Aktivitäten entwickelt und in den Aktionsplänen systematisch zusammengeführt.

Ein Kooperationsgremium von Vertreter/innen der Bezirke, des ZDK und der Landeskommission stimmte sich in diesem Entwicklungsprozess regelmäßig ab und brachte die Lokalen Aktionspläne auf den Weg. Im Berliner Raum war es das erste Mal, dass für die bezirkliche Demokratieentwicklung Lokale Aktionspläne erarbeitet wurden. Dabei wurden umfangreiche Erfahrungen gewonnen.

Beispielsweise wurde die Notwendigkeit einer wechselseitigen Kooperation von Politik, Zivilgesellschaft, Bezirksämtern sehr deutlich. Entsprechend werden in den Aktionsplänen neben Empfehlungen für die Bereiche der „Kinder- und Jugendhilfe“ und der „Schule“ auch Vorschläge für Handlungsfelder wie „Öffentlicher Raum und Sicherheit“, „Wohnen und Wohnumfeld“, „soziale Infrastruktur“, „Sport“, „politische und kulturelle Bildung“, „Zivilgesellschaft“, „Kommunale Politik, Verwaltung und Polizei“ erarbeitet. Ein Beispiel: Im Lokalen Aktionsplan Lichtenberg wird ein besonderes Gewicht auf die Mobilisierung und Qualifizierung demokratiefördernder Potentiale im Bereich von Nachbarschaftsarbeit, zivilgesellschaftlichen Vereinen und Kiezbeiräten gelegt. Im Lokalen Aktionsplan Pankow kam besonders der Bereich Sport zur Geltung. Regionaltreffen, zivilgesellschaftliche Foren und Gelegenheiten zum Fachaustausch

wurden initiiert und genutzt, um auf partizipativem Weg Ideen zu entwickeln. Die Lokalen Aktionspläne wurden im Herbst 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt, seitdem befinden sich die Bezirke in der Umsetzung und kooperieren dabei mit freien Trägern und zivilgesellschaftlichen Fachinstitutionen. So haben der Bezirk Pankow und die Netzwerkstelle Moskito eine Zielvereinbarung unterschrieben, die bis Ende 2004 in den Bereichen Öffentlicher Raum/Sicherheit, Sport und interkulturelle Öffnung der Verwaltung exemplarische Strategien, Analysen, Öffentlichkeitskampagnen und Projekte vorsieht, die den Erscheinungsformen von Rassismus und Rechtsextremismus im Bezirk Pankow etwas entgegensetzen und für die Thematiken sensibilisieren sollen.

Beide Bezirke werden in der Umsetzung der Lokalen Aktionspläne durch die Beratungs- und Qualifizierungsangebote der Mobilen Beratungsteams (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und Ostkreuz-Netzwerke gegen Rechts) unterstützt und bei Bedarf können die Bezirke auch auf die spezifischen Erfahrungen des ZDK bzw. der Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH zurückgreifen. Dies betrifft vor allem die seit mehreren Jahren erfolgreich arbeitende „Initiative EXIT - Deutschland – Ausstiegshilfe aus radikalen Szenen“ – und die damit verbundenen Initiativfelder „EXIT - orientierte Jugend- und Erwachsenenarbeit“ und „EXIT - Elternhilfe“.

Ein idealtypischer Überblick über Phasen und Elemente kommunaler Demokratieentwicklung

Erfahrungen aus der Arbeit mit Kommunalanalysen und der Entwicklung von Lokalen Aktionsplänen werden im Zentrum Demokratische Kultur als Beratungsangebot für engagierte Bürger/innen bzw. Akteure aus Politik, Bezirksämtern und Zivilgesellschaft gebündelt. Hervorzuheben ist, dass vor Ort zwar immer ein flexibles Vorgehen notwendig ist, es können aber idealtypisch folgende Phasen kommunaler Demokratieentwicklung unterschieden werden:

1. Schritt – Analyse der Situation

Bisherige Erfahrungen zeigen, dass die Durchführung einer wissenschaftlichen Studie zu Demokratie gefährdenden Tendenzen und Möglichkeiten demokratischer Intervention als erster Schritt oftmals sehr empfehlenswert ist. Damit kann gesichert werden, dass die darauf folgenden Diskussionen und Aktivitäten nicht an den Problemen vorbeigehen. Eine Analyse muss sich aber durchaus nicht immer auf einen Bezirk als Ganzes beziehen, sie kann auch ihren Schwerpunkt auf Stadtteile oder ‚Kieze‘ oder Orte, die als Brennpunkte gelten, setzen.

2. Schritt - Demokratische Diskurse und Verständigung über Leitbilder / Auf dem Weg zu einem Lokalen Handlungskonzept

In der zweiten und sehr wichtigen Phase geht es um die Initiierung eines demokratiefördernden Diskurses. Dieser Diskurs beginnt meist mit der öffentlichen Vorstellung der Studie (meist Pressekonferenz oder offene Veranstaltungen für Bürger/innen) und wird in vielfältigen fachlichen und regionalen Gremien, in Vernetzungsrunden, Einrichtungen, Institutionen fortgesetzt. Dort werden die Ergebnisse und Eindrücke aus der Studie vorgestellt. Eines der Ziele ist die Sensibilisierung für die Dynamik von Demokratie gefährdenden Tendenzen in den untersuchten Kontexten (z.B. im Stadtteil). Es wird eine gemeinsame Einschätzung der Lage erarbeitet und dabei werden auch konträre Wahrnehmungen ausgetauscht. Im Vordergrund steht darum insbesondere eine Anerkennung der Perspektiven von Minderheitenangehörigen und Betroffenen, deren Grundrechte gefährdet sind.

3. Schritt - Vereinbarung eines Lokalen Handlungskonzepts für Demokratie / Lokalen Akteuren den Rücken stärken

In einem weiteren Schritt sollte der Diskurs durch eine möglichst systematische Praxisentwicklung ergänzt werden. Ideen können entwickelt und ausgetauscht, bewährte Ansätze und Qualitätskriterien diskutiert und Aktivitäten geplant werden. Bürger/innen bzw. zivilgesellschaftlich

Engagierte, Betroffene, Akteure aus Politik und Verwaltung verständigen sich darüber, welche Schlussfolgerungen aus der Studie gezogen werden sollten und vereinbaren das weitere Vorgehen. Optimalerweise können die Ergebnisse und Vereinbarungen dieser Phase in einem lokalen integrierten Handlungskonzept für Demokratie verbindlich zusammengeführt werden. In ihm kann sich die Gesamtstrategie für Veränderungen vor Ort widerspiegeln. Sofern vor Ort noch keine Foren für die Diskussion und Praxisentwicklung bestehen, ist die Aktivierung von „Runden Tischen“, Arbeitsgruppen oder Initiativen ein denkbares Mittel. Methodisch können in dieser Phase vielfältige Veranstaltungsformen stattfinden, nicht nur Diskussionen, sondern auch Workshops, Trainings oder Zukunftswerkstätten.

4. Schritt - Umsetzung – Praxisbegleitung – Weiterentwicklung

Dem schließt sich der Umsetzungsprozess der vereinbarten Schritte und Aktivitäten an. Im Idealfall laufen Aktivitäten nicht parallel zueinander oder additiv, sondern sind miteinander verknüpft, um lebendige Erfahrungen mit einer demokratischen Kultur zu ermöglichen. Optimal ist es, wenn nach einem vorher abgestimmten Zeitraum eine Zwischenbilanz gezogen, Veränderung im Gemeinwesen eruiert und gegebenenfalls Einzelaspekte der Studie auf den aktuellen Stand gebracht werden, was wiederum zu Veränderungen bei den Praxisansätzen führen kann. Ein Handlungskonzept sollte nicht statisch sein, sondern offen für Veränderungsprozesse. Eine Begleitung durch zivilgesellschaftliche Fachinstitutionen (z.B. Beratungsangebote, Netzwerkinstitutionen) oder intermediäre Akteure zwischen Verwaltung und Bürger/innen kann sehr sinnvoll sein, um ebenenübergreifende Kommunikation zu ermöglichen und auf die Nachhaltigkeit zu achten. Fachinstitutionen, die die lokalen Akteure bei der Umsetzung begleiten, können Wissen einbringen und Erfahrungen miteinander verknüpfen, Partner nennen, Modelle der Demokratisierung anregen und vorstellen, und durch Trainings, Fort- oder Weiterbildung auf den Bedarf an Qualifizierung reagieren.

Ausblick - Konsultationsstelle für Kommunale Demokratieentwicklung

In der Arbeit des ZDK sind wissenschaftliche Expertise und eine langjährige Praxis in der Unterstützung kommunaler Demokratieentwicklung eng miteinander verbunden. Die Erfahrungen aus der Arbeit mit „Kommunalanalysen“ und der Erstellung von „Lokalen Aktionsplänen“ fließen im Arbeitsansatz *Community Coaching* zusammen. Elementarer Bestandteil unserer Arbeit ist die ständige Auseinandersetzung mit den Anforderungen, die die reale Praxis vor Ort an die professionelle Arbeit stellt. Neue Problemlagen, wie sie sich täglich entwickeln, verlangen eine sensible Modifizierung der Methoden und Perspektiven, die nur auf der Grundlage eines flexiblen Konzeptes vorgenommen werden können. In diesem Sinne stellt sich das ZDK allen Interessierten als kompetente und diskussionsoffene Konsultationsstelle zur Verfügung, um geeignete Strategien kommunaler Demokratieentwicklung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus zu erarbeiten. Das ZDK ist Ansprechpartner für Akteure in den Bezirken und Stadtteilen, die eine methodisch verlässliche Analyse der lokalen Situationen benötigen, die ein integriertes Handlungskonzept für Demokratie auf den Weg bringen wollen oder an einem ‚good practice‘ - Transfer interessiert sind, bei dem auch Erfahrungen aus anderen Städten, Regionen und Bundesländern einbezogen werden können.

Kontakt:

Zentrum Demokratische Kultur
Chausseestr.29, 10115 Berlin
Tel: (030)24045320
Fax: (030)24045309
Internet: www.zentrum-demokratische-kultur.de



Angebote

Für Kinder und Jugendliche

Amt für ev. Kinder- und Jugendarbeit in Berlin Brandenburg

Seminarangebote für Jugendgruppen und Schulklassen

Kursangebote:

Drei- bis fünftägige Seminare in der Jugendbildungsstätte zu den Themenbereichen:

„Zurückschlagen, Weglaufen,... oder was? Theorie und Praxis gewaltfreier Konfliktlösung“

Ziele:

Lernen, konstruktiv mit Konflikten umzugehen, Wahrnehmungskompetenzen ausbilden, Fähigkeiten entwickeln, gewaltfrei und effektiv zu kommunizieren, Zivilcourage lernen, eigene Gewalterfahrungen verarbeiten.

„Das ist mir fremd! Die Suche nach Wegen zur interkulturellen Verständigung“

Das Seminar bietet die Möglichkeit, mehr über die Entstehung und Wirkung von Vorurteilen zu erfahren - eine wichtige Voraussetzung, um selbst nicht zu diskriminieren und Diskriminierung anderer besser begegnen zu können.

Im Mittelpunkt stehen die Themen:

Was ist mein kultureller Hintergrund? Wie entsteht ein Vorurteil und welche Auswirkungen haben Vorurteile im täglichen Umgang miteinander? Wie können Vorurteile zwischen Gruppen unterschiedlicher ethnischer, religiöser, geschlechtlicher Identität und kultureller Herkunft abgebaut werden? Wie gehe ich auf Menschen zu, die „anders“ sind als ich? Wie kann ich Lösungen für eigene, konkrete Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen entwickeln? Wie löse ich Konflikte ohne Streit und Gewalt?

Weitere Themenangebote:

„Überleben in Berlin“ Spurensuche zum Nationalsozialismus

„Nicht nur Friede, Freude, Eierkuchen.“ Demokratie lernen

Methoden:

Arbeit mit Methoden des sozialen Lernens und der humanistischen Psychologie, Filmen, Rollenspielen, Rollentausch, Erfahrungsberichten, Kurzreferaten, Arbeit mit Foto und Video, Meditationsübungen, literarischen Texten, Exkursionen, Diskussionen, Visualisierung (Malen), Standbildern / Skulpturen,...

Es geht darum, mit den vorgenannten Zielsetzungen neue Verhaltensweisen zu erproben und eigene Fähigkeiten zu entdecken. ...und es soll den Jugendlichen natürlich auch Spaß machen!

Ansprechpartnerin: Mary Prinzler, Marianne Spieler

Kontakt:

Amt für ev. Kinder- und Jugendarbeit in Berlin Brandenburg u. d. schlesischen Oberlausitz

Neue Grünstr. 19, 10179 Berlin

Fax: (030)2795649

Mary Prinzler

Tel: (030)308697-142

e-mail: Mary.Prinzler@ejbo.de

Marianne Spieler

Tel: (030)308697182

e-mail: Marianne.Spieler@ejbo.de

beGEG(E)Nung – politische Jugendbildung

Seit Mitte des Jahres 2001 arbeitet das Projekt „beGEG(E)Nung?!“ des KJR e.V. (Kreisjugendring) Köpenick im HdJK (Haus der Jugend Köpenick). Das Projekt „beGEG(E)Nung?!“ ist auf Kooperation, Austausch, Gleichberechtigung und Erfolg für alle Beteiligten ausgerichtet. Es geht neben der praktischen Umsetzung von Projekten um die Unterstützung und Hilfe einer differenzierten Arbeit und einer vielfältigen Klublandschaft im Bezirk.

Ziel ist es, Jugendliche zu befähigen, sich bewusst und kritisch mit den vorgefundenen sozialen, politischen und moralisch-ethischen Verhältnissen auseinander zu setzen. Das Projekt zielt auf der bewussten Artikulation eigener Interessen und Vertretung dieser im eigenen Lebensbereich ab. Da politische Jugendbildung nicht auf ein einziges thematisches Feld verengt werden kann, bezieht sich die Arbeit des Projektes auf folgende thematische Felder:

- Rassismus; Faschismus
- Geschlechterverhältnisse und Sexualität
- ökologische Verhältnisse
- wirtschaftliche und soziale Verhältnisse
- kulturell - soziale Verhältnisse

Konzeptionell zielt das Projekt auf das direkte Handeln von Jugendlichen und schließt daher auch deren eigene Interessenvertretung ein.

Kontakt:

Projekt beGEG(E)Nung, Seelenbinderstr. 54, 12555 Berlin

Tel: (030) 652 04 83,

e-mail: mail@hdjk.de

Internet: <http://www.hdjk.de>

Euromedia - center (emc)

Das Projekt euromedia - center (emc) (Träger VIA Regional und publicata e.V.) bietet jungen Menschen ausländischer und deutscher Herkunft die Möglichkeit, mit unterschiedlichen Medien zu arbeiten und sich an der Videokamera, am Schnitt- oder Layoutcomputer auszuprobieren. Bei der multimedialen Umsetzung interkultureller Themen werden das Verständnis für andere Kulturen gefördert sowie soziale und kommunikative Kompetenzen, wie Fähigkeit zur Teamarbeit, Kreativität im gemeinsamen Finden und Umsetzen von Ideen, entwickelt. Den jungen Menschen werden fachliche Kenntnisse und Fertigkeiten im Umgang mit unterschiedlicher Medientechnik vermittelt. Die Produkte, wie Videoclips und Printerzeugnisse, werden in der politischen und kulturellen Bildungsarbeit des Verbandes, seiner Mitgliedsorganisationen sowie insbesondere auch im Rahmen des lokalen Aktionsplanes für Demokratie und Toleranz des Bezirks Lichtenberg in Jugendeinrichtungen und Schulen eingesetzt

Ansprechpartner: Wolfgang Spenke (Projektkoordination), Andreas Franke

Kontakt:

Euromedia - center (emc) im Jugendbildungs- und Begegnungszentrum

Bornitzstraße 101, 10365 Berlin

Tel: (030)55497681

Fax: (030)55155823

Internet: euromedia@via-in-berlin.de

Helliwood Medienzentrum Berlin NordOst

Das Helliwood Medienzentrum Berlin NordOst realisiert im Rahmen des Xenos - Projektes „Fremde als Partner- soziale und technische Kompetenzentwicklung in gemeinwesenorientierten IT-Projekten“.

Fortbildungsangebote: Projektwochen unter dem Motto "(Gewalt)ig und (toll)erant!", Kompetenztrainings für Jugendliche und Praxiseinsätze für Auszubildende. Alle Angebote verknüpfen eine aktive thematische Auseinandersetzung mit Medienarbeit und Kompetenzfeststellung. Der Erwerb von Strategien zur Eigen- und Fremdwahrnehmung bietet allen Teilnehmer/innen die Möglichkeit, sich wirksam am Abbau fremdenfeindlicher Einstellungen zu beteiligen.

Zielgruppen: Schüler/innen, Jugendliche, Auszubildende,
Multiplikatoren, Migrantinnen/innen

Ansprechpartnerin: Tatjana Petzer

Kontakt:

Helliwood Medienzentrum Berlin NordOst im Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e.V.
Projektbüro "Fremde als Partner"
Torgauer Straße 27, 12627 Berlin
Tel: (030)9985773
Fax: (030)3099401823
e-mail: xenos@hellersdorf.de
Internet: www.helliwood.de

Jugendfreizeiteinrichtung Mahlerstraße 20

Der Jugendklub Mahlerstrasse 20 wird von jungen Menschen von 14 bis 26 Jahren mit unterschiedlichsten Lebensentwürfen und politischen Meinungen besucht, so auch von Jugendlichen, die dem rechten Mainstream zuzuordnen sind. Da für uns Ausgrenzung nicht der richtige Weg ist, versuchen wir auch mit diesen Jugendlichen zu arbeiten, um ihnen Demokratie und Toleranz näher zu bringen. Klare Regeln (u.a. in Bezug auf Kleidung, Musik und Äußerungen) verhindern, dass rechte Ideologien in unserem Haus verbreitet werden. Es werden Alternativen aufgezeigt, um ein tolerantes und friedliches Miteinander zu lernen und zu leben. Der Jugendklub distanziert sich eindeutig von "Rechter" Ideologie anhand von Plakaten, diversen Aktionen und Projekten. So fanden in den Jahren 2003 und 2004 neben der alltäglichen offenen Jugendarbeit Ausstellungen, die Teilnahme am Friedensfest, Lesungen, Mediations- und Anti-Gewalttrainings statt. Weiterhin gab es einen Video-Workshop mit dem Titel „(Über)Leben im Nationalsozialismus - Homosexuelle Biographien im Nationalsozialismus“, der vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz" als vorbildlich ausgezeichnet wurde. Ständig bemühen wir uns um die Finanzierung und damit auch Durchführung ähnlicher Projekte.

Zur Zeit engagieren wir uns beim Jugendprogramm „Zeitensprünge“ der „Stiftung demokratischer Jugend“ und führen eine Spielzeugsammelaktion zugunsten von „UNICEF“ durch.

Mehr Informationen auf www.jfe-mahlerstrasse20.de

Kontakt:

Mahlerstr. 20, 13088 Berlin
Tel: 96067351

Jugend- und Kulturgemeinschaft (JuK)

Wir, die Jugend- und Kulturgemeinschaft (JuK), sind eine Jugendbildungseinrichtung mit interkulturellem Charakter. Unser Verein gründete sich 1980 aus türkischen Jugendlichen heraus. Unser Ziel ist es, türkische und kurdische Jugendliche in die Gesellschaft zu integrieren und mit anderen Berliner Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft zusammen zu bringen. Wir verfolgen dieses Ziel mit verschiedenen Angeboten aus den Bereichen Sport, Kultur und Bildung.

Zum Programm der Jugend- und Kulturgemeinschaft gehören u. a. folgende Aktivitäten:

Theater, Tanz und Folkloregruppe, Literaturwerkstatt, Hausaufgabenhilfe, PC-Kurse, Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Wochenendfahrten und Jugendcamps, interkulturelles Medienprojekt, Mädchentreff, Organisation des jährlich stattfindenden Jugend- und Kulturfestivals, Organisation der Jugendolympiade und vieles mehr.

Ansprechpartnerin: Serpil Karahan (Sozialarbeiterin)

Kontakt:

Jugend- und Kulturgemeinschaft e.V.
Engeldamm 68, 10179 Berlin
Tel: (030)2786572
Fax: (030)23459679
e-mail: Jugendkultur@web.de

KidsCourage

Das Projekt KidsCourage wurde aus der Idee und der Erfahrung geboren, dass mit der Erziehung zu zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechtsextremismus nicht erst in der Oberschule angefangen werden darf. Unseren Kenntnissen nach kann dies am überzeugendsten nicht von Erwachsenen, sondern von „coolen“ engagierten Jugendlichen geschehen. Sie können durch ihr Auftreten Kinder motivieren und als Vorbild dienen. KidsCourage bietet vier verschiedene Projektstage an Grundschulen kostenlos an. Die Projektstage werden von jungen Menschen durchgeführt, die spielerisch und handlungsorientiert mit den Schüler/innen arbeiten. Sie werden auf ihre Rolle als Teamer/innen gründlich vorbereitet und sollen als gemeinsame Jugendgruppe die Projektstage mitgestalten (z.B. Ausarbeitung von Material und Methoden) und auch konzeptionell weiterentwickeln, d.h. sie können sie so als ein Stück ihres eigenen Denkens und Handelns betrachten. Partizipation ist hierbei kein Schlagwort, sondern wird konkret umgesetzt. Sowohl die Durchführung der Projektstage, als auch die Schulung der Jugendlichen haben zum Ziel, einen aktiven Beitrag zur Erziehung zu Demokratie und Toleranz zu leisten.

Gemeinsam stark sein, mutig sein und was verändern können. Das sollen die Schüler/innen in den Projektstage erleben.

Kinder und Jugendliche stark machen gegen Intoleranz, Gewalt, Diskriminierung und Rechtsextremismus. Kinder und Jugendliche stark machen für Demokratie, Toleranz und Solidarität. Das sind die Ziele von KidsCourage!

Kontakt:

KidsCourage
Gensinger Str. 101, 10315 Berlin
Tel.: (030)5134523
e-mail: kids courage@falken-berlin.de
Internet: www.kids courage.de

Kinderdokumentarfilmprojekt

Das Projekt beinhaltet drei Teilbereiche: Workshops, die Realisierung eines Kinderdokumentarfilms in Frankfurt an der Oder und die Vorführung dieses Films mit pädagogischer Begleitung. Die Kinder und Jugendlichen sind aktiv und passiv in das Projekt eingebunden. Themen: Lebenswelten der Kinder, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit. Der Kinderdokumentarfilm in Deutschland orientiert sich überwiegend an einer rein sachlichen Wissensvermittlung und bietet kaum Raum für soziale, familiäre und gesellschaftliche Thematiken. Kinder wünschen sich im Fernsehen, Kino oder bei Filmvorführungen in der Schule ihre Umwelt wiederzufinden und ihre Fragen behandelt zu sehen. Kinderdokumentarfilme sind Filme, die den Kindern eine für sie verständliche Aufklärung über die Welt geben. Insofern erfüllen Kinderdokumentarfilme eine gesellschaftlich wichtige Funktion. Das Genre lässt eine ungeahnte Vielfalt in der ästhetischen, stilistischen Gestaltung und im künstlerischen Zugriff zu. Aus diesem Grunde sind die Filme für Kinder und Erwachsene gleichermaßen interessant.

Zielgruppe: Kinder- und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren.

Ansprechpartnerin: Susanne Wodraschke

Kontakt:

Landesverband Kinder- und Jugendfilm Berlin e.V.

kdfi - kinderdokumentarfilminitiative

Paul-Robeson-Str. 39, 10439 Berlin

Tel: (030) 44651308

Fax: (030) 44736069

e-mail: kdfi@wodraschke-film.de

Kinderring Berlin e.V. – Jugendkulturzentrum im F.A.M. „DEN NAZIS KEINE WÄNDE!“

Politikwerkstatt Fleckenzwerge

Die Idee soll sein, ein aktives Handeln mit Aufklärung, dem Hinsehen, dem Diskutieren und dem Sich- Informieren zu verknüpfen, um auf diese Art politischem Desinteresse oder Gleichmut entgegenzuwirken. Ein Handeln zu den Begriffen wie Demokratie, Toleranz, Sich- Einmischen, Mitgestalten zu induzieren und damit wieder Mut zur Zivilcourage in der Gesellschaft zu bewirken. Unser Angebot bei diesem Projekt ist, die FLECKENZWERGE können von Schulen, Kindergärten, Jugendeinrichtungen und Privatpersonen usw. angefordert werden, deren Wände durch rassistische Sprüche oder Nazizeichen verunreinigt sind.

In Absprache mit dem Besitzer der jeweiligen Wand, werden die FLECKENZWERGE diese entweder säubern und neu überstreichen, ein Graffiti für diese Wand entwerfen und aufbringen. Wir suchen Menschen, die uns auf solche Wandschmierereien aufmerksam machen, damit wir aktiv werden können.

Das Verfahren ist ganz einfach:

1. Ihr ruft uns an, schickt eine Mail an (kult@snafu.de) oder schreibt uns euer Problem, wir machen einen Termin mit euch, kommen vorbei und schauen uns erst einmal die Bescherung an.

2. Danach besprechen wir, was nun mit eurer Wand geschehen soll.

3. Wir machen einen Termin, wann wir vorbeikommen, damit ihr auch seht, dass wir arbeiten und nichts falsch machen.

4. Natürlich brauchen wir die schriftliche Genehmigung des Wandbesitzers, weil wir uns sonst strafbar machen würden - denn auch wenn wir fremdenfeindliche Sprüche von Wänden überstreichen und haben dazu keine Genehmigung, erfüllen wir den Tatbestand der Sachbeschädigung.

Kontakt:

JugendKULTurzentrum
10435 Berlin, Schwedter Str.232-234
Tel: (030) 40500309
Internet: www.kult-im-fam.de

Landesarbeitsgemeinschaft Kinder und Jugendschutz Berlin e.V.

Projekttitle: „Jeder ist anders - Jugendliche stark machen gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“.

Das Projekt der Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Berlin e.V. richtet sich an junge Auszubildende mit sozialen Benachteiligungen, körperlichen Behinderungen sowie unterschiedlicher ethnischer Herkunft in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen.

Gewalt spielt eine große Rolle im Leben junger Menschen, sowohl als reale Erfahrung, wie auch als Befürchtung. Besonders gewaltträchtig ist das Verhältnis zwischen Jugendlichen deutscher und nichtdeutscher Herkunft. Es besteht hoher Bedarf an der Entwicklung und Vermittlung gewaltpräventiver Verhaltensweisen und von Methoden der Streitschlichtung.

Das Projekt konzentriert sich auf:

Ausbildung von Konfliktlotsen an Einrichtungen der beruflichen Ausbildung

Multiplikatoren-Schulung von Ausbildern und Sozialpädagogen

praktische Projekte mit Auszubildenden zur Problematik (Videofilme, Comics, Plakate, Songs)

Ansprechpartner: Harald Schulzendorf, Dietmar Weyer

Kontakt:

Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Berlin e.V.
Glambecker Ring 80-82, 12679 Berlin
Tel.: (030)9339510, (0171)4585748, (03338)7068761
e-mail: LAG-Berlin@t-online.de

Magdalena Caritas Kinder -und Jugendzentrum

Das Angebot des Magdalena Caritas Kinder -und Jugendzentrum richtet sich an Kinder und Jugendliche im Alter von 8-27 Jahren.

Unsere ständigen Angebote sind:

Offener Bereich: Billard, Kicker, Dart, Playstation, Spiele und vieles mehr

Sport: Kraft-/Fitnessraum, Tanzraum, Beachvolleyballfeld, Beachsoccerfeld, Tischtennis, Streetsoccer, Torwand

Musik: Proberaum für Bandarbeit, Tonstudio

Werkstatt: Holz –und Metallverarbeitung

PC-und Internetaum

Mädchenraum

Zusätzlich werden unsere Basisangebote durch weitere Angebote ergänzt, wie beispielsweise durch Musikunterricht, Tanzworkshops, Bastelnachmittage, Fotoprojekte u.v.m.

Außerdem werden regelmäßig Outdoor-Aktionen angeboten, z. B. Kino, Bowling, Besuche im Museum oder Zirkus und auch Ferien -und Wochenendfahrten.

Kontakt:

Eingang: Albert-Höblerstr., gegenüber Haus Nr. 12
10365 Berlin

Tel: (030) 55009200
Fax: (030) 55009707
e-mail: mail@caritas-jugendclub.de
Internet: www.caritas-Jugendclub.de

Projekt „Jugendliche interviewen Zeitzeugen für Jugendliche“

Das Projekt "Jugendliche interviewen Zeitzeug/innen für Jugendliche" befähigt Jugendliche, ein Zeitzeugengespräch vorzubereiten und eigenständig durch zu führen. Die Jugendlichen haben mehrere Gelegenheiten den Zeitzeugen kennen zu lernen und zu erfahren, wie er oder sie den Alltag im Nationalsozialismus als Verfolgte/r, Untergetauchte/r oder als Retter/in erlebt hat. Auf einer gemeinsamen Busfahrt durch Berlin werden wichtige Orte und Lebensstationen des Zeitzeugen fotografisch dokumentiert und auf der Abschlussveranstaltung in Form einer Diareihe gezeigt.

Zur Vorbereitung auf die Abschlussveranstaltung bekommen die Jugendlichen eine Einführung in Moderations- und Interviewtechniken.

Das Projekt wird seit über einem Jahr von CIVITAS gefördert und ist an den Förderverein des Museums Blindenwerkstatt Otto Weidt, Rosenthaler Str. 39, am Hackeschen Markt angegliedert.

Ansprechpartner des Museums Blindenwerkstatt: Otto Weidt

Kontakt:

Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt
Tel: (030)28599407
Fax: (030)25762614
e-mail: ausstellung@blindes-vertrauen.de
Internet: www.blindes-vertrauen.de

Roter Baum e.V.

Bildungsfahrten mit Jugendgruppen und Schulklassen

Kontakt:

Roter Baum e.V. im Haus der Begegnung U5, 12619 Berlin
Martin Uther
Tel.: 99281 840

Selbstverwaltete Jugendzentren

Selbstverwaltete Jugendprojekte tragen dazu bei, regional basisch-demokratische Fundamente aufzubauen und Jugendlichen Verantwortung, Courage und Toleranz zu vermitteln. Jugendliche zwischen 14 und 25 lernen durch Selbstorganisation und Engagement in einem Jugendzentrum bzw. für Projekte sich zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Personen zu entwickeln und an Gewaltlosigkeit anlehrende Grundsätze zu bestärken. Selbstverwaltete Jugendzentren bieten durch ihre offenen und durch Jugendliche wesentlich mitbestimmten Angebote in der Jugendarbeit präventive Maßnahmen zur Gewaltvermeidung und umfangreiche aufklärende Informationsangebote zu politisch bedeutsamen Themen, wie nicht zuletzt Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus. Die Maßnahmen werden erfolgreich mit Kultur- und Freizeitangeboten verknüpft.

Kontakt:

Jugendprojekt – Das Haus e.V.,
Alt Kaulsdorf 43, 12621 Berlin,
Tel: 0170 9849198
e-mail: dashaus43@web.de

„Stark gegen Rechts“

Das Projekt „Stark gegen Rechts“ richtet sich mit seinen Angeboten an sozial benachteiligte Jugendliche des Bezirks Marzahn/Hellersdorf. Es besteht im wesentlichen aus zwei Arbeitsbereichen, dem internationalen Jugendaustausch und der interkulturellen Arbeit an und mit Schulen des Bezirks.

Im Bereich der internationalen Arbeit bemühen wir uns, Jugendlichen, die von sich aus nicht reisen könnten (wegen einem Mangel an Mitteln), in Kontakt mit den Jugendlichen anderer Länder zu bringen und die Begegnungen im Sinne eines persönlichen Austauschs zu moderieren.

Die Arbeit in Schulen findet in Form von einzelnen Seminaren, Exkursionen oder auch Projektwochen statt, während derer Schüler/innen die Möglichkeit haben, sich mit der Vielfalt ihrer Stadt auseinanderzusetzen. Lernspaziergänge durch Kreuzberg, Moscheen, das ehemalige jüdische Viertel oder durch den Shaolin Tempel in Berlin finden mit einer entsprechenden Vor- und Nachbereitung statt. Zentrales Anliegen des Projektes ist es, über Wahrnehmungsprozesse im Kontakt mit Fremdem, Fremde und Fremden aufzuklären und so Fremdenfeindlichkeit durch Erfahrungen und Selbsterfahrungen etwas entgegenzusetzen

Kontakt:

Projekt Stark gegen Rechts
Haus Sonneneck
Alt Hellersdorf 29-31, 12689 Berlin
Tel.: (030)99285381
e-mail: mgerlach@kids-und-co.de

Projekträger:

Kids & Co g.e.V.
Murtzener Ring 70-72, 12681 Berlin
Tel.: 54376812
e-mail: verein@kids-und-co.de
Internet: www.kids-und-co.de

Stress in der Disco

Im Jahr 2003 hat die Bundesregierung ihren klaren politischen Willen zur weiteren Unterstützung von Projekten zur Stärkung von Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zum Ausdruck gebracht werden.

„Stress in der Disco“, ist ein Projekt, welches von der Deutschen Gesellschaft organisiert und durchgeführt wird. Dieses soll den Jugendlichen Auskunft über den eigenen Standpunkt geben und sie stärken und ermutigen, sich aktiv gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt einzusetzen. Es wurden Rollenspiele entwickelt, erarbeitet und durchgeführt, die den Jugendlichen Wege aufzeigen sollen, wie sie in Konfliktsituationen mit ihren Gefühlen umgehen können. Im Zuge des Projektes wurden Printmaterialien veröffentlicht, die Rollenspiele und Typentests für Jugendliche beinhalten.

Die Deutsche Gesellschaft bietet des Weiteren auch Seminare an, in denen die Problematik gemeinsam mit den Multiplikator/innen an Schulen und in der freien Jugendarbeit behandelt wird.

Kontakt:

Deutsche Gesellschaft
Bundesallee 22, 10717 Berlin
Tel: (030) 88412141
Fax: (030) 88412223
e-mail: dg@deutsche-gesellschaft-ev.de
Internet: www.deutsche-gesellschaft-ev.de

Theater der Erfahrungen

Das Berliner Altentheater „Theater der Erfahrungen“ hat sich seit zehn Jahren mit der generationsübergreifenden Arbeit einen zweiten Schwerpunkt gesetzt. Über Integrationskurse in sozial belasteten Bezirken (Jung - Alt - Dramolett „Die von nebenan“ mit Weddinger Jugendlichen) oder internationale Forschungsprojekte zur Geschichte (Erben für die Zukunft, Berlin - Lublin) versucht das Theater der Erfahrung mögliche Berührungsfelder zwischen sehr jungen und alten Menschen zu nutzen, um mittels Theater brennende Themen darstellungsreif zu gestalten. Dabei gab und gibt es verschiedene Kooperationen mit Berliner Schulen. Eingebettet in Projekt-tage, Unterrichtseinheiten oder nachmittägliche Arbeitsgruppen leiten Theaterpädagogen Workshops, in denen die spielenden Senioren als Multiplikatoren fungieren. Thematisiert werden persönliche und politische Geschichte, gegenwärtige Probleme und Pläne für die Zukunft. Zielgruppe: Senioren-Einrichtungen, Sozialarbeiter, Schulen, Quartiersmanagement
Ansprechpartnerin: Eva Bittner

Kontakt:

Theater der Erfahrungen
Cranachstraße 7, 12 157 Berlin
Tel: (030) 855 42 06
Fax: (030) 855 43 78
e-mail: theater-der-erfahrungen@nachbarschaftsheim-schoeneberg.de
Internet: www.theater-der-erfahrung.de

Verein Nachbarschaftshaus Prinzenallee e.V.

Das Nachbarschaftshaus Prinzenallee 58 bietet umfangreiche Projekte und Maßnahmen an, um Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus vorzubeugen.

Interkulturelles Zusammenleben:

Interkulturelle Disco von Kids für Kids unterschiedlicher Herkunftsländer (9-15 Jahre), Break-dance, Spiele, Wettbewerbe etc., Bauwagen, ein interkulturelles Jugendprojekt,

Mädchennachmittag:

Pädagogisch betreuter interkultureller Mädchentreffpunkt mit Kursen, Beratung und Freizeitangeboten.

Hausaufgabenhilfe für Schüler und Schülerinnen aus den hiesigen Grundschulen.

Deutsch-, Alphabetisierungs- und Integrationskurse für Frauen und Männer zur Verständigung und besserem Miteinander durch Sprach- und Lesekompetenz, gemeinsame Diskussionen und Bearbeitung von Alltagsproblemen und gegenseitigen Unterstützung

Elternsprechstunde für Eltern arabischer Herkunft bei Problemen mit Kindertagesstätten und Schulen.

Beratung im Ausländer- und Asylrecht etc.

Stadtteilstunden und sozialkulturelle Veranstaltungen.

Das dazugehörige Cafe Esscapade bietet Raum für nachbarschaftliche Kontakte.

Antisemitismus:

Das Nachbarschaftshaus befindet sich in einem Gebäude der ehemaligen Hutfabrik der jüdischen Familie Gattel. Gemeinsame Aktivitäten zwischen der Gattel - Stiftung (gegründet 1983) und dem Nachbarschaftshaus dienen der Förderung des geschichtlichen Bewusstseins und der Sensibilisierung gegen den Antisemitismus.

Die umfangreichen Angebote entnehmen Sie bitte der Broschüre Stadtteil Verbund für Nachbarschaft und Selbsthilfe im Wedding

Kontakt:

Nachbarschaftshaus Prinzenallee
Prinzenallee 58, 13359 Berlin - Wedding
Ansprechpartnerin: Frau Petra Kindermann
Sprechzeiten: Mo 16-18 Uhr, Di 12-15 Uhr, Mi 12-15 Uhr, Do 12-15 Uhr
Tel: (030) 49 76 60 41
Fax: (030) 49 90 23 33
e-mail: prinzenallee58@t-online.de
Internet: www.nachbarschaftshaus-prinzenallee.de

Für Multiplikatoren (Lehrer/innen, Sozialpädagogen/innen, Erzieher/innen)**Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V.**

Der Bundesverband veranstaltet 2004 zum zweiten Mal eine Fachkonferenz zu dem Thema „Ein Bündnis zwischen Bildung und Justiz zur Erarbeitung von Bildungs- und Erziehungsstrukturen zur Stärkung von (Menschen-) Rechts- und Demokratiebewusstsein, Empathie und Rechtsverhalten in der interkulturellen Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts und zur Verhinderung von Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“.

Die 2. Potsdamer Fachkonferenz vom 2.- 4. Sept. 2004 schloss nahtlos an die Ergebnisse der 1. Fachkonferenz an: www.potsdamer-fachtagung.de

Von dem dort erzielten Konsens ausgehend war u.a. diskutiert worden, ob die Strukturen unseres heutigen Bildungs-, Erziehungs- und Justizsystems Raum für eine gemeinwesenorientierte Bildung und Erziehung zur Achtung des Anderen, zur Verantwortung und zur Toleranz vorsehen.

Die Fachkonferenzen finden regelmäßig, d.h. einmal im Jahr, statt.

Zielgruppe:

Multiplikatoren (alle, die beruflich und/oder privat mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben)

Ansprechpartner: Sigrun von Hasseln, Hella Hering - Ebbinghaus

Kontakt:

Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V.
Königsberger Str. 28 A, 12207 Berlin
Tel.: 030-76884187 (88)
Fax: 030-76884190
e-mail: bundesverband@jugendrechtshaus.de
Internet: www.jugendrechtshaus.de

Berliner Verfassungsschutz

Der Berliner Verfassungsschutz bietet interessierten Trägern und Gruppen von Multiplikatoren Informationsvorträge zum Thema Rechtsextremismus an, in denen allgemeine Informationen über das Arbeitsfeld sowie spezielle Einzelaspekte aus Sicht der Behörde vermittelt werden. In diesen vielfach nachgefragten Vorträgen wird auch auf die spezifische Lage in Problembezirken eingegangen.

Durch die Abteilung Verfassungsschutz werden darüber hinaus Informationsbroschüren zum Rechtsextremismus erstellt und kostenlos angeboten. Im Jahr 2004 erschien die Publikation „Rechtsextremistische Skinheads“, die sich an die informierte Fachöffentlichkeit und Pädagogen wendet. Alle Informationen sind auch über den Internetauftritt des Berliner Verfassungsschutzes unter www.verfassungsschutz-berlin.de abrufbar.

Polizeilicher Staatsschutz

Infotelefon „Rechts“

Tel.: 030 / 691 11 83

Nähere Erläuterungen finden Sie im Kapitel „Maßnahmen der Senatsverwaltungen, Senatsverwaltung für Inneres“.

Camino - Werkstatt für Fortbildung Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Camino bietet Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Beratung für Multiplikator/innen zu den Themenfeldern organisierter Rechtsextremismus und rechtsextreme Jugendkulturen, Demokratiekompetenz, Pluralismus und Toleranz in der Nachbarschaft sowie Interkulturelle Kompetenzen.

Camino ist in diesen Feldern in der Fortbildung, Projektberatung, Praxisbegleitung und Forschung tätig. Insbesondere entwickelt Camino integrierte lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und für Toleranz und Demokratie. Dabei erstellt Camino in der engen Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort eine Situations- und Ressourcenanalyse, die als Grundlage für die Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs dient.

Ansprechpartner: Sabine Behn, Ingo Siebert

Kontakt:

Camino - Werkstatt für Fortbildung Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Scharnhorststr. 5, 10115 Berlin ;

Tel: (030) 786 29 84,

Fax: (030) 785 00 91

e-mail: mail@camino-werkstatt.de

Internet: www.camino-werkstatt.de , www.aktionsplan-potsdam.de

Standpunktpädagogen

Die Standpunktpädagogen unterstützen Lehrkräfte wie auch Schülerinnen, Schüler und Eltern bei der Analyse von Vorgängen und Auseinandersetzungen, die mit diskriminierenden, undemokratischen und rechtsextremen Verhaltens- und Erscheinungsformen in Verbindung gebracht werden. Sie beraten selbst oder vermitteln Beratung. Es werden Fortbildungen angeboten.

Ansprechpartner: Michael Rump – Räuber

Kontakt:

Landesinstitut für Schule und Medien
Alt- Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin
Tel: (030) 9021-2916
Fax: (030) 9021-2857

Für Schülerinnen und Schüler

Bund der Antifaschisten Treptow e. V.

Der BdA - Treptow e. V. führt seit genau 10 Jahren in seiner Begegnungsstätte PRO, in Schulen und anderen Einrichtungen des Bezirks Antigewalt-Projekte durch. Ziel ist es dabei vor allem, Jugendliche über die Ursachen und Erscheinungen von Rechtsextremismus und Neonazismus aufzuklären und gegen rechts zu immunisieren. Besonderes Augenmerk wird den Veranstaltungen, Begegnungen, Gesprächen und Exkursionen mit Zeitzeugen aus dem antifaschistischen Widerstandskampf von 1933 bis 1945 beigemessen.

Zwei aktuelle Projekte sind von besonderem Gewicht: „Lern- und Lehrmittel über den Nationalsozialismus – Hilfe für Schulen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ und das Projekt „Stolpersteine“ zum Gedenken an NS-Opfer, die auf dem Territorium des heutigen Bezirks gelebt haben.

In Zusammenarbeit mit der Berliner Geschichtswerkstatt wird ein weiteres Projekt zum Thema „Zwangsarbeiterleben während der NS-Zeit“ durchgeführt.

Kontaktadresse:

Bund der Antifaschisten Treptow e. V.
Kieffholzstraße 275, 12437 Berlin
Begegnungsstätte PRO
Tel.: (030) 5 32 86 44
Fax: (030) 53 69 63 24
e-mail: bda-treptow@web.de
Internet: www.bda-treptow.de

Coolness-Training (CT) & Soziale Kompetenz (SoKo) an der Hans - Böckler - Schule

Ziele des Coolness-Training (CT) & Soziale Kompetenz (SoKo):

CT ist ein Trainingsangebot für Jugendliche zur Verbesserung der Handlungskompetenz in konflikträchtigen Alltagsituationen.

CT dient der Prävention und Intervention von Gewalt in der Schule.

CT verbessert die Soziale Kompetenz von Jugendlichen und fördert eine Kultur des Hinschauens und der friedfertigen Einmischung.

CT dient der Reduzierung der Feindlichkeitswahrnehmung, fördert selbstbehauptetes und deeskalierendes Verhalten in Konfliktsituationen.

CT dient der Stärkung der Opfer, der Sensibilisierung der Täter und der Stärkung der Kompetenzen der peer - group für schwierige Situationen.

CT dient der Verfestigung eines zivilisatorischen Standards der Friedfertigkeit. Wichtiges Ziel ist die Opfervermeidung.

Zielgruppen:

Jugendliche und Heranwachsende in der Berufsvorbereitung und Berufsausbildung
Organisationen (Zeitliche Gestaltung):
CT als Lern- und Trainingsangebot (pro Trainingsgruppe 40 Schulstunden).

Kontakt:

Hans - Böckler - Schule, Oberstufenzentrum Konstruktionsbautechnik,
Ansprechpartner: Herr Roland Büchner
Lobeckstr. 76, 10969 Berlin
Tel: (030) 616705-33
Internet: www.osz-kt.de

Flatow-Oberschule

In der Schule ist das folgende Projekt auf Beschluss der BVV angelaufen:
Projekt „Stolpersteine“ in Köpenick

Anleitende Lehrerin: K. Schumacher

Kontakt:

Flatow-Oberschule:
Birkenstr. 11, 12559 Berlin
Tel: (030) 6548 6630
Fax: (030) 6548 6640

Friedrich-Fröbel-Schule

Am Ende des Schuljahres und/oder der Schulhalbjahres organisieren wir Gedenkstättenfahrten nach Buchenwald oder Auschwitz unter Beteiligung von Zeitzeugen.

Zielgruppe: Jugendliche aus Treptow - Köpenick

Im Jahr 2004 fuhren ca. 100 Jugendliche nach Buchenwald (Kooperation mit Bezirksamt Treptow - Köpenick).

Zur „Reichspogromnacht“ am 9.11. führen wir in der Aula Veranstaltungen mit Zeitzeugen durch. Diese Veranstaltung war bisher schulintern, kann aber nach außen geöffnet werden.

Zielgruppe: Jugendliche aus Treptow - Köpenick

Informationen:

Friedrich-Fröbel-Schule
Lindenstr. 1, 12555 Berlin
Ansprechpartner: Herr Klemm
Tel: (030) 6548 43 60
Fax: (030) 6548 43622

OSZ Druck- und Medientechnik

Das OSZ Druck- und Medientechnik führt jährlich Projekte in der Werkstatt „0305“ mit den Schwerpunkten Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus durch. Dabei werden Hochdruck-Plakate zu den Themen von Schülerinnen und Schülern hergestellt.

In 2003 wurden diese Plakate im Abgeordnetenhaus ausgestellt. (OBF, BGJ, BQL)

Wir nehmen regelmäßig an Ausstellungen und anderen Aktivitäten zu den genannten Themen in Reinickendorf und darüber hinaus teil. (OF)

Wir pflegen eine enge Zusammenarbeit mit unserem Kooperationspartner, der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. (BGJ, OBF)

Kontakt:

Ansprechpartner: Ingo Grollmaus

Cyclopstr. 1-5, 13437 Berlin

Tel: (030) 4147 92-0

Fax: (030) 4147 92 21

e-mail: DruckMedien@web.de

OSZ für Wirtschaft und Sozialversicherung

Seit dem 01.10.01 beteiligt sich das OSZ am EU-Projekt Sokrates „Tolerantschools – ein europäisches Netzwerk“. Die Kollegen Brandt, Becker und Pfaff haben im Rahmen dieses Projekts gemeinsam mit Schülern des OSZ zum Thema Schule gegen Rechtsradikalismus und Gewalt gearbeitet. Die Ergebnisse und die Präsentation waren unterschiedlich. Neben der Ursachenforschung und Darstellung von Untersuchungen und Befragungen fanden u.a. auch Diskussionen mit Zeitzeugen sowie der Besuch von Ausstellungen und Gedenkstätten statt.

Des Weiteren wurden ein Video-Clip sowie eine Fotostory zur Thematik erarbeitet. Als ein besonderes Erlebnis darf die Teilnahme an der Erarbeitung einer Fotoausstellung gemeinsam mit polnischen Jugendlichen in Frankfurt / Oder betrachtet werden.

Die Arbeitsergebnisse sind unter www.tolerantschools.org zu sehen.

Durch das Projekt und die Internetplattform werden interessante Praxisbeispiele aus verschiedenen Ländern auf europäischer Ebene dargestellt und geben somit Anregungen und Hilfestellungen bei der Erörterung und Bearbeitung dieser Problematik.

Kontakt:

OSZ für Wirtschaft und Sozialversicherung

Helmholtzstr. 37, 12459 Berlin

Tel: (030) 5389 58-0

Fax: (030) 5389 5829

Paul-Löbe-Oberschule

Umbrüche in meinem Leben - Gehen, Kommen oder Bleiben? -Interviews mit Zeitzeugen aus der Familie und der weiteren näheren Wohnumgebung.

Warum Mitglieder der eigenen Familie ihre Heimat verlassen haben oder in ihre "alte" Heimat zurückgekehrt sind, fragen sich die Schüler unserer Klasse immer wieder. Auch die Fragen, warum Menschen der näheren Umgebung trotz der großen Umbrüche im Laufe der Zeitgeschichte (2 Weltkriege, Mauerbau etc.) in ihrer Heimat geblieben sind und wie sie ihr Leben ändern mussten, beschäftigen unsere Schüler seit langer Zeit und blieben bisher unbeantwortet. Neugierde, Bewunderung, aber auch Unverständnis und Unkenntnis sind hierbei die Motoren für das Interesse der Jugendlichen.

Durch Beschäftigung mit Geschichte und persönliche Begegnung mit Zeitzeugen bzw. Reflexion eigener Erlebnisse der Schüler, wird die Wirkung geschichtlicher Ereignisse auf das Leben des Einzelnen erlebbar und besser verständlich; dabei kommt es auch zur Konfrontation

und Auseinandersetzung mit Auswirkungen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Die Arbeitsergebnisse unserer Schüler können als Anregung dienen. Sie sind mit Unterstützung des BM für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Stiftung Demokratische Jugend im Projekt „Zeitenspringer – Wir hier und jetzt...“ entstanden und können unter www.lernideen.com eingesehen werden.

Kontakt:

Paul - Löbe - Oberschule
Lindauer Allee 23-25, 13407 Berlin,
Tel.: (030) 495 70 26/ 27
Herr Parizek
e-mail: parizek-berlin@gmx.de
Internet: www.parizek.de

Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) Berlin

Die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) Berlin besteht seit 1991. Sie initiiert und entwickelt Projekte, unterstützt Pädagogen, Jugendliche, Eltern und Ehrenamtliche in Schule, Jugendarbeit und Gemeinwesen. Als Agentur zur Entwicklung von Zivilgesellschaft regt sie Vernetzungen von Schul-, Jugend- und Sozialarbeit an und begleitet sie.

Als eine Unterstützungsagentur für demokratische Schulentwicklung arbeitet sie mit schulischen und außerschulischen Experten zusammen, fördert ein demokratisches und kreatives Klima im Umfeld von und in Schulen, antwortet mit eigenen Projekten auf die Ethnisierung von Konflikten und die soziale Ausgrenzung von Minderheiten, erprobt in ihrer Projektwerkstatt neue Schulöffnungs- und Partizipationsmodelle und betreut Schulen bei der Entwicklung zu Ganztagschulen.

Ansprechpartner: Geschäftsführerin, Leiter BLK - Programm

Zielgruppe: Schulen, Schülervertretungen, Multiplikatoren, staatliche und nicht staatliche Organisationen, Institutionen, Einrichtungen der Jugendhilfe, demokratische Initiativen, Studenten

Weitere Betätigungsfelder:

EQUAL – Projekt: Erprobung innovativer Methoden der Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt unter aktiver Beteiligung von Roma und Sinti vor Ort mit Entwicklung neuer Ansätze für die berufliche Qualifizierung und Integration (mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds).

Ansprechpartner: Bundes- und Regionalkoordinator/in

Dienstleistungen:

- Mediathek zu Themen: Integration von Ausländern, Schulentwicklung, aktuellen gesellschaftlichen Erscheinungen und Entwicklung, wie Rechtsextremismus, u.a.
- Künstlerdatei mit dem Ziel der Vermittlung ausländischer Künstlerinnen und Künstler in pädagogische Projekte

Kontakt:

Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) Berlin
Chausseestraße 29, 10115 Berlin (Mitte)
Verkehrsverbindung: U - Bahnlinie U6, Bahnhof Zinnowitzer Straße, zweite Station nach dem S- und Fernbahnhof Friedrichstraße in Richtung Alt-Tegel

Tel: (030) 240 45-100
Fax: (030) 240 45-509
e-mail: info@raa-berlin.de
Internet: www.raa-berlin.de

Projekttag „Für Demokratie Courage zeigen“

des Netzwerkes für Demokratie und Courage e.V. (NDC)/Landesnetzstelle Berlin-Brandenburg in Kooperation mit der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg

Seit mehreren Jahren besucht das NDC in Kooperation mit der DGB-Jugend mit ehrenamtlichen Bildungsteams berufs- und allgemeinbildende Schulen in Berlin und Brandenburg. Unser Programm umfasst inzwischen neun verschiedene Projekttag à sechs Schulstunden. Die Projekttag richten sich jeweils an spezifische Altersgruppen ab der 8. Klasse. Unsere jungen, gut ausgebildeten TeamerInnen behandeln mit spielerischen und erlebnisorientierten Lernmethoden Themen wie Rassismus, Migration, Diskriminierung, Rechtsextremismus, Demokratie und Courage. Wir wollen zum Nachdenken und zu eigenem Handeln anregen. Unser für die (Berufs-) Schulen kostenloses Angebot unterbreiten wir mittlerweile in neun Bundesländern und in Frankreich.

Was in den konkreten Projekttagen behandelt wird, können sie nachlesen auf unserer Internetseite www.netzwerk-courage.de oder in dem bei uns erhältlichen Flyer. Mit diesem sind auch Buchungen möglich.

Kontakt:

Netzwerk für Demokratie und Courage e.V./Landesnetzstelle Berlin-Brandenburg
Susann Rührich/ Fachreferentin Projektmanagement
Keithstraße 1-3, 10787 Berlin
Tel: (030) 21 24 04 24
Fax: (030) 21 24 04 26
e-mail: berlin@netzwerk-courage.de
Internet: www.netzwerk-courage.de

Selbsthilfe-Förderung Ausländischer Bürger (SFAB e.V.)

- Projekt 1: Fremde sind Freunde (Schulprojekt gegen Ausländerfeindlichkeit)
(Verantwortlich: Frau Jäkel)
- Projekt 2: Jugend gegen rechtes Gedankengut
(Verantwortlich: Frau Prömper)

Zielgruppen:

Deutsche und ausländische Kinder und Jugendliche in Schulen und Kindertagesstätten
Lehrer/innen und Erzieher/innen,
Mitarbeiter/innen von Behörden und Institutionen mit multikulturellen Kontakten

Projektziele:

Ziel der vorliegenden Projekte ist es, Vorurteile bei Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft und Nationalität auszuräumen bzw. die Wurzeln dieser Vorurteile aufzuzeigen, Möglichkeiten für Gemeinsamkeiten auszuloten, Interesse am Anderen zu wecken und damit Aggressionen auf beiden Seiten abzubauen. Insbesondere junge Menschen sind für neue rechtsex-

treme Angebote aufnahmebereit, um Unzufriedenheit und Existenzfrust zu überspielen. So soll Gewaltkriminalität und rechtsradikalen Tendenzen entgegengewirkt werden.

Konkret werden folgende Aufgaben erfüllt:

- Veranstalten von Projekttagen in Schulen, Kitas und im Verein: Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen zur Planung, Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen (einschl. schulischen Projekttagen in den Fächern Sozialkunde, Geschichte u. a. sowie von fachungebundenen Projekttagen)
- Organisieren und Durchführen von Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrer, Angestellte von Behörden mit interkulturellen Kontakten (z.B. Bezirksamt, Sozialamt, Polizeischule),
- Vertiefung der überbezirklichen Kontakte zu anderen Jugendprojekten für größere gemeinschaftliche Aktionen

Mitarbeit und/oder Kontakte mit Bündnissen gegen Rechts in ganz Berlin

Kontakt:

Selbsthilfe-Förderung Ausländischer Bürger (SFAB e.V.)
Zum Hechtgraben 1
13051 Berlin
Tel.: (030) 98 148 91
Fax: (030) 98 63 74 53
e-mail: vsfab@aol.com

Staatliche Fachschule für Sozialpädagogik Berlin und Berufsfachschule/Fachoberschule für Sozialwesen Berlin-Charlottenberg

27. Januar – Gegen das Vergessen

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz

Als Teil der Bildungs- und Erziehungsarbeit unserer drei Schulen gestalten wir den Unterricht am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus als Tag des Gedenkens und Erinnerns.

Überlebende des Holocaust und des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, Nachkommen der Opfer- und Tätergeneration, Vertreterinnen und Vertreter möglichst aller so genannten Opfergruppen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter politischer Organisationen und Initiativen gegen rechtradikale Gewalt, Antisemitismus und Rassismus sind an diesem Tag unsere Gäste.

Gemeinsam mit ihnen wollen wir durch Referate, Gespräche und Diskussionen, Lesungen, Ausstellungen und Exkursionen dazu beitragen, das Geschehene im Gedächtnis zu bewahren und als Bezugs- und Ausgangspunkt zu nehmen für eine Erziehung zur Toleranz, zur friedlichen Lösung von Konflikten, zum Respekt für alle Menschen und ihrer unveräußerlichen Würde.

Da wir als Ausbildungsstätte für künftige Erzieherinnen und Erzieher die Gestaltung des Gedenktages auch als eine in die Zukunft weisende Aufgabe verstehen, haben wir großes Interesse daran, mit anderen Schulen zusammen zu arbeiten.

Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II sind herzlich eingeladen an den Arbeitsgruppen teilzunehmen.

Schülerinnen und Schüler der Löcknitz-Grundschule sind wiederholt unsere Gäste gewesen. Sie haben über ihr Projekt „Denk - mal“ berichtet.

Solche und andere Aktivitäten könnten in eigenen Arbeitsgruppen, durch Ausstellungen oder andere Formen der Präsentation vorgestellt werden.

Wir würden uns freuen, mit der einen oder anderen Schule gemeinsam bestimmte Angebote für den Gedenktag zu planen und durchzuführen und auch darüber hinausgehend längerfristig angelegte Vorhaben miteinander zu entwickeln.

Ansprechpartner sind Herr Uwe Dischereit als Koordinator und Herr Wolfgang Brauer als Leiter der Fachschule.

Kontakt:

Bismarckstr. 20, 10625 Berlin
Tel: (030) 3450 6714
Fax: (030) 3450 6740

Teams für Toleranz - Landschaft als Lernwerkstatt und Erfahrungsraum

eine Garten- und Kunstaussstellung von Berliner Schulklassen

„Teams für Toleranz“ ist ein Projekt des Netdays Berlin e.V. in Kooperation mit dem ufaFabrik Berlin e.V. und wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms CIVITAS durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Von März bis Juni 2004 gestalteten auf dem Gelände der ufaFabrik insgesamt ca. 360 Kinder und Jugendliche in zehn Projektwochen in eindrucksvoller Weise kreative Statements zu tolerantem Miteinander. Im Rahmen der Themenbearbeitung für jedes Beet wurden neben den sozialen Werten, wie Verantwortung, Selbstbewusstsein, Teamgeist und Kreativität auch interkulturelle Schlüsselkompetenzen, wie das Verständnis für die eigene und für fremde Kulturen den Berliner Schüler/innen im Alter zwischen 9 und 16 Jahren vermittelt.

Die kreative Gestaltung der eigenen Umwelt in Form einer Garten- und Kunstaussstellung bietet einen idealen Rahmen, um das Verständnis für eine demokratische Kultur und das soziale und bürgerschaftliche Engagement bei Kindern und Jugendlichen zu fördern. Die Ausstellung steht Besuchern und im Besonderen Schulklassen als Inspiration und Gedankenaustausch zum Thema Toleranz und Respekt in der ufaFabrik und unter www.netdays-berlin.de zur Verfügung.

Kontakt:

Netdays Berlin e.V.
c/o ufaFabrik
Viktoriastraße 10–18, 12105 Berlin
Tel: (030) 756 89 20
Fax: (030) 756 892 22
e-mail: info@netdays-berlin.de

The Flüchtlings - Voice e.V.

Projekttag in Schulen: Gemeinsam mit Flüchtlingen aus den verschiedensten Ländern werden in kleinen Gruppen anhand unterschiedlicher Schwerpunkte die Themen Rassismus, Gewalt, Vorurteile sowie die Lebenssituation von Flüchtlingen behandelt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass bei den Schüler/innen ein großes Interesse geweckt werden kann. Die Projekttag werden individuell mit den verantwortlichen Lehrer/innen abgestimmt.

Kontaktvermittlung zu Flüchtlingen in Berlin und Brandenburg für neue Projekte mit Flüchtlingen.

Ansprechpartner: Günther Jikeli

Kontakt:

Verein Flüchtlings - Voice e.V.
Naunynstr. 59, 10999 Berlin
Tel: (030) 69535680
e-mail: Jikeli@gmx.de

Für Eltern

Elterninitiative gegen rechte Gedanken in den Köpfen unserer Kinder

Die Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, Ansprechpartner für Eltern zu sein, deren Söhne oder Töchter mit rechtem Gedankengut sympathisieren und die darüber Hilfe und Austausch suchen. Außerdem bietet die Elterninitiative Informationen zu rechtem Lifestyle, Symbolik und Musik. Die Treffen finden bei Licht - Blicke statt.

Kontakt, Information und Beratung über Licht - Blicke.

Licht-Blicke / pad e.V.
Netzwerk für Demokratie und Toleranz
Ahrenshooper Str. 7, 13051 Berlin
Tel: (030) 99270555
Fax: (030) 99270556
Handy: 0162-1595405
e-mail: netzwerk-lichtenberg@gmx.de
Internet: www.licht-blicke.org

Exit-Elterninitiative

Die Exit - Elterninitiative berät und unterstützt Eltern und Angehörige von rechtsextremen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Es wird zum einen eine telefonische Einzelfallberatung und zum anderen die Teilnahme an regionalen Selbsthilfetreffen mit anderen betroffenen Eltern angeboten.

Kontakt:

EXIT - Elterninitiative
Postfach 040 324, 10062 Berlin
Tel: 0173 9738386
e-mail: elterninitiative@exit-deutschland.de
Internet: www.exit-deutschland.de

Für Opfer

„Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin“ (ADNB) des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg

Das ADNB tritt mit seiner Arbeit den unterschiedlichen Formen von Diskriminierung entgegen, mit denen viele Migrant/innen, Flüchtlinge und People of Colour in Berlin konfrontiert sind: sei es aufgrund der ethnischen Herkunft, des Aussehens und anderer Merkmale wie Geschlecht, sexuelle Identität/Orientierung, Behinderung, Alter und Religion.

Das ADNB hat drei Schwerpunktbereiche:

- Vernetzung auf verschiedenen Ebenen, wie z.B. das „Beratungsnetzwerk gegen Diskriminierung und Rassismus“
- Prävention und Intervention über die eigene „Beratungsstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“
- Empowerment und Sensibilisierung über Veranstaltungen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Sprechzeiten für die Antidiskriminierungsberatung sind Di. 15 - 17 Uhr und Do. 10 – 12 Uhr, sowie nach telefonischer Vereinbarung.

Ansprechpartnerin: Florencio Chicote, Florencio.Chicote@tbb-berlin.de ,
Nuran Yiğit, Nuran.Yigit@tbb-berlin.de

Kontakt:

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB)
c/o Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg
Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin
Tel: (030) 61 30 53 28
Fax: (030) 61 30 43 10
e-mail: adnb@tbb-berlin.de
Internet: www.adnb.de

Bund gegen ethnische Diskriminierung in der Bundesrepublik Deutschland e.V. BDB

Praktische Hilfe und Unterstützung in Fällen von Diskriminierung; Erstellung von Dokumentationen der Diskriminierungsfälle, interkulturelle Trainingsmaßnahmen, z.B. mit Polizeischüler/innen und -beamtinnen, Entwicklung von Vorschlägen für effektive Maßnahmen gegen Diskriminierungen sowie Beobachtung der Entwicklungen zum Antidiskriminierungsgesetz, Öffentlichkeitsarbeit

Kontakt:

Pohlstr. 60-62, 10789 Berlin
Tel: (030) 216 88 84
Fax: (030) 216 79 26
e-mail: bdb@bdb-germany.de
Internet: www.bdb-germany.de

DAV-Stiftung Contra Rechtsextremismus und Gewalt

Der Deutsche Anwaltverein (DAV) hat die „DAV-Stiftung Contra Rechtsextremismus und Gewalt“ errichtet. Zweck der Stiftung ist es, Opfern rechtsextremistischer oder sonst politisch motivierter Gewalttaten zügig die Wahrung ihrer Rechte durch anwaltlichen Beistand zu ermöglichen. Die Stiftung übernimmt die notwendigen Kosten der Wahrnehmung der Rechte der Opfer, wenn die Anwälte nachweisen, dass sie in der Sache eines Opfers rechtsextremistischer Gewalt tätig geworden sind und das Opfer bedürftig ist.

Wer Opfer rechtsextremistischer oder sonst politisch motivierter Gewalt geworden ist, wählt einen Anwalt oder eine Anwältin aus und beauftragt ihn oder sie mit der Wahrnehmung seiner oder ihrer Rechte. Wer keinen Anwalt oder keine Anwältin kennt, dem hilft die Geschäftsstelle des DAV.

Kontakt:

Die Stiftung erreichen Sie beim Deutschen Anwaltverein,
Littenstraße 11, 10179 Berlin
Tel: (030) 72 61 52 – 0
e-mail: walentowski@anwaltverein.de

Opferhilfe Berlin e.V.

Beratungsstelle für Opfer von Straftaten, deren Angehörige und Zeugen

- kostenlos, vertraulich und auf Wunsch anonym
- einmalige oder längerfristige Beratung
- Informationen über den Ablauf polizeilicher und gerichtlicher Verfahren
- Begleitung zur Polizei
- Vorbereitung auf die Gerichtsverhandlung und Begleitung zum Prozess

Die Erstattung einer Anzeige ist nicht Voraussetzung für Beratung und Hilfe.

Kontakt:

Opferhilfe Berlin e.V.
Oldenburger Str. 9, 10551 Berlin
Tel: (030) 3952867 und 3959759
Fax: (030) 39879959
e-mail info@opferhilfe-berlin.de
Mo-Fr 10.00-13.00 Uhr, Di + Do 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung

Reach Out

Reach Out bietet Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. REACH Out berät und unterstützt Opfer und Zeug/innen rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe in Berlin, deren Angehörige und Freund/innen. Angeboten werden auch rechtliche Hilfestellungen, Informationen über finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten, psychosoziale Beratung, Begleitung zu Behörden, Gerichten und Medizinern.

Im Rahmen von Bildungsarbeit werden von Reach Out Informationsveranstaltungen initiiert, Seminare, Workshops und Fortbildungen angeboten. Hierbei steht immer die Situation des Opfers im Vordergrund.

Kontakt:

Reach Out
Oranienstr. 159, 10969 Berlin
Tel: (030) 695 68 339 und 695 68 344
Fax: (030) 695 68 346
e-mail: info@reachoutberlin.de
Internet: www.reachoutberlin.de

Weisser Ring

Eine große Zahl von Menschen erleiden als Opfer von Kriminalität und Gewalt körperliche, seelische und materielle Schäden. Das öffentliche Interesse gilt fast ausschließlich nur dem Tatgeschehen, der Persönlichkeit des Täters, seiner Verfolgung und Verurteilung. An das betroffene Opfer und seine Situation nach der Tat wird noch immer zu wenig gedacht.

Dies zu ändern hat sich der Weiße Ring zum Ziel gesetzt. Unser gemeinnütziger Verein ist sachkundiger und anerkannter Ansprechpartner für Politiker, Behörden, Justiz, Polizei, Wissenschaft und Medien.

Die Hilfeangebote sind u.a.:

- menschlicher Beistand nach der Straftat, Hilfestellung im Umgang mit Behörden und Begleitung zum Gericht,
- Beratungsschecks für eine kostenlose Erstberatung bei einem frei gewählten Anwalt und/oder für eine medizinisch-psychologische Erstberatung

Weiteres Satzungsziel neben der praktischen Hilfe für die Opfer ist die Kriminalitätsvermeidung. Die Aktion „Kraft gegen Gewalt – Sportler setzen Zeichen“ bietet die Plattform für privates wie staatliches Engagement, um der Jugendkriminalität sinnvoll vorzubeugen. Mit dem Streitschlichter-Konzept „Mediate“ wirbt der Weiße Ring in Schulen um ein friedvolles Miteinander und Konfliktlösungen durch die Schüler selbst.

Kontakt:

Das Landesbüro Berlin ist unter der Telefonnummer: 030/833 70 60 zu erreichen.

Zeugenbetreuung im Amtsgericht Tiergarten und Landgericht Berlin

(Opferhilfe Berlin e.V.)

Die Zeugenbetreuung dient dem Schutz und der Sicherheit von Zeugen im Gerichtsgebäude

- bietet einen geschützten Ort zur Überbrückung von Wartezeiten
- führt persönliche Gespräche vor der Verhandlung, am Verhandlungstag und bei Bedarf nach der Verhandlung
- gibt Informationen über den Ablauf eines Gerichtsverfahrens, die Funktion der Prozessbeteiligten und klärt über Rechte und Pflichten eines Zeugen auf

Kontakt:

Zeugenbetreuung im Amtsgericht Tiergarten und Landgericht Berlin

(Opferhilfe Berlin e.V.)

Wilsnacker Str. 4, 10557 Berlin

Raum B 20/21

Tel: (030) 90143498 und 90143206

e-mail: zeugenbetreuung@opferhilfe-berlin.de.

Mo.-Do. 8.30-14.30 Uhr, Fr. 8.30-13.30 Uhr

Für Aussteiger

Exit Deutschland

Exit bietet Aussteigewilligen aus der rechtsextremistischen Szene die Möglichkeit, neue Perspektiven zu entwickeln und Alternativen aufzubauen, wobei sich die Initiative bemüht, Angebote zu machen, die der individuellen Lebenssituation der Betroffenen entsprechen. Angesichts möglicher Bedrohungen aus der rechten Szene hat die Sicherheit potenzieller Aussteiger/innen höchste Priorität.

Kontakt:

Exit Deutschland
Postfach 040324, 10062 Berlin
e-mail: info@exit-deutschland.de
Internet: www.exit-deutschland.de

KICK Task - Force

Das mobile Beratungsteam „KICK Task-Force“ ist ein Projekt der Sportjugend Berlin und des Vereins für Sport- und Jugendsozialarbeit e.V. (VSJ). KICK Task-Force bietet bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt praxisrelevante Lösungen an.

Mit dem Angebot konkreter Beratung vor Ort, Vermittlung in Krisen- und Konfliktsituationen sowie praktischen Übungen wird ein Unterstützungssystem bereits gestellt, dass sich an Sportvereine und Schulen und Jugendeinrichtungen wendet.

Kontakt:

KICK Task - Force
Hanns-Braun-Straße / Friesenhaus II, 14053 Berlin
Tel: (030) 300 985 – 19
Fax: (030) 300 985 – 11
e-mail: Task-force@kick-projekt.de
Internet: www.kick-projekt.de

Für Engagierte in Initiativen und Projekten; Netzwerke

Bund der Antifaschisten Köpenick e.V.

Der Bund der Antifaschisten Köpenick e.V. führt monatliche Veranstaltungen durch mit Autoren, Persönlichkeiten zum Widerstand gegen Nazi-Terror, zu aktuellen Themen des Rechtsextremismus, besonders zur Nachbarschaft der NPD-Bundeszentrale, zu neuer Literatur aus diesem Bereichen.

Wir haben zu o. a. Themen eine kleine Bibliothek, die zu den Geschäftszeiten genutzt werden kann.

Auf Grundlage eines Beschlusses der BVV Treptow - Köpenick initiieren und organisieren wir „Stolpersteine“, 10 x 10 cm große Messingplatten zur Erinnerung.

Sie werden vom Kölner Künstler Gunter Demnig verlegt vor den letzten Wohnungen von Menschen, die von den Nazis verfolgt, verschleppt, ermordet wurden.

Wir bitten dazu um Anregungen und möchten vor allem mit Schülern oder Jugendlichen gemeinsam arbeiten.

Der erste Stolperstein für das Opfer der Köpenicker Blutwoche, Dr. Georg Eppenstein, befindet sich in der Salvador - Allende - Str. 43-45.

Der BdA hat selbst Broschüren herausgegeben:

- Pfadfinder – Wegweiser für antifaschistische Spaziergänge durch Köpenick und Umgebung
- „Vor allen Dingen war se jut“ - Maria Jankowski, eine der ersten, die sich in die Politik wagte
- Biographien über Johannes Stelling und Karl Frank
- Alltag der Köpenicker in der NS-Zeit –Interviews und Presstexte
- Die Blutwoche von Köpenick – Zeitungsberichte Rudolf Hirschs über den Prozess vor dem Berliner Landgericht 1950 gegen die SA-Verbrecher
- Gedenken und Mahnung – gegen das Vergessen, über tausend Namen von Köpenicker NS-Verfolgten, auch im Internet unter <http://bda-koepenick.de/verfolgte/>
- Es war ihr Zuhause. Juden in Köpenick von G. Lüdersdorf

Geschäftszeit:

Jeden Donnerstag von 15 bis 17 Uhr in der Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche,
Puchanstr. 12, 12555 Berlin - Köpenick

Ansprechpartner außerhalb dieser Zeit:

Prof. Dr. Horst Bednareck, Vorsitzender, Tel: (030) 65 47 53 69

Wolfgang Hoernle, Vorsitzender, Tel: (030) 656 26 76

Hanna Wichmann, Geschäftsführerin, Tel. (030) 651 63 67

e-mail: hannawi@t-online.de

Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt bündelt alle gesellschaftlichen Kräfte, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt wenden. Es will die Grundwerte der Verfassung stärken. Über 1000 Organisationen haben sich dem Bündnis inzwischen angeschlossen. Gegründet wurde es zum Tag des Grundgesetzes am 23. Mai 2000 durch die Bundesregierung. Die praktische Arbeit gestaltet ein Beirat mit 23 Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Stiftungen und allen Bundestagsfraktionen.

Das Bündnis führt große Wettbewerbe für Jugendliche und Initiativen durch (Viktor-Klemperer-Wettbewerb, „Aktiv für Demokratie und Toleranz“). Es dokumentiert Beispiele zivilen Engagements und empfiehlt sie zur Nachahmung. Es berät aktive Gruppen und fördert ihre Vernetzung. Es initiiert selbst einzelne modellhafte Projekte.

Kontakt:

Stresemannstr. 90, 10963 Berlin

Tel. 030/23 63 40 80

Fax 030/2363 40 888

e-mail: buendnis@bftd.de

Internet: www.buendnis-toleranz.de

Gesicht Zeigen!

Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e.V. ist ein bundesweit agierender Verein, der Menschen ermutigen möchte, aktiv zu werden gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und jede Form rechter Gewalt. Ziel ist die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements und die Sensibilisierung für jede Art von Diskriminierung.

Hierfür initiiert Gesicht Zeigen! öffentliche Kampagnen für Zivilcourage, entwickelt und fördert Projekte und Aktionen und arbeitet als Mittler für Menschen, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus engagieren wollen. Außerdem betreibt Gesicht Zeigen! die umfangreiche Internetseite www.gesichtzeigen.de.

Der Verein Gesicht Zeigen! wurde im August 2000 von Uwe-Karsten Heye, Paul Spiegel und Michel Friedman gegründet. Schirmherr ist Johannes Rau.

Gesicht Zeigen! finanziert sich ausschließlich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge und ist daher ständig auf engagierte und ideenreiche Unterstützung angewiesen.

Gesicht Zeigen! bringt Menschen zusammen - für ein weltoffenes Deutschland

Kontakt:

Gesicht Zeigen!

Aktion weltoffenes Deutschland e.V.

Torstraße 124, 10119 Berlin

Tel: (030) 280 44 786

Fax: (030) 280 44 813

e-mail: kontakt@gesichtzeigen.de

Internet: www.gesichtzeigen.de

Projekt „Schaumale“

In der Beschäftigung und Auseinandersetzung mit Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz im Alltag wurde von den Jugendlichen der Jugendfreizeiteinrichtung „Eastside 2000“ die Idee entwickelt, ein Projekt gegen Gewalt zu initiieren. „Schaumale“ fußt auf der mitunter selbst gemachten Erfahrung, dass Gewalt im Alltag jeden treffen kann und notwendige, couragierte Hilfe oftmals nicht gewährt bzw. ignoriert wird. In Anlehnung an das bekannte Projekt „Stolpersteine“, wollen die Jugendlichen auf diese Weise einen Beitrag zur Zivilcourage leisten. „**Schaumale**“ sind Kunststofftafeln im Format A3, die an Orten befestigt werden, an denen es zu gewalttätigen Vorfällen in der Öffentlichkeit kam. Unabhängig vom Eingreifen oder Nichteingreifen von Bürgern sollen die jeweiligen Taten wertungsfrei beschrieben werden. Das Projekt „**Schaumal**“ wird nicht als Mahnmal, sondern vielmehr als Denkanstoß begriffen, sich mit dem Thema Zivilcourage auseinander zu setzen

Unterstützt wird das Projekt von der Stiftung Civitas, der Bezirksverordnetenversammlung Pankow und dem Projekt ReachOut. Vorgesehen sind in Kooperation mit der VVR Berek zunächst Tafeln für 7 „Schaumale“. Mit Hilfe des Tiefbauamtes Pankow und der VVR Berek soll Ende November 2004 eine berlinweite Plakataktion auf das Projekt aufmerksam machen.

Kontakt:

JFE «Eastside 2000»

Ansprechpartner

Dennis Tornow

Tel.: 030/42 86 156

E-Mail: drk@eastside2000.com

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

In der überparteilichen Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ engagieren sich bundesweit rund 2000 Mitglieder in 20 regionalen Arbeitsgemeinschaften. Themenschwerpunkte

sind die Aufklärung über Ursprünge und Strukturen des Nationalsozialismus und die Erinnerung an NS-Gewalttaten, die Bearbeitung der Geschichte des SED-Regimes und die Abwehr von Antisemitismus, Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit und die Auseinandersetzung mit anderen Formen des politischen Extremismus und Rassismus. Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. führt im Rahmen des Projektes Forum Demokratie und Zivilgesellschaft Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatoren im Bereich pädagogischer Interventions- und Präventionsansätze und Methoden gegen rechtsextremistische Aktivitäten durch.

Der Verein unterstützt politische und gesellschaftliche Initiativen zur Stärkung demokratischer Kultur und zum Erhalt von Gedenkstätten und Orten der Erinnerung, kooperiert mit diesen Gruppen und Institutionen und vermittelt Kontakte dorthin.

Vorsitzender ist Dr. Joachim Gauck.

Kontakt:

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Stauffenbergstrasse 13-14, 10785 Berlin
Tel: (030) 263 98 90 48
Fax: (030) 26 99 50 10
e-mail: info@gegen-vergessen.de
Internet: www.gegen-vergessen.de

Initiative gegen Rechtsextremismus in Lichtenberg

Die seit 1998 bestehende unabhängige Initiative bekämpft Rechtsextremismus und Rassismus im Bezirk Lichtenberg. Die Initiative ist ein Zusammenschluss von ca. 50 Einzelpersonen und Vertretern aus verschiedenen Projekten und Vereinen.

Die Initiative initiiert verschiedene Projekte bzw. unterstützt Projekte die sich vor allem an aktuellen Erscheinungen des Rechtsextremismus und damit zusammenhängenden Ereignissen orientieren, z.B. den jährlich stattfindenden Demonstrationen der NPD.

Kontakt:

Initiative gegen Rechtsextremismus in Lichtenberg
Frau Birgit Stenzel
Alfred - Kowalke - Str. 39, 10351 Berlin
Tel: (030) 5128079

Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin

Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit fördert Vorhaben der politischen Bildung für deutsche wie ausländische Einwohner/innen Berlins mit kleineren finanziellen Zuwendungen (Fehlbedarfsfinanzierung). Im Rahmen der Projektförderung unterstützt sie ausdrücklich Vorhaben gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Die Veranstaltungsreihe: „Betzavta - Training für Demokratie und Toleranz“ zielt auf Wertevermittlung.

Das Betzavta - Training (hebräisch: miteinander) ist ein Übungsprogramm, das auf spielerische Weise zur Demokratie-, Menschenrechts- und Toleranzentwicklung beiträgt. Es ermöglicht den Beteiligten Einblicke in eigene Verhaltensimpulse und lässt sich in vielen Bereichen der politischen Bildung einsetzen.

Internet:

Auf ihrer Homepage bietet die Landeszentrale Internetadressen zu Förderprogrammen im Rahmen des Themenkreises an. Eine kommentierte Linksammlung zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wird ebenfalls zur Verfügung gestellt.

Kontakt:

An der Urania 4-10, 10787 Berlin

Tel: (030) 9016-2552

Ansprechpartner/innen:

Veranstaltungen Gisela Kranz, Tel: 9016-2529

Förderung Beate Weden, Tel: 9016-2557

Publikationen Dr. Udo Wetzlaugk, Tel: 9016-2552

Nähere Informationen zum Angebot unter: www.landeszentrale-politische-bildung-berlin.de

„Licht-Blicke - Netzwerk für Demokratie und Toleranz“

Die Netzwerkstelle berät, unterstützt und vernetzt Menschen, die in Lichtenberg alltagsrassistische und rechtsextreme Entwicklungen wahrnehmen und etwas dagegen unternehmen möchten. Licht-Blicke bietet Fortbildungen zu rechtsextremen Erscheinungsformen und Argumentationstraining gegen rechte Sprüche für Multiplikator/innen der Sozial- und Jugendarbeit, für Lehrer/innen und alle interessierten Einzelpersonen an. Licht-Blicke fördert den Austausch zwischen politischen Initiativen, Parteien, Kirchen zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Gemeinsames Ziel ist es, die rechte Dominanz einzudämmen, sowie Demokratie und Toleranz zu fördern.

Kontakt:

Licht-Blicke - ein Projekt des pad e.V., gefördert durch CIVITAS

im Jugendhaus Trialog, Ahrenshooper Str. 7, 13051 Berlin,

Tel: (030)-99270555

Fax : (030)-9270556

e-mail: netzwerk-lichtenberg@gmx.de

Netzwerkstelle ANSPIEL

Die Netzwerkstelle „ANSPIEL“ im „Zentrum für Demokratie“ ist ein Projekt des Vereins für Sport und Jugendsozialarbeit e.V. (VSJ) und wird gefördert aus dem Aktionsprogramm Civitas des Bundesjugendministeriums und durch den Bezirk Treptow - Köpenick. ANSPIEL betreibt Vernetzungsarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteuren im Bezirk Treptow - Köpenick, die sich für ein Mehr an demokratischen Strukturen und zivilgesellschaftlichem Engagement im Gemeinwesen einsetzen. Ziel ist es, gemeinsam und nachhaltig Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu entwickeln.

Kontakt:

Netzwerkstelle ANSPIEL

im Zentrum für Demokratie

Puchanstraße 12, 12555 Berlin

Tel. / Fax: (030) 6548 72 93

e-mail: zfdtk@t-online.de

Polizei

Das Infotelefon Rechts bietet unter der Rufnummer **030 / 691 11 83** rund um die Uhr die Möglichkeit kompetenter Auskunft durch Mitarbeiter des Polizeilichen Staatsschutzes.

Ansprechpartner/innen hinsichtlich des Anti-Gewalt-Trainings sowie anderer Veranstaltungswünsche sind die Präventionsbeauftragten der Polizeidirektionen bzw. die Zentralstelle im Landeskriminalamt:

Landeskriminalamt Stab 42 - Prävention

Tel.: 4664-909420 – Fax: 4664-909498

Direktion 1 (Pankow, Reinickendorf)

Tel.: 4664-104210 – Fax: 4664-104299

Direktion 2 (Charlottenburg - Wilmersdorf, Spandau)

Tel.: 4664-204200 – Fax: 4664-204099

Direktion 3 (Mitte)

Tel.: 4664-304200 – Fax: 4664-304099

Direktion 4 (Steglitz - Zehlendorf, Tempelhof - Schöneberg)

Tel.: 4664-55380 – Fax: 4664-55738

Direktion 5 (Neukölln, Kreuzberg - Friedrichshain)

Tel.: 4664-33429 – Fax: 4664 - 33612

Direktion 6 (Treptow - Köpenick, Lichtenberg, Marzahn - Hellersdorf)

Tel.: 4664-604250 – Fax 4664-604299

Das Anti – Gewalt – Projekt der Berliner Polizei

Das Anti – Gewalt – Projekt der Berliner Polizei bietet Basisseminare zur Förderung der Zivilcourage gegen rechtsextremistische und vorurteilsmotivierte Gewalt an.

Inhalte:

- Helfen ohne Selbst- und Fremdgefährdung
- Konkrete Hilfsmaßnahmen
- Mögliche Schwierigkeiten beim Helfen
- Problematik des Mitführens/ Anwendens so genannter Abwehrwaffen
- Notwehr- und Nothilferecht
- Konzepte deeskalierenden Umgangs mit Aggression und Gewalt

Wir arbeiten lösungsorientiert und bieten Reflexionshilfen zu eigenem Verhalten an. Wir vermitteln polizeiliches Erfahrungswissen und psychologische Erkenntnisse zum Umgang mit Gewaltsituationen, welches die Teilnehmer in Rollenspielen auch einüben können.

Termine finden nach Absprache in den Räumen des Veranstalters statt. Die Zahl der Teilnehmenden sollte 15 bis 30 Personen betragen.

Kontakt:

Der Polizeipräsident in Berlin

Landeskriminalamt 143

Keithstr. 30, 10787 Berlin

Tel: (030) 4664 914304

Fax: (030) 4664 914399

Rat für Migrantenangelegenheiten Lichtenberg

Der Rat für Migrantenangelegenheiten ist ein unabhängiger Zusammenschluss von Migrantinnen und Migranten im Bezirk Lichtenberg und gestaltet seit fünf Jahren Projekte zu der Thematik „anders bzw. fremd sein“ in Kindertagesstätten und Schulen, u.a. Lesungen internationaler

Märchen und Gespräche und Lesungen mit dem Buch „Papa, was ist ein Fremder?“ (Berlinweites Projekt).

Außerdem findet Unterstützung von Schulen insbesondere für die Verleihung des Titels „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ statt.

Kontakt:

Rat für Migrantenangelegenheiten Lichtenberg - Hohenschönhausen
Geschäftsstelle des Migrantenrates:
Bezirksamt Lichtenberg
Büro der Ausländerbeauftragten: Vorsitzender Dr. Jilla Siassi
Geschäftsführung : Heike Marquardt
Rathaus Lichtenberg
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin
Tel: (030) 5504 3907

SOCIUS Organisationsberatung gemeinnützige GmbH

Die SOCIUS Organisationsberatung gemeinnützige GmbH unterstützt gemeinnützige Träger in Fragen der Organisationsentwicklung. Oft ausgehend von dem Problem: "Woher bekommen wir Geld für unser Projekt" ergeben sich Beratungs- und Entwicklungsprozesse die zu einer effektiveren und zielgerichteten Arbeitsweise führen. Hierzu führt SOCIUS sowohl Seminare in Kooperation mit Bildungsträgern (u.a. mit den Landeszentralen der politischen Bildung) als auch In - House - Fortbildungen und Beratung bei Trägern selbst durch. Die Maßnahmen sind z.T. von Stiftungen oder Förderprogrammen subventioniert (z.B. CIVITAS) oder die Beratungskosten müssen von den Trägern selbst aufgebracht werden.

Publikationen: Arbeitshilfe Fundraising (1999),
Arbeitshilfe Fundraising und Organisationsentwicklung (2004) jeweils 6 Euro,
Selbsterwirtschaftete Mittel (Erscheinen Herbst 2004).
Ansprechpartner: Dr. Rudi Piwko

Kontakt:

SOCIUS Organisationsberatung gemeinnützige GmbH
Friedbergstr.36, 14057 Berlin
Tel: (030) 32 60 70 11
Fax: (030) 32 60 70 12
Internet: www.socius.de

Spandauer Bündnis gegen Rechts

Das SBgR besteht seit Mai 1999. Hier sind verschiedene Interessenvertretungen Parteien, Initiativen und engagierte Einzelpersonen aktiv. Wir treten aktiv für die Gleichberechtigung aller Menschen ein, unabhängig von Geschlecht, nationaler Herkunft, ethnischer, religiöser oder weltanschaulicher Zugehörigkeit, unabhängig von unterschiedlichen ökonomischen oder bildungsmäßigen Standards.

Hauptpunkte unserer Arbeit sind:

Erfahrungs- und Informationsaustausch; Veröffentlichung rechter Umtriebe im Bezirk; Ausarbeitung von Informationsmaterial; Infostände; Diskussionsveranstaltungen und Ausstellungen zum Thema Rechtsextremismus; Aufklärungsarbeit an Schulen; Initiativen für Gedenktafeln und Denkmäler; Mobilisierung für Kampagnen gegen Faschismus, Rassismus und Militarismus; Informationsveranstaltungen zur Lage von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern.

Kontakt:

Postfach 200232, 13512 Berlin

Stiftung Stadtmuseum Berlin

Die Stiftung Stadtmuseum Berlin bietet zu o.g. Thema folgende Veranstaltungen an:

Stichwort: Antisemitismus (Themen Migration, Assimilation etc.)

Zielgruppe: Oberstufe, Lehrer, sonstige interessierte Bürger/innen

Maßnahme: Führungen zur Familiengeschichte Richter

Ort: Märkisches Museum, Am Köllnischen Park, 10179 Berlin

Angebotsdauer: ständig

Anmeldung bei: Alice Uebe, Tel: (030) 24002-183 od. per e-mail: uebe@stadtmuseum.de

Die Familie Richter umfasst rund 250 Jahre jüdisch-deutsche Berlingeschichte. Mit Dokumenten, Zeugnissen und Realien aus dem Familienbesitz erschließt sich die leidvolle Geschichte einer Familie, die trotz erfolgreicher Assimilation durch die Nürnberger Rassengesetzgebung im Nationalsozialismus erneut ausgegrenzt, verfolgt und fast vernichtet wird.

Stichwort: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit

Zielgruppe: alle Altersgruppen

Maßnahme: Führungen durch die Sonderausstellung „Post War Generation 1945-2005“

Ort: Ephraim-Palais, Nikolaiviertel, 10178 Berlin

Angebotsdauer: 9. Mai bis 31. Juli 2005

Anmeldung bei: Museum Kindheit und Jugend,

Tel: (030) 275 03 83

e-mail: mukiju@web.de

Unabhängige Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger (UAB)

UAB wendet sich an Bürgerinnen und Bürger, Eltern, Schülerinnen und Schüler, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Jugendeinrichtungen u.a., die negative Erfahrungen mit rechtsextremen Erscheinungen gemacht haben.

Die Bürgerinitiative sucht gemeinsam mit den Ratsuchenden nach Möglichkeiten, damit umzugehen bzw. dem zu begegnen. Es werden Kommunikationsräume geboten und Kontakte vermittelt. Außerdem werden Projekte begleitet und Seminare vermittelt. Die Gruppe trifft sich jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 18.00 Uhr in der Ahrenshooper Straße 5.

Kontakt:

Unabhängige Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger (UAB)

Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin

e-mail: Uab.hsh@gmx.de

Internet: www.kiezkultur.de

Verein für Demokratische Kultur in Berlin - Initiative für urbane Demokratieentwicklung" (VDK) e.V.

Der Verein für Demokratische Kultur setzt sich für ein tolerantes und menschenrechtsorientiertes Miteinander in Berlin ein. Er hat sich zum Ziel gesetzt, lokale Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu entwickeln und wirkt als Träger für kommunale Projekte. Dazu gehört es auch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) langfristig in der demokratischen Landschaft Berlins zu verankern. Der Verein für demokratische Kultur wird wesentlich unterstützt durch einen Beirat, indem Vertreter/innen zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen, der Wissenschaft und Politik zusammenarbeiten. Dem Beirat gehören Michael Barthel, Friedemann Bringt, Annelie Buntenbach, Dr. Bärbel Grygier, Koray Yilmaz Günay, Anetta Kahane, Prof. Dr. Claus Offe, Prof. Dr. Birgit Rommelspacher, Oliver George Seifert und Dr. Richard Stöss an. Der Vorstand wird vertreten durch Lorenz Korgel, Julia Plessing und Timo Reinfrank.

Kontakt:

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V.
Chausseestraße 29, 10115 Berlin
Tel: (030) 240 45 410, Fax: (030) 240 45 319

Zentrum für Demokratie Treptow - Köpenick:

Das ZfD dient der Demokratieentwicklung im Bezirk Treptow - Köpenick. Es motiviert die Bewohner des Bezirks zum zivilgesellschaftlichen Engagement. Das ZfD kooperiert mit den unterschiedlichsten Akteuren aus dem Bezirk Treptow - Köpenick und unterstützt, erweitert und ergänzt deren Demokratie fördernde und Zivilgesellschaft einfordernde Aktivitäten und Angebote.

Kontakt:

Björn Malycha
Puchanstraße 12, 12555 Berlin
Tel: (030) 65 48 72 93
Violetta Damjanowa, Bezirksamt Treptow - Köpenick, Alt - Köpenick 21, 12555 Berlin
Tel: (030) 6172 - 2211

Für Interkulturelle Verständigung

Bayouma - Haus

Zielgruppe: Die im Bezirk lebenden Migrant/innen. Besonders ehemalige Vertragsarbeitnehmer/innen der DDR aus Vietnam, Angola, Mosambik und Kuba, Flüchtlinge und Asylbewerber aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Zuwanderer aus der EU und aus dem islamischen Sprachraum. Gesundheitsberatung (Frau Garay): Prophylaxe, Weitervermittlung an Ärzte mit Fremdsprachenkompetenz bzw. die kostenlos behandeln, Erstellen von Informationsbroschüren zu gesundheitlichen Themen in 9 Sprachen, psychologische Beratung auf Spanisch. Sozialberatung (Frau Speck, Herr Tablada): Probleme mit dem Sozialamt, dem Arbeitsamt, anderen Behörden und Institutionen, Hilfe: Ausfüllen von Formularen und Anträgen, bei der Wohnungssuche, bei der Durchsetzung von berechtigten Ansprüchen. Auf tel. Voranmeldung erfolgt kostenlose Beratung durch einen Rechtsanwalt. Sozialberatung für Vietnames/innen (Fr. Vo Cam Trang) Mo

von 14:00 – 18:00 und Fr von 10:00 – 14:00. Beratungszeiten: Sozial- und Gesundheitsberatung jeweils Di. von 13:00 – 17:00 und Do. von 09:00 – 14:00. Bei Bedarf: Begleitung zu Behörden.

Beratungssprachen sind Spanisch, Vietnamesisch, Portugiesisch, Englisch, Französisch, Deutsch und Italienisch.

Kontakt:

Bayouma-Haus (Arbeiterwohlfahrt Friedrichshain e.V)
Rudolfstr. 15 b, 10245 Berlin
Tel: (030) 29 04 91 36 (Zentrale) und 29 35 08 35 (Sozialberatung Frau Speck),
Fax: (030) 29 04 91 29
e-mail: bayouma-haus@awo-friedrichshain.de
Internet: www.awo-friedrichshain.de sowie www.bayouma-haus.de.

Beauftragte für Migration und Ausländerfragen

Der Migrantenbeauftragte oder Ausländerbeauftragte jedes Bezirks ist Ansprechpartner/in für Bürger/innen aller Nationalitäten, Beratung im aufenthalts-, arbeits-, asylrechtlichen, sozialen, gesundheitlichen, bildungspolitischen und kulturellen Bereich. Kooperation mit Behörden, Einrichtungen und Verbänden sowie diverse Veranstaltungen finden statt.

Charlottenburg-Wilmersdorf

Migrantenbeauftragte
Azize Tank
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Zi: 440
Tel: 90 29-13 329
Fax: 90 29-12 647
e-mail: migrantenbeauftragte@charlottenburg-wilmersdorf.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Migrationsbeauftragte
Doris Nahawandi
Yorckstr.4-11, 10965 Berlin
Zi: 2075
Tel: 90298-31 33
Fax: 90298-25 15
e-mail: doris.nahawandi@ba-fk.verwalt.de

Lichtenberg - Hohenschönhausen

Ausländerbeauftragte
Heike Marquardt
Möllendorffstr.6, 10360 Berlin
Zi: 220
Tel: 55 04-39 07, 39 08
Fax: 55 04-33 09

Marzahn-Hellersdorf

Migrantenbeauftragte
Elena Marburg
Alice-Salomon-Platz 3, 12591 Berlin
Zi: 453

Tel: 90 293-2060, 2061
Fax: 90 293-20 55
e-mail: elena.marburg@ba-mh.verwalt-berlin.de

Mitte

Ausländerbeauftragter
Mustafa Turgut Cakmakoglu
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
Zi: 214/215
Tel: 20 09-32 198/ -32 021
Fax: 20 09-88 32 198
e-mail: mustafa.cakmakoglu@ba-mitte.verwalt-berlin.de

Neukölln

Migrantenbeauftragte
Karin Korte
Karl-Marx-Str.83, 12040 Berlin
Tel: 68 09-29 51
Fax: 68 09-37 42
e-mail: Karin.Korte@BA-NKn.Verwalt-Berlin.de

Pankow

Migrantenbeauftragte
Karin Wüsten
Breite Straße 24A-26, 13187 Berlin
Tel: 90295-2524
Fax: 90295-2230
e-mail: karin.wuesten@ba-pankow.verwalt-berlin

Reinickendorf

Ausländerangelegenheiten
Regina Bouedibela-Barro
Eichborndamm 215-239, 13437 Berlin
Tel: 4192 2024
Fax: 4192 2341
e-mail: Regine.Bouedibela-Barro@ba-rdf.verwalt-berlin.de

Spandau

Ausländerbeauftragte
Doris Ducke
Carl-Schurz-Str.2-6, 13597 Berlin
Zi: 1201a
Tel: 33 03-39 40
Fax: 33 03-27 00
e-mail doris.ducke@ba-spd.verwalt-berlin.de

Tempelhof - Schöneberg

Integrationsbeauftragte
Emine Demirbüken – Wegner

John - F. - Kennedy-Platz, 10825 Berlin
Zi: 143/144
Tel: 75 60-62 63
Fax: 75 60-63 44
e-mail: emine.demirbuken@berlin.de
(Mitarbeiter: huesmann@ba-temp.verwalt-berlin.de)

Treptow - Köpenick

Ausländerbeauftragte
Violetta Damjanowa
Alt - Köpenick 21, 12555 Berlin
Zi: 167
Postadresse:
Postfach 910 240
12414 Berlin
Tel: 61 72-22 11
Fax: 61 72-20 40 (Sammelfax= Name muss genannt werden)
e-mail: violetta.damjanowa@ba-tk.verwalt-berlin.de

Betreuungsangebot „Reso Computertraining“

Zielgruppe: erwerbslose, sozial benachteiligte Menschen, Straffällige.

Inhalt: durch kombinierte und vernetzte Sozialtrainings und Computerschulungen werden die Teilnehmer befähigt, Selbstbestimmung, Selbstständigkeit und Alltagsbewältigung (wieder) zu erlangen. Die Resozialisierung wird gefördert. Durch die Vermittlung fachlicher Kenntnisse und sozialer Kompetenzen werden die Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verbessert. Inhaltliche Schwerpunkte: Grundlagen der Kommunikation; Soziale Wahrnehmung/-Verhaltenstraining; Bewerbungstraining; Interkulturelles Training, Umgang mit Vorurteilen, Fremdem, Rechtsextremismus, Grundlagen der Demokratie/Selbstverwirklichung, soziale Übungen mit Hilfe des Computers, EDV-Grundlagen, Computernutzung und Betriebssystem, Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Präsentation, Internet.

Ansprechpartner: Herr Ehrenberger

Kontakt:
FREIE HILFE BERLIN e.V.
Brunnenstr. 28, 10119 Berlin-Mitte
Tel: (030) 44 36 24 40
Fax: (030) 44 36 24 53
e-mail: freihilfe.berlin@snaflu.de
Internet: www.freihilfe-berlin.de

Die bösen Mädchen e.V.“

„Die bösen Mädchen e.V.“ ist ein eingetragener Verein beim Amtsgericht Charlottenburg VR 18991. Der Verein wurde am 08.03.1998 gegründet. Der Verein leistet inter- und soziokulturelle Jugendarbeit. Speziell für Mädchen und junge Frauen bietet er gemeinwesenorientierte Kulturangebote, die ein interaktives Mitgestalten fördern. So unterstützt der Verein die Musikgruppe „die bösen Mädchen“ und das Projekt „HändiKäp“.

Neben den Konzerten bietet der Verein auch Workshops an. Mit dem Workshop „Alles was fremd ist“ wollen wir Vorurteile gegenüber anderen Nationalitäten abbauen. Fremdes soll nicht als Bedrohung, sondern als Chance für Entdeckung begriffen werden.

Auszeichnungen des Vereins:

Anerkennungsurkunde 2000 des Mete-Eksi-Fonds

Sonderpreis 2001 der Internationalen Hanns Eisler Gesellschaft-Jugendszene politische Musik

Sonderauszeichnung mit dem Otto-Brenner Preis 2001

Förderpreis von „Demokratisch Handeln“ Theodor-Heuss-Stiftung und der Akademie für Bildungsreform 2002

Organisationsbüro

c/o Gün Tank

Windscheidstraße 24, 10627 Berlin

Tel/Fax: (030)-32 39 882

Mobil: 0179-207 9273

e-mail: boesemaedchen@aol.com

Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum e.V. (EPIZ)

Arbeitsziele:

Ziel der Arbeit des EPIZ ist, den Gedanken der Einen Welt im öffentlichen Bewusstsein zu verbreiten und zur Völkerverständigung zwischen den Ländern des Nordens und Südens sowie zur Bildung eines toleranten und solidarischen Verhaltens beizutragen.

Das EPIZ kooperiert mit anderen Organisationen und koordiniert die Arbeit im „Bildungsnetzwerk Eine Welt“.

Angebote für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit:

- Informative und lebendige Veranstaltungen für Schüler/innen zu Themen wie „Wo wächst die Schokolade?“ oder „Fairer Handel – eine Alternative?“ Die Themen lassen sich in den fachübergreifenden Unterricht bzw. verschiedene Fächer integrieren. Pädagogisch geschulte Referenten, die aus dem Süden kommen oder dort längere Zeit gearbeitet und gelebt haben, führen die Veranstaltungen in unserem Aktionsraum oder in der Schule bzw. einem anderen Veranstaltungsort durch.
- Beratung und Fortbildung für Lehrer/innen und andere Multiplikator/innen
- Aktuelle Unterrichts- und Informationsmaterialien zur Nord-Süd-Problematik - wie z. B. Bücher, Zeitschriften, Videofilme, Planspiele, CD-ROM, DVD oder Bilder

Die Veranstaltungen sollen spätestens zwei Wochen im voraus angemeldet werden. Für Beratungsgespräche sowie für Besuche der Mediathek empfiehlt es sich, vorher einen Termin zu vereinbaren.

Ansprechpartnerinnen: Dr. Maria Rosa Zapata, Anne-Kathrin Bruch

Kontakt:

Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum e.V. (EPIZ)

Urbanstr. 71, 10967 Berlin

Tel.: (030) 6 92 64-18/6 92 64-19

Fax: (030) 6 92 64-19

e-mail: epiz-berlin@t-online.de

Internet: www.epiz-berlin.de

HÎNBÛN**Internationales Bildungs- und Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien**

Das internationale Bildungs- und Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien HÎNBÛN bietet Migrantinnen ein umfangreiches Beratungs- und Kursangebot. Das Projekt ist zugleich Anlaufstelle für Frauen mit Gewalt- und Rassismuserfahrungen. Ein weiterer Schwerpunkt HÎNBÛNs ist die interkulturelle Arbeit, sei es durch Veranstaltungen, Fortbildungsangeboten oder Mediation.

Kontakt:

HÎNBÛN

Internationales Bildungs- und Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien

Brunsbütteler Damm 17, 13581 Berlin

Tel: (030) 336 66 62

Fax: (030) 335 69 36

e-mail: hinbun@t-online.de

Internet: www.hinbun.de

FiPP e.V. (Fortbildungsinstitut für die pädagogische Praxis)

FiPP - Zentrale

Wolliner Str. 18/19, 10435 Berlin

Tel: 030) 449 59 89

Fax: (030) 448 43 15

e-mail: zentrale@fippev.de

Internet: www.fippev.de

Projekte von FiPP e.V.:

Netzwerk MITEINANDER Marzahn-Hellersdorf (FiPP e.V.)

MITEINANDER vernetzt Projekte und Menschen, die sich im Bezirk Marzahn-Hellersdorf für eine demokratische Kultur und gegen rechtsextreme, rassistische und antisemitische Tendenzen engagieren. Eine wichtige Grundlage hierfür ist die Kommunalanalyse „Rechtsextremismus und Demokratie gefährdende Phänomene in Berlin Marzahn-Hellersdorf – Möglichkeiten der demokratischen Intervention“, erstellt vom ZDK Berlin. Informationen rund um dieses Thema werden über die Internetplattform www.miteinander.org bereitgestellt. Als Praxisansatz bietet die Netzwerkstelle Schulen die Möglichkeit, unterstützt von Trainer/innen, den Anti-Bias-Ansatz im Schulalltag umzusetzen. Der Anti-Bias-Ansatz thematisiert unterschiedlichste Formen von Diskriminierung und fördert Bewusstsein und Praxis einer nicht-diskriminierenden Alltagskultur.

Die Netzwerkstelle wird durch das Bundesprogramm „CIVITAS – Initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ gefördert.

Ansprechpartner:

Dirk Wullenkord

Kontakt:

Garzauer Str. 31, 12683 Berlin

Tel: (030) 564 966 95/97

Fax: (030) 564 966 96

e-mail: netzwerk-m-h@web.de
Internet: www.miteinander.org

Blickwinkel (FiPP e.V.)

Im Projekt Blickwinkel haben Jugendliche aus Marzahn-Hellersdorf zwei Stadtführungen entwickelt. Mit der „Marzahn-Tour“ und der „Helle-Tour“ zeigen sie Jugendlichen aus anderen Bezirken, Städten und Ländern Orte im Bezirk, die für sie Bedeutung haben, ihren Blickwinkel also. Sie kommen so mit Jugendlichen anderer kultureller Herkunft in Kontakt und können ihnen den Bezirk, der von ihnen sonst eher gemieden wird, von einer anderen Seite zeigen. Durch ihr ehrenamtliches Engagement setzen sie sich für Austausch und Begegnung mit Menschen anderer Herkunft und Kultur ein und plädieren für ein weltoffenes Marzahn-Hellersdorf.

BLICKWINKEL wird durch das Bundesprogramm „CIVITAS – Initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ gefördert.

Ansprechpartnerin:
Sylvia Mehrrens

Kontakt:

Garzauer Str. 31, 12683 Berlin,
Tel: (030) 564 966 95/97
Fax: (030) 564 966 96
e-mail: blickwinkel@gmx.net

Ich bin ein Berliner (FiPP e.V.)

bietet Beratung und Berufsorientierung für Jugendliche unterschiedlicher kultureller Herkunft im Bereich Stadttourismus/ Stadtservice. Jugendliche haben Stadtführungen durch den Bezirk Kreuzberg entwickelt, mit denen sie Kindern und Jugendlichen aus anderen Bezirken und Städten ihren Kiez zeigen. Insbesondere für Gruppen und Schulklassen sind die Stadtführungen eine Gelegenheit, andere Lebenswelten kennen zu lernen und einen Einblick in das multikulturelle Kreuzberg zu gewinnen. Die Stadtführungen ermöglichen einen interkulturellen Dialog und den Abbau von Vorurteilen.

Ansprechpartnerinnen:
Renate Liebsch, Hilde Bössow, Marina Hertel, Cemile Karaman

Kontakt:

Schlesische Str. 19, 10997 Berlin
Tel: (030) 695 640 01 / 610 740 08
Fax: (030) 695 640 03
e-mail: ichbin1berliner@fippev.de
Internet: www.ichbin1berliner.de

Interkulturelles Training und Interkulturelles Konfliktmanagement der KOMBI Consult GmbH

KOMBI Consult GmbH bietet in ihren Räumen in Berlin-Kreuzberg zwei jeweils 3 bis 5-tägige Seminare „Interkulturelles Training“ und „Interkulturelles Konfliktmanagement“ an.

Inhalte des Interkulturellen Trainings (Modul 1):

Ethnozentrismus/ unterschiedliches Raum- und Zeitempfinden/ Wahrnehmung, Stereotype und Vorurteile/ Reflektion der eigenen kulturellen Identität/ eigenes Kommunikations- und Integrationsverhalten in Rollenspielen erleben und reflektieren/ interkulturelle Begegnungen mit erfahrenen Gastreferenten und auf Exkursionen/ Potenziale im interkulturellen Umgang nutzen und Konflikten begegnen

Inhalte des Interkulturellen Konfliktmanagements (Modul 2):

Sensibilisierung für das eigene Konfliktverhalten/ interkulturelle Konfliktpotenziale und Konfliktursachen erkennen/ gewaltfreier Umgang mit Konflikten/ Analyse unterschiedlicher Konfliktarten/ Hintergründe weltpolitischer Konflikte vorgetragen durch Experten/ Übungen zu Anti-Rassismus und Toleranz / Mediation

Termine: Wir bieten kontinuierlich 3 bis 5-tägige Trainingsveranstaltungen an. Bitte erkundigen Sie sich nach den nächsten Terminen. Bei einer Mindestzahl von 10 Teilnehmer/innen können bei Bedarf auch individuelle Trainingstermine vereinbart werden.

Zielgruppen: Die Trainings stehen grundsätzlich allen Interessierten offen. Besonders geeignet sind sie für Personen, die sich beruflich oder privat auf einen längeren Auslandsaufhalt vorbereiten, die mit Migrant/innen arbeiten (Betreuung/Beratung) oder die in ihrem Arbeitsumfeld interkulturelle Begegnungen haben und mit interkulturellen Fragestellungen konfrontiert sind. Dazu gehören Mitarbeiter/innen von öffentlichen Einrichtungen wie Verwaltungen, Polizeiorganisationen und Entwicklungsinstitutionen, von NGO's sowie Unternehmen der Privatwirtschaft.

Ansprechpartnerin: Dr. Doris Habermann

Kontakt:

KOMBI Consult GmbH

Glogauer Straße 2, 10999 Berlin

Tel: (030) 6 11 20 85,

Fax: (030) 6 11 25 72

e-mail: info@kombiconsult.de

Internet: www.kombiconsult.de

Interreligiöses Zentrum Jerusalem

Sprachfähig gegen Gewalt!

Das Interreligiöses Zentrum Jerusalem ist eine Initiative zur Förderung interreligiöser Bildung und interkultureller Begegnung. Vorurteile und Klischees gegenüber anderen Religionen abbauen und sprachfähig über eigene kulturelle und religiöse Hintergründe zu werden, ist eins der Ziele des Interreligiösen Zentrums Jerusalem, das vom Ev. Kirchenkreis Stadtmitte und der „Die Wille gGmbH“ initiiert wurde.

Tagesprojekte zu jüdischer, christlicher und islamischer Geschichte und Museumserkundungen gehören ebenso zum Angebot wie Medienpädagogik, Theater- und PC-Kurse, sowie Motivationsstrainings und Veranstaltungen zu religiösen, politischen und multikulturellen Themen.

Das Angebot richtet sich vor allem an Schüler/innen der oberen Klassen sowie Berufsschüler/innen.

(Termine nach Vereinbarung.)

Ansprechpartner: Bernd Moltzan

Kontakt

Interreligiöses Zentrum Jerusalem
Jerusalemkirche,
Lindenstraße 85, 10969 Berlin
Tel.: (030) 252 932 12, Fax: (030) 252 939 10
e-mail: bernd.moltzan@diewille.de
Internet: www.zentrum-jerusalem.de

Kolleg für Management und Gestaltung nachhaltiger Entwicklung gGmbH

Das Engagement des Kollegs für Management und Gestaltung nachhaltiger Entwicklung gGmbH trägt dazu bei, dass junge Menschen ihr bürgergesellschaftliches Engagement auch für ihre Berufs- und Lebensplanung nutzen können. Die Erfüllung von Querschnittsaufgaben - der Integration von ausländischen Jugendlichen und der Motivation junger Frauen - ist hierbei unser besonderes Anliegen.

Unser aktuellstes Projekt: „Lebenswelten junger schwarzer Asylbewerber/innen in Berlin und Brandenburg“ ist für den 24.-28. August geplant. Wir wollen Kurzfilmsequenzen herstellen, die die alltägliche Konfrontation mit Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aus der Sicht der Betroffenen schildern. Das Ergebnis des Projektes soll auf CD gebrannt und von anderen Interessierten zur Sensibilisierung bei Seminaren etc. genutzt werden. Es können maximal 24 junge Erwachsene aus Berlin, die Zeit und Lust haben, an unserem Projekt teilnehmen.

Ansprechpartner:
Andreas Gutleben

Kontakt:

Kolleg für Management und Gestaltung nachhaltiger Entwicklung gGmbH
Warschauer Strasse 58a, 10243 Berlin
Tel: (030) 29 367 940
Fax: (030) 29 367 949
e-mail: agutleben@kmgne.de
Internet: www.kmgne.de

Kontaktstelle Interkulturelle Begegnung für Toleranz und Verständigung, AWO Landesverband Berlin e.V.

Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Die Kontaktstelle ist ein Projekt, welches der Problematik Ausländerfeindlichkeit und Rassismus durch interkulturelle Begegnungen zwischen jungen Flüchtlingen und hier ansässigen Jugendlichen aktiv entgegenwirkt.

Die Mitarbeiter sind Ansprechpartner für Jugendliche, Lehrer und Erzieher. Gemeinsam mit Jugendlichen, Schulklassen und Multiplikatoren werden Aktivitäten und Bildungsveranstaltungen in Schulen und Freizeiteinrichtungen bedarfsorientiert geplant und durchgeführt. Insbesondere durch die Vermittlung von demokratischen Grundwerten und einer politischen Grundbildung wird eine positive Veränderung der Einstellung gegenüber Fremden unterstützt.

Mit der Schaffung von Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten werden bei den Jugendlichen Eigeninitiative und verantwortungsbewusstes Handeln, sowie Konfliktfähigkeit gefördert und Ressourcen aktiviert. Durch den Aufbau dauerhafter Kontakte und die Unterstützung von nachhaltigen Strukturen entsteht langfristig ein Klima der Offenheit und Toleranz. Die Kontaktstelle ist Teil bezirklicher und überbezirklicher Netzwerke.

Ansprechpartnerinnen:
Katharina Vogt
Daniela Ressel

Kontakt:

Kontaktstelle Interkulturelle Begegnung für Toleranz und Verständigung
Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.
Bruno - Bauer - Str. 10, 12051 Berlin
Tel: (030) 782 75 63
Fax: (030) 626 09 834
e-mail: daniela.ressel@awoberlin.de
Internet: www.awoberlin.de

Lesbenberatung e. V. – Ort für Kommunikation, Kultur, Bildung und Information

Die Lesbianberatung e.V. ist die älteste psychosoziale Einrichtung für lesbische Frauen in Deutschland. Seit über 20 Jahren hat sie eine identifikationsstiftende Funktion für lesbische Frauen und leistet einen emanzipatorischen Beitrag zur Veränderung der gesellschaftlichen Haltung gegenüber lesbischen Lebensweisen. Sie ist ein feministisches Projekt, das lesbischen, bisexuellen und transidenten Frauen und Mädchen aus verschiedenen Kulturen und mit unterschiedlichen Lebenshintergründen Information und psychosoziale Unterstützung bietet.

Im Projektbereich „LesMigraS – Bekämpfung der Mehrfachdiskriminierung lesbischer Migrantinnen und Schwarzer Lesben“ engagieren wir uns im Rahmen eines EU-Projektes. Ziel dieses Projektes ist es, lesbische Migrantinnen und Schwarze Lesben zu fördern und zu unterstützen, sich europaweit zu vernetzen, sich mit Rassismus und Homophobie auseinanderzusetzen und diese Erfahrungen sichtbar zu machen. In diesem Kontext sind drei Filme, Plakate, Postkarten sowie mehrere Broschüren in deutsch, englisch, türkisch, arabisch und russisch erschienen. Ein anderer Schwerpunkt ist die Anti-Gewalt-Arbeit zu den Themenbereichen „Gewalt gegen Lesben“ und „Gewalt in lesbischen Beziehungen“.

Die Lesbianberatung e.V. ist außerdem Trägerin der Kinder- und Jugendhilfe nach KJHG § 30, 31, 35 und vermittelt lesbische Einzelfallhelferinnen nach BSHG § 39 und 40.

Kontakt:

Lesbenberatung e.V.
Kulmer Str. 20a, 10783 Berlin
Tel: (030) 2152000
Bürotel.: (030) 2172753
Fax: (030) 21917009
e-mail: beratung@lesbenberatung-berlin.de
Internet: www.lesbenberatung-berlin.de

Öffnungszeiten

Mo., Di., Do. 16.00-19.00 Uhr

Mi. 10.00 -13.00 Uhr

Fr. 14.00-17.00 Uhr

Jung - Lesben - Telefon: Mi. 16.00-17.00 Uhr

Jung - Lesben - Treff: Mi. 17.00-19.00 Uhr

Mädchen - Kultur - Treff Dünja

Dünja ist ein Ort für Mädchen und junge Frauen zwischen 11 und 25 Jahren, insbesondere arabischer, türkischer und kurdischer Herkunft. Der Anstoß zu diesem interkulturellen Treffpunkt

ging von arabischen Mädchen und jungen Frauen aus. Dünja will dazu beitragen, das Zusammenleben von Mädchen und jungen Frauen aus den verschiedenen Kulturen zu fördern und ihre Chancen in der Schule und der Arbeitswelt zu erhöhen.

Dünja bietet schulbezogene Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit an. Mädchen und junge Frauen erhalten Hausaufgabenhilfe, Unterstützung bei Berufsfindung, bei Bewerbungen, Sprachförderung, Computer- und Internettraining. Bei Problemen erhalten sie Beratung und Hilfe. Durch Gespräche über verschiedene Kulturen, unterschiedliche Traditionen und die Weltreligionen findet ein interkultureller Austausch statt. Kreative Projekte, Freizeitaktivitäten und Stadttelexkursionen ergänzen das Angebot im Dünja.

Der Träger ist der Moabiter Ratschlag e.V.

Projektleiterin: Marietta Heuck

Kontakt:

Jagowstraße 12, 10555 Berlin-Moabit

Tel.: (030) 3910 5898,

E-mail: duenja@moabiter-ratschlag.de

„Planet Siedlung – Fair aufeinander zugehen“

Zielgruppe: Das interkulturelle Jugendprojekt richtet sich an Jugendliche deutscher sowie nicht-deutscher Herkunft.

Zielsetzung: Die Jugendlichen gehen fair miteinander um. Sie nehmen Vorurteile wahr und setzen sich kritisch damit auseinander, begegnen fremden Lebenswelten und lernen unterschiedliche Kulturen kennen. Sie erwerben konstruktive Umgangsformen und Konfliktlösungsstrategien und verzichten auf Gewalt in ihren aktuellen Erscheinungsformen.

Aktivitäten: Kontinuierliche Gruppenarbeit in AGs, Spaß und Bildung, themenzentrierte Diskussion, interaktive Spiele, Experimentieren mit den Medien, Workshops, Bündelung der Erfahrungen und Erkenntnisse aus den jeweiligen AGs, Entwicklung von Ergebnissen, Erstellung von aussagetragenden Produkten: CD, DVD- Videoclip, Dokumentation, Präsentation des Projekts und der Arbeitsergebnisse in der Öffentlichkeit.

Erwartete Ergebnisse: Zum einen die Entwicklung von Haltungen bei den Jugendlichen hin zu mehr interkultureller Kompetenz, Respekt und Akzeptanz gegenüber Anderen. Zum anderen die Herstellung aussagetragender Produkte, die sowohl in der Kooperation mit Schule, als auch in anderen Jugendprojekten eingesetzt werden können.

Kontakt:

Marimar Merino

Projektmanagement

Tel: (030) 35504657

e-mail: marimar.merino@kompaxx.de

Gerhard Luer

Geschäftsführer

Tel: (030) 35506657

e-mail: gerhard.lueer@kompaxx.de

S.U.S.I

S.U.S.I. ist ein interkulturelles Frauenzentrum für Frauen aller Nationalitäten. Die vielfältigen Sprachkenntnisse der Mitarbeiterinnen ermöglichen ein breites muttersprachliches Angebot an Sozial-, Rechts-, Gesundheits- sowie psychologischer Beratung. Darüber hinaus finden bei S.U.S.I. regelmäßig Veranstaltungen wie Konzerte, Filmvorführungen, Lesungen und Informa

tions- sowie Diskussionsabende zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen wie z.B. Rassismus im Alltag statt.

S.U.S.I. Interkulturelles Frauenzentrum
 Linienstr. 138, 10115 Berlin
 Tel: (030) 28 26 62 70
 Fax: (030) 282 66 27 19
 e-mail: susifrz@aol.com
 Internet: www.susi-frauen-zentrum.com

Völkerball e. V.

Völkerball e.V. ist ein Beratungs- und Begegnungszentrum für Migranten. Zielgruppe sind Migrantinnen und Migranten einschließlich Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler.

Angebote:

Beratung von Migrantinnen und Migranten, insbesondere zu allgemeinen sozialen Fragen, rechtliche Beratung zu Statusfragen, Ausländerrecht, Staatsangehörigkeitsrecht, Einbürgerung, Asylverfahren, Familienzusammenführung, Beratung von Familien, (insbesondere in Konfliktsituationen sowie bei Eheschließung, Trennung und Scheidung), Beratung in Diskriminierungsfällen, monatliche Rechtsberatung, psychologische Beratung und Betreuung, Projekt „Das Fremde ist auch das Eigene“ (Workshops ausländischer Künstlerinnen und Künstler an Berliner Schulen in Zusammenarbeit mit ARTE GLOBAL).

Ansprechpartnerin: Frau Georg

Kontakt:

Projektträger: VÖLKERBALL e. V.
 Anschrift: Josef - Orlopp - Straße 52, 10365 Berlin
 Tel./Fax: (030)55 49 20 45 / 558 91 01
 e-mail: voelkerball@gmx.de

Antisemitismus

Anne Frank Zentrum

Das Anne Frank Zentrum ist die deutsche Partnerorganisation des Anne Frank Hauses, Amsterdam. Es setzt sich ein für eine vielfältige, demokratisch lebendige Gesellschaft und gegen Antisemitismus, Vorurteile und Diskriminierung. Es geht um die Verbindung von Geschichte und Gegenwart und um die Frage nach unserem Zusammenleben heute.

Am historischen Ort in der Rosenthaler Straße 39 bietet das Anne Frank Zentrum neben einer Dauerausstellung und zahlreichen Wechsausstellungen ein vielfältiges Angebot, vor allem für Kinder und Jugendliche. Die Projekte stehen unter dem Motto „Jugendliche für Jugendliche“. Jugendgruppen und Schulklassen werden im Zentrum von jungen Menschen begleitet.

„Anne Frank – eine Geschichte für heute“ Kinder und Jugendliche informieren sich in dieser Dauerausstellung, am Beispiel der Geschichte von Anne Frank, über die Zeit des Nationalsozialismus und den Holocaust.

„Versteckt im Hinterhof“ Ein Angebot in Kooperation mit dem Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt, in dem es vor allem um Themen wie Helfen und Zivilcourage geht.

Projektstage, in denen auf vielfältige und kreative Art und Weise Handlungsmöglichkeiten gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erarbeitet werden.

Lesungen, Zeitzeug/innen-Gespräche, Filmvorführungen, Jugendwettbewerbe u.v.m.

Kontakt:

Anne Frank Zentrum

Rosenthaler Straße 39, 10178 Berlin

Telefon: 030 / 24 04 88 64

Fax: 030 / 24 04 88 65

e-mail: ausstellung@annefrank.de

Öffnungszeiten

Di. – So.: 12 – 20 Uhr (Mai-Sept.) (für Schulklassen/Jugendgruppen ab 10 Uhr geöffnet)

10 – 18 Uhr (Okt.-April)

Montag geschlossen

Termine für Gruppenprogramme nach Absprache

Internet: www.annefrank.de

Bizim Ev – Unser Haus e.V. - Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus

In der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus haben sich Kreuzberger Sozialarbeiter und Pädagoginnen zusammengefunden, um gemeinsam mit Lehrern, Sozialarbeiterinnen und anderen Interessierten sowie mit den Jugendlichen selbst gegen neuen und alten Antisemitismus vorzugehen.

Angebot für Schulen, Jugendeinrichtungen und andere Interessierte

- AG Presseauswertung: Wir lesen hier erhältliche türkischsprachige Zeitungen und untersuchen sie auf antisemitische Beiträge hin. Beginnt im Oktober in unseren Räumen – Interessent/innen gesucht!
- Workshop Antisemitismus in der Türkei oder: Was ist ein Dönme? Einführung in typische Ausdrucksformen des Antisemitismus in der türkischen Öffentlichkeit anhand von Artikeln und Karikaturen. 4-5 Schulstunden oder ein Nachmittag.
- Planspiel Gründung Israels: Einführung in die Hintergründe der Staatsgründung durch die Simulation einer UNO - Konferenz. Ein Projekttag.
- Wir basteln Verschwörungstheorien: Anhand der spielerischen Erstellung eigener Verschwörungstheorien werden deren Muster verdeutlicht und analysiert. 2-3 zusammenhängende Schulstunden.
- Nah-Ost-Berichterstattung & Medienanalyse: Schwarz - Weiß - Denken in Bezug auf den Palästina-Israel-Konflikt insbes. in den Medien wird hinterfragt. Die Macht der Bilder wird analysiert. 2 oder 4 Schulstunden (mit Film).
- weitere Module: für Ihre Klasse oder Jugendgruppe entwickeln wir gerne mit oder auf Anregung von Ihnen!

Kontakt:

Bizim Ev – Unser Haus e.V. - Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus,

Oranienstraße 34, 10999 Berlin

e-mail: mail@kiga-berlin.org

Tacheles Reden! Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus e.V.

Tacheles Reden! ist ein Verein, der Mitverantwortung dafür übernimmt, dass Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus bekämpft werden.

Schwerpunkte unserer Arbeit sind:

OR - Licht. Bildung gegen Antisemitismus: Bildungs- und Informationsangebote im Internet über jüdische Geschichte, Kultur und Religion, über die Shoa sowie über Antisemitismus und Rechtsextremismus (www.bildung-gegen-antisemitismus.de) in Kooperation mit haGalil onLine (www.hagalil.com)

- Bausteine für eine Bildungsarbeit gegen Antisemitismus: politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen, Erwachsenen und Multiplikator/innen in Kooperation dem Bildungsteam Berlin-Brandenburg (as-bausteine@bildungsteam.de).
- Vorträge und andere Bildungsangebote: Vorträge, Veranstaltungs- und Filmreihen zu den Themen Antisemitismus, jüdisches Leben, Rassismus und zu verschiedensten Facetten des Rechtsextremismus und Nazismus.

Kontakt:

Tacheles Reden! Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus e.V.
Lausitzerstr. 10, 10999 Berlin
Tel: 030/69516815
Fax: 030/69516817
e-mail: tacheles@tacheles-reden.de
Internet: www.tacheles-reden.de

Zentrum für Antisemitismusforschung (ZFA) an der TU Berlin

Im Mittelpunkt des 1982 gegründeten Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin steht „die interdisziplinäre Grundlagenforschung zum Antisemitismus, die durch angrenzende Schwerpunkte, deutsch-jüdische Geschichte und Holocaustforschung, ergänzt wird“. Hinzu kommen allgemeine und übergreifende Forschungen zu Vorurteil und Diskriminierung, zu allen Formen gewaltsamer Verfolgung von ethnischen Gruppen sowie zu ethnozentrischem politischen Extremismus. Das Zentrum versteht sich „als eine öffentliche Institution, die weit über den Rahmen eines Universitätsinstituts hinaus Dienstleistungen und Aufklärungsarbeit für die Öffentlichkeit erbringt“. Die Internet-Seite verweist auf eigene Buchveröffentlichungen zum Antisemitismus, zur deutsch-jüdischen Geschichte und zur Holocaustforschung.

Kontakt:

Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin
Ernst-Reuter-Platz 7, 10587 Berlin
Tel.: 030 / 314-23154
Fax: 030 / 314-21136
e-mail: zfa10154@mailszrz.zrz.TU-Berlin.de
Internet: <http://www.tu-berlin.de/~zfa/>

Sonstige

mut-gegen-rechte-gewalt.de

mut-gegen-rechte-gewalt.de ist eine Internet-Plattform gegen Rechtsextremismus des Magazins *stern* in Zusammenarbeit mit der Amadeu Antonio Stiftung. Sie informiert darüber, wie sich Rechtsextremismus in Deutschland entwickelt, zeigt Reaktionen der Gesellschaft und berichtet über Initiativen und Projekte gegen Rechtsextremismus und für Demokratie. Sie folgt dem Leitgedanken: Wer gut informiert ist, kann sich besser engagieren, damit Neofaschismus und Ras

sismus keine Chance haben. Wer auf ein interessantes Projekt oder Thema hinweisen möchte oder eine inhaltliche Frage hat, kann sich an die Redaktion wenden.

Redaktion: Simone Rafael

Kontakt:

mut-gegen-rechte-gewalt.dec/o Amadeu Antonio Stiftung
Linienstr. 139, 10115 Berlin
Tel: (030) 24 08 86 – 14,
Fax: (030) 24 08 86 - 22
e-mail: info@mut-gegen-rechte-gewalt.de
Internet: www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Psychosoziale Gruppenarbeit mit Männern mit Gewaltdelikten (Anti-Gewalt-Training)

Ein spezielles Angebot der Beratungsstelle für Straffällige des FREIE HILFE BERLIN e.V. richtet sich an Männer, die wegen unterschiedlicher Gewaltstraftaten verurteilt wurden. In die Gruppe können Männer aufgenommen werden, die derzeit eine Freiheitsstrafe verbüßen (Vollzugslockerungen vorausgesetzt), denen der Strafantritt noch bevorsteht (Selbststeller), Haftentlassene oder Ratsuchende mit einer Bewährungsaufgabe. Auch im Vorfeld einer Gerichtsverhandlung ist die Teilnahme an einem Anti-Gewalt-Training möglich. Die Gruppenarbeit bietet den Teilnehmern die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit ihrer Tat und deren persönliche, gesellschaftliche sowie kulturelle Hintergründe. Weiterhin erlernen die Teilnehmer neue Konfliktlösungsstrategien und erarbeiten sich gemeinsam Sicherheits- und Kontrollpläne. Wichtige Schwerpunkte sind ebenfalls die Opferperspektive und die Veränderung der sozialen Strukturen im Umfeld der Kursteilnehmer. Die Gruppe ist als geschlossene Gruppe konzipiert.

Teilnehmerstärke: 7 – 9

Kursdauer: 24 Sitzungen, einmal wöchentlich 2 Stunden

Ansprechpartnerin: Silke Somarriba

Kontakt:

FREIE HILFE BERLIN e.V.
Brunnenstraße 28, 10119 Berlin
Tel.: 030/ 44362440
Fax: 030/ 44362453
e-mail: freiehilfe.berlin@snafu.de
Internet: www.freiehilfe-berlin.de

Recherchen:

Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum ARiC Berlin e.V.

Von Asyl bis Zuwanderung

Fachinformationszentrum:

- Dokumentation - Information - Beratung - Vermittlung
- Datenbankinformationssystem ARiCbase (Literatur und Adressen)

- Aufklärungs- / Bildungsarbeit im Bereich Rassismus/Antirassismus, Situation von Migrant/innen, Rechtsextremismus;
- Material auf Anfrage (Adressen, thematische Infopakete),
- nationale und internationale Vernetzung

Nutzer: Schüler/innen, Student/innen, Migrant/innen, Organisationen, Privatpersonen

Kontakt:

Chausseestr. 29, 10115 Berlin

Tel: (030) 308 799 - 0

Fax: (030) 308 799 - 12

e-mail: aric@aric.de

Internet: www.aric.de

Bürozeiten: 9.00 – 17.00 Uhr und auf Anfrage

Mediathek der RAA

Die Mediathek der RAA steht seit 1991 der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die Themen des Medienbestands reichen von Pädagogik, Schule, Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Gegenstrategien und Präventivmaßnahmen über interkulturelle Erziehung, Situation und Integration von Migrant/innen, Sprachförderung, Ausländerrecht, die Situation in den Herkunftsländern, Migrationsursachen bis hin zu Judentum sowie Roma und Sinti.

Das Angebot beinhaltet Ausleihe, Information, Recherche und Beratung.

Zum Bestand der Mediathek gehören neben den üblichen Materialarten wie Bücher, Broschüren, Zeitschriften, systematisierte Tageszeitungsartikel sowohl AV-Medien, Spiele, Projektkoffer als auch „Graue Literatur“.

Die Datenbank des Mediathekbestandes (incl. Zeitschriftenaufsätze) sowie die ARIC - Adressdatenbank steht den Nutzern zur Recherche zur Verfügung.

Datenbank online unter www.aric.de

Seit Jahresbeginn 2003 wird ein tagesaktueller **Pressespiegel** zu den Themen Bildungspolitik und Migranten angeboten.

Zielgruppen der Mediathek sind vor allem Auszubildende und Auszubildende aus dem Bildungsbereich, Vertreter/innen von interkulturellen Einrichtungen, Medien und Behörden sowie Projektmitarbeiter/innen der RAA.

Ansprechpartnerin: Vera Chadour

Kontakt:

Mediathek der RAA

Chausseestr. 29, 10115 Berlin

Tel: (030) 24045-120

e-mail: mediathek@raa-berlin.de

GFAJ e.V.

Der GFAJ e.V. unterhält bzw. bietet folgende Projekte:

- Facharchiv Extremismus/Fundamentalismus (Archiv und Bibliothek, Recherchen, Dokumentationen, Publikationen); Nutzung nach Vereinbarung

- Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen zu Extremismen/Fundamentalismen für Berufsbetroffene (Sozialarbeiter/innen, Erzieher/innen, Lehrer/innen, Polizei, Justiz, Strafvollzug), Phänomenologie, Prävention, Intervention
- Durchführung von Informationsveranstaltungen für Eltern
- Vermittlung von bundesweit anerkannten Referenten für Fort- und Weiterbildungen
- Vermittlung von Ansprechpartnern für betroffene Eltern und Jugendliche
- Unterstützung von Migrant/innen und Spätaussiedlern durch sprachkundige Mitarbeiter/innen
- Projektveranstaltungen, -tage und -wochen zu den Themenbereichen Rechtsextremismus und Fundamentalismus für Schüler/innen (bereits für Grundschulen angelegt)
- Interkulturelle und interreligiöse Trainings, Projektstage, Projektwochen für Schüler/innen
- Anti-Gewalt-Trainings für Schüler/innen und Berufsbetroffene

Ansprechpartner für alle Sachgebiete:
Frau Elke Reetz, Herr Wolfgang Fichter

Kontakt:

GFAJ e.V.
Jugend * Bildung * Service
Immanuelkirchstrasse 8/I, 10405 Berlin
Tel: (030) 442 80 32
Fax: (030) 442 70 93
e-mail: GFAJeV@web.de



Literatur zum Thema Rechtsextremismus

- Ahlheim, Klaus (2003):** Intervenieren, nicht resignieren: Rechtsextremismus als Herausforderung für Bildung und Erziehung / - Wochenschau Verlag, 2003. - 250 S. - (Politik und Bildung; Bd. 30).
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (1996):** Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., Bonn.
- Baums, Ansgar (2002):** Rechtsextremistische Skinheads, Berlin.
- Benz, Wolfgang (Hg.) (1993):** Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Frankfurt a.M.
- Beyeler, R. (2001):** Achtung Verachtung : Unterrichtsmaterialien zu Rassismus, Nationalismus, Rechtsextremismus und Reaktionen von Staat und Gesellschaft / von R. Beyeler ; M. Zimmermann. - 1. Aufl. – Pestalozzianum.
- Büttner, M. (Hrsg.) (1999):** Braune Saat in jungen Köpfen, Grundwissen und Konzepte für Unterricht und Erziehung gegen Neonazismus und Nationalismus, 2-bändig.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2000):** Skinheads. Bands und Konzerte, Köln.
- Bundesministerium des Innern (2004):** Verfassungsschutzbericht 2003, Berlin/Bonn.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2003):** Europäisches Informationszentrum, (Hg.): Stress in der Disco, Rollenspiel und Typentest für Mädchen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Alter von 13 bis 17 Jahren, Baden-Baden.
- Butterwege, Christoph (Hrsg.) (2001):** Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente.
- Butterwege, Christoph (2002):** Themen der Rechten - Themen der Mitte: Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein / hrsg. von - 1. Aufl. - Leske und Budrich Verlag, 2002.
- Van Dijk, L (1993):** Als Nazi geboren wird keiner. Gegen Fremdenhass und Gewalt in Elternhaus und Schule, Patmos-Verlag.
- Danner, S. (Hg.) 2001):** Rechtsextreme Jugend. Eine Erschütterung der Gesellschaft: Ursachen, Ausdrucksformen, Prävention, Intervention Dokumentation des Fachkongresses vom 8. bis 10. März 2000 in Leipzig /1. Aufl. - 2001. - 149 S.
- Dollase, Rainer (1999):** Welche Wirkung hat der Rock von Rechts? In: Baacke, Dieter/Farin, Klaus/Lauffer, Jürgen (Hg.): Rock von Rechts. Milieus, Hintergründe und Materialien. Bielefeld. S. 106-117.
- Exit 2002 (Hg.) (2002):** dann hab' ich mir das Hitlerbärtchen abrasiert 2002: Exit - Ausstieg aus der rechtsextremen Szene / 1. Aufl. - Berlin : Ernst Klett Schulbuchverlag Leipzig GmbH, 2002.
- Farin, Klaus (Hg.) (1997):** Die Skins: Mythos und Realität, Berlin.
- Farin, Klaus (2001):** Skinhead – A Way of Life. Eine Jugendbewegung stellt sich selbst dar, Berlin.
- Farin, Klaus, Flad, Henning (2001):** Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland. In: Archiv der Jugendkulturen (Hg.): Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland, Berlin. S. 9-98.
- Flad, Henning (2000):** Nazi-Töne. Musik als Mittel zur Verbreitung von NS-Propaganda in der Jugendszene. In: Lira Massenzeitung. Nr. 5.
- Frindte, W. 2001:** Jugendlicher Rechtsextremismus und Gewalt zwischen Mythos und Wirklichkeit: Sozialpsychologische Untersuchung Bd. 2, 1995. Gesicht Zeigen!, Handbuch für Zivilcourage, Bonn.
- Funk, Albrecht (1994):** Der erkenntnisarme Verfassungsschutz. Strukturelle Grenzen bei der Erfassung des Rechtsextremismus. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. Frankfurt a.M., S. 340-365.
- Funke, Hajo (2002):** Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik / von H. Funke. - 1. Aufl. - Verlag Hans Schiler, 2002. (Schriftenreihe Politik und Kultur ; Schrift 4), Berlin.

Gaßebner, Martina (2001): Fremdenfeindliche und rechtsextreme Gruppen, Szenen, Parteien. In: Wahl, Klaus (Hg.): Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern. Berlin, S. 296-316.

Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit in der Schule (2001): Dokumentation einer Fachtagung, Unterrichtsmaterialien und Handreichungen zur "Interkulturellen Erziehung" / 1. Aufl. - Berlin.

Heinemann, Karl-Heinz/Schubarth, Wilfried (Hg.): Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Köln 1992.

Heller, F. (2001): Die Sprache des Hasses: Rechtsextremismus und völkische Esoterik Jan van Helsing, Horst Mahler... / von F. Heller ; A. Maegerle. - 1. Aufl. - Schmetterling Verlag.

Holzcamp, Christine (1994): Jugendgewalt. Männlich - weiblich, in: Jungen, Mädchen und Gewalt - ein Thema für die geschlechtsspezifische Jugendarbeit?!, Schriften 8, Hg.: IFFJ, Berlin.

Hopf, Christel/Silzer, Marlene/Wernich, Jörg (1999): Ethnozentrismus und Sozialisation in der DDR. Überlegungen und Hypothesen zu den Bedingungen der Ausländerfeindlichkeit von Jugendlichen in den neuen Bundesländern. In: Petry, Christian/Sitte, Karin/Kaler, Peter (Hg.): Rechtsextremistische Orientierungen von Jugendlichen in den neuen Bundesländern. Was tun? Basel.

Hopf, Rieker, u.a. (1995): Familie und Rechtsextremismus: Familiäre Sozialisation und rechtsextremistische Orientierung junger Männer, Juventa-Verlag, 1995.

Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Begriffe. Positionen. Praxisfelder, Wiesbaden.

Jaschke, Hans-Gerd/Rätsch, Birgit/Winterberg (2001): Yury: Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf, München.

Knüppel aus dem Sack (2003): zur Bedeutung und Wirkungsweise von Feindbildern / Düsseldorf: 2003. (Materialien zum Rechtsextremismus ; Bd. 6)

Kohlstruck, Michael (2001): Strukturen einer Aggression. Gesellschaftlicher Konsens und kollektive Frustration in den neuen Bundesländern. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland. Frankfurt. S. 13-40.

Landeskommission Berlin gegen Gewalt (2001): Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 2/2001 Themenschwerpunkt: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Probleme, Entwicklungen und Lösungsansätze. Projekte in Berlin. Maßnahmen, Materialien, Literatur, Berlin 2001.

Landeskommission Berlin gegen Gewalt (2002): Trainingsangebote zur Gewaltprävention – ein Wegweiser, Berlin.

Landeskommission Berlin gegen Gewalt (2003): Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 13: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter - Eine Elterninformation. Für Eltern und andere Interessierte, Berlin.

Landeskommission Berlin gegen Gewalt (2004): Adressen gegen Gewalt, Berlin.

Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin (Hg.) (2001): Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus in der deutschen Geschichte.

Lindahl, Kent (2001): Exit. Mein Weg aus der Neonazi-Szene, DTV, München.

Menhorn, Christian (2001): Skinheads: Portrait einer Subkultur. Baden Baden.

Meyer, Thomas (1996): „Unser Leben heißt kämpfen bis zum Tod“ – Rechtsrock als Message-Rock. In: Popspectrum 5: Rechte Musik. S. 46-69.

Möller, Kurt (1995): Fremdenfeindlichkeit. Übereinstimmungen und Unterschiede bei Jungen und Mädchen. In: Engel, Monika/Menke, Barbara (Hg.): Weibliche Welten – gewaltlos? Analysen und Praxisbeiträge für die Mädchen- und Frauenarbeit im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt, Münster. S. 64-86.

Möller, Kurt (2001): Gewalt und Rechtsextremismus : Konturen - Erklärungsansätze - Grundlinien politisch-pädagogischer Konsequenzen / von Kurt Möller. – Hannover.

Murck, M. (2001): Rechtsextremismus : Erscheinungsformen Ursachen Handlungskonzepte Polizei Dein Partner / von M. Murck. - 1. Aufl. - Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH., - 63 S.

- Neumann, Jörg/Frindte, Wolfgang (2001):** Tat und Tatumstände. In: Wahl, Klaus (Hg.): Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern, Berlin. S. 166-189.
- Neureiter, Marcus (1996):** Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Eine Untersuchung sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster und Erklärungsansätze, Marburg.
- Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard, (2002):** Politische Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg, Berlin <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm>
- nichts wissen macht was ! (2002):** Informationen und Argumente gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit / 1. Aufl. - Pirna - 52 S.
- Peucker, Christian/Gaßebner, Martina/Wahl, Klaus (2001):** Analyse polizeilicher Ermittlungsakten zu fremdenfeindlichen, antisemitischen und rechtsextremistischen Tatverdächtigen. In: Wahl, Klaus (Hg.): Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern. Berlin. S. 12-88.
- Pfahl-Traughber, Armin (1998):** Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen.
- Pfahl-Traughber, Armin (2000):** Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. 2. Aufl., München.
- Pfahl-Traughber, Armin (2001):** Politisches Selbstverständnis und Gewaltorientierung rechtsextremistischer Skinheads – Eine Fallstudie zu den Tonträgern der Band „Landser“. In: Jahrbuch Extremismus und Demokratie. 13. Jg. S. 169-182.
- Pfahl-Traughber, Armin (2002a):** Ausmaß der Gewalt. In: Blick nach Rechts. Aufklärung über rechtsextremistische Aktivitäten. 19. Jg. Nr. 5 (07.03.2002). S. 12.
- Pfahl-Traughber, Armin (2002b):** Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung? Aktivitäten und Kooperation von NPD, Neonazis und Skinheads. Köln. (BfV-Spezial 13).
- Pfeiffer, Thomas (2002):** Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet. Berlin.
- Poutros, Patrice/Behrends, Jan/Kuck, Dennis (2000):** Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39/2000. S. 15-21.
- Projekt Standpunkte (2003):** Momentaufnahmen im Dezember 2002: Interkulturelle Beiträge 38; Sonderheft, Ausleihe empfohlen mit "Standpunkte" CD-ROM / 1. Aufl. - Berlin: 2003. - 63 S.
- Rechtsextremismus - was heißt das eigentlich heute? (2003):** Über Rechtsextremismus, Rassismus und Zivilcourage; Prävention für Schule und Bildungsarbeit / 1. Auflage - Brandes & Apsel Verlag GmbH.
- Rommerspacher, Birgit (1993):** Männliche Gewalt und gesellschaftliche Dominanz; in: Otto, Hans-Uwe/Merten, Roland (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Bonn, S: 200-210.
- Rommerspacher, Birgit (1994):** Das Selbstverständnis des weißen Feminismus. Zu Rassismus und Antisemitismus bei Frauen: In: Brückner, Margit u.a. (Hg.): Die sichtbare Frau, Freiburg. S. 176-194.
- Scherr, A (2001):** Pädagogische Interventionen: Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus; Eine Handreichung für die politische Bildungsarbeit in Schulen und in der außerschulischen Jugendarbeit; Didaktische Diskurse - Politische Bildung / von A. Scherr. - 1. Aufl. - Wochenschau Verlag.
- Schmitz, Adelheid (1995):** Frauen und Rechtsextremismus. Eine kommentierte Auswahlbibliographie. In: Engel, Monika/Menke, Barbara (Hg.): Weibliche Lebenswelten – gewaltlos? Analysen und Praxisbeiträge für die Mädchen- und Frauenarbeit im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt, Münster. S. 247-269.
- Schneider, U. (Hrsg) (2001):** Tut was! : Strategien gegen Rechts / - 1. Aufl. - PapyRossa Verlag,. - (Neue Kleine Bibliothek ; 70).
- Schubarth, Wilfried (1993):** Sehnsucht nach Gewissheit. Rechtsextremismus als Verarbeitungsform des gesellschaftlichen Umbruchs. In: Otto, Hans-Uwe/Merten, Roland (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch. Bonn. S. 256-266.

Schubarth, Wilfried/Schmidt, Thomas (1992): „Sieger der Geschichte“. Verordneter Antifaschismus und die Folgen. In: Heinemann, Karl-Heinz/Schubarth, Wilfried (Hg.): Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Köln. S. 12-28.

Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.) (2000): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn.

Senatsverwaltung für Inneres Berlin (2001): Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus, Berlin.

Senatsverwaltung für Inneres Berlin (2003): Auswertung der Ergebnisse rechtsextremistischer Parteien bei der Europawahl, Berlin.

Senatsverwaltung für Inneres Berlin (2003): Rechtsextremistische Skinheads, Berlin.

Senatsverwaltung für Inneres Berlin (2004): Verfassungsschutzbericht 2003, Berlin.

Siller, Gertrud (1995): Wie entwickeln Frauen rechtsextremistische Orientierungen? Ein theoretischer Ansatz und empirische Befunde. In: Engel, Monika/Menke, Barbara (Hg.): Weibliche Welten – gewaltlos? Analysen und Praxisbeiträge für die Mädchen- und Frauenarbeit im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt. Münster. S. 44-63.

Siller, Gertrud (1997): Rechtsextremismus bei Frauen. Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischen Erfahrungen und politischen Orientierungen, Opladen.

Sliwka, Anne (2001): Das anglo-amerikanische Beispiel : Demokratie Lernen und Leben - Eine Initiative gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, Weinheim.

Stöss, Richard (2001): Texte zu Ideologie und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und Gegenstrategien: Ansätze praktischer Demokratiewerkarbeit / von Richard Stöss ; Christoph Butterwegge; Burkhard Schröder ; Dierk Borstel.

Süß, Werner (1993): Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS., 2. Aufl., Berlin.

Tipps für den Unterricht (2004): Rollenspiele mit Infos und Typentest für Jugendliche gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit u. Antisemitismus / 1. Aufl. - Bonn : MIC GmbH.

Wagner, Bernd (1998): Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Bundesländern, Berlin.

Wahl, Klaus (2001): Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern, Berlin.

Wenzler, T. (2001): Jugendlicher Rechtsextremismus in politischer und pädagogischer Übersicht - Ein Überblick: Erziehungswissenschaft, Band 43 / von T. Wenzler. - 1. Aufl. - LIT Verlag, - 285 S.

Wirth, Hans-Jürgen (1989): Sich fühlen wie der letzte Dreck. Zur Sozialpsychologie der Skinheads. In: Bock, Marlene/Reimitz, Monika/Richter, Horst-Eberhard/Thiel, Wolfgang/Wirth, Hans-Jürgen (Hg.): Zwischen Resignation und Gewalt. Jugendprotest in den 80er Jahren, Opladen. S. 186-202.

Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg. 2002): Rechtsextremismus heute: eine Einführung in Denkwelten, Erscheinungsformen und Gegenstrategien/1. Aufl., Berlin: Ernst Klett Schulbuchverlag GmbH, 2002. - 72 S.-(Bulletin : Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur ; 1).

Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg. 2004): Gegen Rechtsextremismus hilft mehr Demokratie : Community Coaching - Kommunalanalyse und Demokratieentwicklung im Gemeinwesen / 1. Aufl. - Berlin : Ernst Klett Schulbuchverlag Leipzig GmbH, 2004.(Bulletin : Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur ; 4.2003).



Landeskommission Berlin gegen Gewalt
Beuthstraße 6-8, 10117 Berlin
Telefon 90 26-52 53 Fax 90 26-50 03

Bestellcoupon

Veröffentlichungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt

(Bestellung nur schriftlich unter Beifügung der Briefmarken.

Bei gleichzeitiger Bestellung mehrerer mit Briefmarken zu entgeltenden

Veröffentlichungen sind nur einmalig 1,44 EUR in Briefmarken beizufügen.)

- Adressen gegen Gewalt, 2002 (1,44 EUR in Briefmarken)
- „Trainingsangebote zur Gewaltprävention - ein Wegweiser“, 2002

- Graffiti - wo liegen die Möglichkeiten und Risiken der Prävention? (1,44 EUR in Briefmarken)
Dokumentation einer Fachtagung vom 8. Dezember 1995
- Der Berliner "Aktionsplan Graffiti" (1,44 EUR in Briefmarken)
Ein zuständigkeitübergreifendes Präventionsmodell, 1995
- Berliner Modell: Kiezorientierte Gewalt- und (1,44 EUR in Briefmarken)
Kriminalitätsprävention, 1996
- Aktionsplan Graffiti - Fortschreibung, 1997 (1,44 EUR in Briefmarken)
- Schüler - und Elternbrief Graffiti, 1997 (0,55 EUR in Briefmarken)
- Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen, 1998 (1,44 EUR in Briefmarken)
- Psychische Krankheit bei wohnungslosen Frauen, 1998 - Ein (1,44 EUR in Briefmarken)
ergänzender Beitrag zum Aktionsplan Hilfen für wohnungslose
Frauen
- Antidiskriminierungsregelungen in den Bundesländern, 1998 (1,44 EUR in Briefmarken)
- Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und (1,44 EUR in Briefmarken)
Rassismus in Berlin, 1999
- Handreichung für Schule und Jugendhilfe zum Umgang mit (1,44 EUR in Briefmarken)
Schuldistanz, 2003
- Flyer: Elterinformation zum Thema Schuldistanz, (0,55 EUR in Briefmarken)
 Deutsch, Russisch, Türkisch, Arabisch, 2003
- Häusliche Gewalt: Präventive Ansätze auf bezirklicher Ebene - (1,44 EUR in Briefmarken)
Projekte, Maßnahmen, Aktivitäten, Initiativen, Strukturen, 2003
- Empfehlungen der von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt (1,44 EUR in Briefmarken)
eingesetzten Arbeitsgruppe „Schuldistanz“ zum Umgang mit
Schuldistanz, 2004

Berliner Forum Gewaltprävention

- Nachdruck (Kopie) Berliner Forum Gewaltprävention Nr.1, 1999 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Kommunale Prävention in Berlin
- Nachdruck (Kopie) Berliner Forum Gewaltprävention Nr.2, 2000 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil I
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 3, 2001 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil 2
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 4, 2001 - „Kriminalität, (1,44 EUR in Briefmarken)
Gewalt und Gewalterfahrungen von Jugendlichen nichtdeutscher
Herkunft in Berlin“ - Dokumentation eines Erfahrungsaustausches
2000
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 5, 2001 - Dokumentation des (1,44 EUR in Briefmarken)
1. Berliner Präventionstages am 8.11.2000
*Schwerpunkte: Kommunale Prävention in Berlin, Schule - Jugend -
Gewalt, Beteiligung von Gewerbe und Einzelhandel an der
Präventionsarbeit, Beteiligung von Wohnungsbaugesellschaften an
der Präventionsarbeit, Beteiligung ethnischer, kultureller und
religiöser Minderheiten, Prävention und Polizei, Gewalt gegen
Frauen und Mädchen*

- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 6, 2001 - Dokumentation der Tagung "Wer ist fremd?" am 6. Juli 2000 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Binationalität
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 7, 2001 - Dokumentation der Tagung "Kooperation von Jugendhilfe, Polizei und Justiz - Projekte und Standpunkte" am 23. und 24. 11.2000 (1,44 EUR in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 8, 2001 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Rechtsextremismus
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 9, 2002 - Dokumentation des 2. Berliner Präventionstages am 10.10.2001 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkte: Männliche Sozialisation und Gewalt, Rechtsextremismus, Beteiligung - Vernetzung und Prävention, Justiz als Partner in der Prävention, Sport und Gewaltprävention, Kooperation von Polizei und Schule
- Nachdruck (Kopie) Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 10, 2002 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Häusliche Gewalt
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 11, 2003 Dokumentation des 3. Berliner Präventionstages am 14.11.2002 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkte: Gewalt in der Erziehung, Kommunale Gewalt- und Kriminalitätsprävention, Männliche Sozialisation und Gewalt, Soziales Lernen in der Schule, Häusliche Gewalt, Rechtsextremismus, Antiaggressionstraining
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 12, 2003 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Kriminalitätsoffer
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 13, 2003 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter – Eine Elterninformation
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 14, 2004 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Schuldistanz
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 15, 2004 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: 10 Jahre Landeskommission Berlin gegen Gewalt
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 16, 2004 Dokumentation des 4. Berliner Präventionstages am 13.11.03 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkte: Prävention und Wirtschaft, Gewalt in der Erziehung, Ressourcen für die Gewaltprävention, Opfer von Rechtsextremismus, Streitschlichtung im Stadtteil, PiT – Prävention im Team, Jugendrechtshäuser und Rechtspädagogik
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 17, 2004 Dokumentation des Workshops zur Jugenddelinquenz – Entwicklungen und Handlungsstrategien vom 29.04. bis 30.04.2004 (1,44 EUR in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 18, 2004 Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus – Programme, Maßnahmen, Projekte (1,44 EUR in Briefmarken)

Gutachten der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin (veröffentlicht 1994)

Die Gutachten zu verschiedenen Themen der Gewalt- und Kriminalitätsprävention sind bei der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt auf Anfrage erhältlich.

Alle Veröffentlichungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt können unter www.berlin-gegen-gewalt.de heruntergeladen werden.